

Landtag des Saarlandes

13. Wahlperiode



Pl. 13/03
03.11.04

3. Sitzung

am 03. November 2004, 09.00 Uhr, im Gebäude des
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.03 Uhr
Ende: 14.56 Uhr

(Die Sitzung wird von 13.23 Uhr bis 14.33 Uhr unterbrochen.)

PRÄSIDIUM:

Präsident L e y (CDU)
Erste Vizepräsidentin L a w a l l (SPD)
Zweiter Vizepräsident V o g t e l (CDU)
Erste Schriftführerin R i n k (CDU)
Zweite Schriftführerin S p a n i o l (B 90/Grüne)
Dritter Schriftführer B a l d a u f (FDP)

REGIERUNG:

Ministerpräsident M ü l l e r (CDU)
Minister der Finanzen J a c o b y (CDU)
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
R a u b e r (CDU)
Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport
K r a m p - K a r r e n b a u e r (CDU)
Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. G e o r g i
Minister für Justiz, Gesundheit und Soziales
H e c k e n
Minister für Bildung, Kultur und Wissenschaft
S c h r e i e r (CDU)
Minister für Umwelt M ö r s d o r f

WEITERE MITGLIEDER DER REGIERUNG:

Staatssekretärin B e c k
Staatssekretär S c h i l d

	Seite	
Geburtstagsglückwünsche	16	Ich habe den Landtag des Saarlandes zu seiner 3. Sitzung für heute, 9.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.
Mitteilungen des Präsidenten betreffend		
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung	16	Wir kommen zu Punkt 1 der Tagesordnung:
1. Zustimmung des Landtages zur Ernennung weiterer Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 87 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes	16	Zustimmung des Landtages zur Ernennung weiterer Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 87 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes.
2. Vereidigung weiterer Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 89 der Verfassung des Saarlandes in Verbindung mit § 3 des Ministergesetzes	16	Mit Schreiben vom 14. Oktober 2004 hat der Herr Ministerpräsident Peter Müller mitgeteilt, dass er beabsichtige, die Bevollmächtigte des Saarlandes beim Bund, Frau Staatssekretärin Monika Beck, und Herrn Staatssekretär Wolfgang Schild zu weiteren Mitgliedern der Landesregierung zu ernennen.
Staatssekretärin Beck	16	Art. 87 Abs. 1 der Verfassung des Saarlandes bestimmt, dass der Ministerpräsident die Minister und die weiteren Mitglieder der Landesregierung mit Zustimmung des Landtages entlässt und ernennt.
Staatssekretär Schild	16	Wer für die von Herrn Ministerpräsidenten vorgesehene Ernennung von Frau Staatssekretärin Beck ist, den bitte ich ebenfalls, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Landtag der von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgesehenen Ernennung mit Stimmenmehrheit zugestimmt hat.
3. Abgabe einer Regierungserklärung durch den Ministerpräsidenten zum Thema "Den Wandel gestalten - Die Zukunft gewinnen"	17	Wer für die von Herrn Ministerpräsidenten vorgesehene Ernennung von Herrn Staatssekretär Schild ist, den bitte ich ebenfalls, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Landtag der von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgesehenen Ernennung mit Stimmenmehrheit ebenfalls zugestimmt hat.
Ministerpräsident Müller	17	
Begrüßung von Zuhörern	28	
Redezeitvereinbarung	28	
4. Aussprache zur Regierungserklärung	28	Wir kommen dann zu Punkt 2 der Tagesordnung:
Abg. Maas (SPD)	28	Vereidigung weiterer Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 89 der Verfassung des Saarlandes in Verbindung mit § 3 des Ministergesetzes.
Abg. Hans (CDU)	33	Nach Art. 89 der Verfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung beim Amtsantritt den Amtseid.
Abg. Ulrich (B 90/Grüne)	37	Ich bitte die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer, sich zur Vereidigung von ihren Plätzen zu erheben. Die neuen Mitglieder der Landesregierung bitte ich, zu mir heraufzukommen.
Abg. Hartmann (FDP)	40	(Die Mitglieder des Hauses und die Zuhörer erheben sich von ihren Plätzen.)
Abg. Toscani (CDU)	42	Ich spreche Ihnen die Eidesformel vor: "Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."
Unterbrechung der Sitzung	45	Diese religiöse Beteuerung ist freiwillig.
Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD)	45	Staatssekretärin Beck:
Abg. Toscani (CDU) zur Geschäftsordnung	46	Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.
Abg. Meiser (CDU)	46	
5. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion und der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretenden Mitgliedern des Interregionalen Parlamentarierrates - IPR - (Drucksache 13/12)	47	Staatssekretär Schild:
Abstimmung, Annahme des Antrages	47	Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 3. Landtagssitzung.

Ich habe Geburtstagsglückwünsche auszusprechen. Frau Abgeordnete Anja Wagner ist am 09. Oktober 30 Jahre alt geworden. Herr Abgeordneter Hubert Ulrich wird heute 47 Jahre alt. Ich spreche Ihnen in unser aller Namen herzliche Glückwünsche aus.

(Beifall des Hauses.)

Präsident Ley:

Ich danke Ihnen.

(Präsident Ley)

Herr Ministerpräsident Peter Müller hat mit Schreiben vom 27. Oktober 2004 mitgeteilt, dass er beabsichtigt, in der heutigen Landtags-sitzung eine Regierungserklärung für die kommende Legislaturperiode abzugeben zum Thema:

Den Wandel gestalten - Die Zukunft gewinnen.

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung.

Ministerpräsident Müller:

Herr Präsident! Meine sehr verehrte Damen und Herren! Am 05. September dieses Jahres haben die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes einen neuen saarländischen Landtag gewählt. Das Ergebnis der Wahl war eindeutig. In 48 der 51 saarländischen Gemeinden erreichte die CDU Saar die absolute oder die relative Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Mit einem Wahlergebnis von 47,5 Prozent wurde sie mit Abstand stärkste politische Kraft unseres Landes. Aufgrund des Wahlergebnisses verfügt sie mit 27 von 51 Landtagsmandaten über die absolute Mehrheit der Sitze im neu gewählten saarländischen Landtag.

Die Wählerinnen und Wähler haben der CDU Saar also erneut - und noch dazu auf verbreiteter Basis - den Auftrag zur alleinigen Wahrnehmung der Regierungsverantwortung in unserem Land erteilt. Für die saarländischen Christdemokraten stellt dieses Wahlergebnis einen großen Vertrauensbeweis dar. Darüber haben wir uns sehr gefreut und dafür bedanken wir uns bei den Wählerinnen und Wählern unseres Landes.

(Beifall bei der CDU.)

Nach meiner Überzeugung gründet dieses Ergebnis auf Erfahrung und Erwartung. Es gründet auf der Erfahrung solider Regierungsarbeit in der vergangenen Legislaturperiode. Seit ich vor fünf Jahren die Gelegenheit hatte, von dieser Stelle aus erstmals eine Regierungserklärung abzugeben, hat sich in unserem Land viel verändert. Auch wenn selbstverständlich nicht alle Probleme gelöst sind und neue, schwierige Herausforderungen auf uns warten, kann heute doch mit Fug und Recht festgestellt werden: Das Saarland ist vorangekommen. Wir haben unsere Position im Vergleich der Bundesländer deutlich verbessert: in der Arbeitslosenquote von Platz 9 auf Platz 5 und im Standortranking von Platz 10 auf Platz 6 aller Bundesländer. Seit 1999 hatten wir die vierthöchste Wachstumsrate. Mehr als 40.000 neue Arbeitsplätze sind entstanden. Die Beschäftigtenentwicklung ist überdurchschnittlich. Beim Ausbildungsplatzangebot sind wir absolute Spitze in Deutschland. Hinzu kommt die Vorreiterrolle des Landes bei zahlreichen Themen von der Entbürokratisierung über die Familienpolitik bis zur Bildungspolitik. Kurzum: Stillstand und Stagnation sind überwunden. Das Land ist in Bewegung gekommen. Das Saarland ist zum Aufsteigerland geworden.

(Beifall bei der CDU.)

Das Wahlergebnis beinhaltet die Aufforderung, diesen Weg des Aufsteigerlandes fortzusetzen. Auch unter schwierigeren Rahmenbedingungen sind wir hierzu uneingeschränkt entschlossen.

Zum Zweiten. Das Wahlergebnis gründet auch auf Erwartung, auf der Erwartung dass die Landesregierung in schwieriger Zeit in der Lage ist, das Land durch mutige Entscheidungen in eine gute Zukunft zu führen.

Wir leben in einer Zeit des Wandels. Der Übergang von der Industrie- in die Informationsgesellschaft, die Globalisierung, die demografische Entwicklung, all dies sind Prozesse, die sich nicht zurückdrehen lassen und die zu tiefgreifenden Veränderungen unseres Zusammenlebens führen werden und teilweise bereits geführt haben. Es macht überhaupt keinen Sinn, diese Veränderungen zu leugnen oder zu bekämpfen. Unsere Aufgabe besteht vielmehr darin, den sich vollziehenden Wandel zu gestalten, seine Risiken zu begrenzen und die sich daraus ergebenden Chancen zu nutzen.

Ein chinesisches Sprichwort sagt: Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.

(Zurufe aus der SPD. - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Wie der Umweltminister, der baut so viele Windmühlen.)

Lieber Herr Kollege Ulrich, wenn Sie an dieser Stelle dazwischenrufen "Sie bauen ja so viele Windmühlen im Land", nehme ich das als Hinweis darauf, dass auch Sie damit einverstanden sind, dass das Saarland im Bereich der Nutzung regenerativer Energien in der Bundesrepublik Deutschland mittlerweile Spitze geworden ist.

(Beifall bei der CDU.)

Den Wind des Wandels auf unsere Mühlen zu lenken setzt den Mut und die Kraft zur In-Frage-Stellung bestehender Besitzstände und zu weitreichender Veränderung unserer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Strukturen voraus. Das ist kein bequemer Weg. Aber: Nur auf diesem Weg werden wir eine gute Zukunft für das Land gewinnen. Die Alternative ist der Weg des leisen, unmerklichen, aber auch unaufhörlichen Abstiegs. Dieser Weg mag bequemer sein, für uns mag es auch ein beschreibbarer Weg sein. Er wäre aber gegenüber unseren Kindern und Enkeln unverantwortlich und kommt deshalb für die Landesregierung nicht in Betracht. Wir fühlen uns den nachfolgenden Generationen in diesem Land verantwortlich.

(Beifall bei der CDU.)

Bei der notwendigen Gestaltung des Wandels fühlt sich die saarländische Landesregierung allen Menschen in unserem Land unabhängig davon, ob sie wahlberechtigt sind oder nicht, unabhängig davon, ob sie an der Wahl teilgenommen haben oder nicht, und unabhängig davon, welche Partei sie gewählt haben, gleichermaßen verpflichtet. Dies ist die Landesregierung aller Saarländerinnen und Saarländer. Deshalb wende ich mich heute auch an all jene, die uns im September ihre Stimme nicht gegeben haben. Auch ihnen sind wir verpflichtet und wir brauchen auch ihre Bereitschaft, sich nach Kräften für unser Gemeinwesen einzusetzen. Nur mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung werden wir die vor uns liegenden Herausforderungen meistern. Deshalb bieten wir allen demokratischen Kräften unseres Landes unsere konstruktive Zusammenarbeit an. Gleichzeitig fordern wir jeden Einzelnen auf, sich aktiv am demokratischen Prozess zu beteiligen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einige Anmerkungen zur Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl am 05. September machen. Mit nur 55,5 Prozent war es die niedrigste Wahlbeteiligung in der Geschichte des Landes. Sie lag noch einmal um 13,2 Prozent unter der Wahlbeteiligung des Jahres 1999, die ihrerseits bereits einen historischen Tiefpunkt darstellte. Sie unterscheidet sich allerdings nur unwesentlich von den Beteiligungen an den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg, Sachsen oder Bayern.

Letztlich vermag der Hinweis auf die niedrige Wahlbeteiligung in anderen Bundesländern aber nicht zu trösten. Fakt ist, dass die Zahl der Menschen, die ihr Wahlrecht nicht ausüben und sich auch ansonsten nicht aktiv in die Gestaltung unseres Gemeinwesens einbringen, in Besorgnis erregender Weise zunimmt. Hinzu kommt eine wachsende, auch an unserem Land nicht völlig vorbeigehende Empfänglichkeit für dumpfe Parolen radikaler Parteien. All dies muss ein Alarmzeichen für demokratische Parteien und Politiker sein. Wir sind aufgerufen, Wege zu finden, um die Bindungskraft der demokratischen Parteien zu erhöhen. Dies setzt die sorgfältige Analyse der zweifellos vielgestaltigen Ursachen zunehmender Verweigerung vieler Wählerinnen und Wähler voraus.

Gleichwohl möchte ich drei Hinweise dazu geben. Erstens. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Achtung der Menschen nur erreicht, wer sich selber achtet. Wie aber geht die Politik, wie gehen wir miteinander um, und ich beziehe alle in diese Frage ein: Wechselseitige Beschimpfungen und Verdächtigungen, wechselseitiges Bestreiten jeglicher Sachkenntnis, wechselseitige Unterstellung unlauterer Motive oder unlauteren Handelns. Meine Wahrnehmung ist: Die

(Ministerpräsident Müller)

Menschen sind das allzu oft allzu durchsichtige Gezänk der Parteien leid. Sie erwarten sachorientierte Lösungen. Lassen Sie uns deshalb in der kommenden Legislaturperiode zu einer neuen politischen Kultur in unserem Lande finden, die dieser Erwartung nach sachorientierter Diskussion und nach sachorientierten Lösungen Rechnung trägt. Da dem saarländischen Landtag erstmals seit 1965 wieder vier Parteien angehören, wird die Opposition gleich aus drei Parteien gebildet. Dies ist eine gute Grundlage, um in einen Wettbewerb um die besten Lösungen einzutreten. Lassen Sie uns streiten, aber orientiert an der Sache und getragen von der Überzeugung, dass jeder von uns das Beste will für unser Land und seine Menschen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP.)

Sicherlich ist der Rückgang der Wahlbeteiligung auch darauf zurückzuführen, dass viele Menschen dem Reformprozess in Deutschland voller Skepsis und voller Verunsicherung gegenüberstehen. Mit dem Begriff der Reform wird nicht mehr die humane Gestaltung der Zukunft verbunden, sondern das Abverlangen von Opfern, deren Sinnhaftigkeit und Ausgewogenheit nicht erkennbar ist. Deshalb haben die Menschen verständlicherweise zunehmend Angst vor Reformen. Akzeptanz können Reformmaßnahmen nur finden, wenn die Notwendigkeit und die Begründungen schlüssig dargelegt sind, die Ziele eindeutig bestimmt sind, die Reformschritte eindeutig festgelegt werden und die Grundsätze der sozialen Symmetrie strikt beachtet werden. Daran fehlt es beispielsweise bei der Agenda 2010. Hinzu kommt ein teilweise katastrophales handwerkliches Unvermögen der amtierenden Bundesregierung.

(Abg. Henz (SPD): Und zusätzliche Forderungen der CDU.)

Dies führt nicht nur zu einer Diskreditierung des Reformprozesses, sondern auch zu zunehmender Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung. Die saarländische Landesregierung wird daher - wie in der Vergangenheit - alle notwendigen Reformen strikt an den Maßstäben der Transparenz, der Zielperspektive und der sozialen Symmetrie orientieren. Wie in der Vergangenheit wird auch in Zukunft gelten: Starke Schultern müssen bei uns mehr tragen als schwache Schultern.

Drittens. Schließlich glauben viele Menschen, dass "die da oben doch machen, was sie wollen". Die saarländische Landesregierung will dem Gefühl, dass Politik sich über die Wünsche, Bedürfnisse und Ideen der Menschen hinweg setzt, durch neue Formen der Bürgerbeteiligung begegnen. So werden wir künftig in Normsetzungsverfahren von Fall zu Fall nicht nur die Vertreter organisierter Interessen im Rahmen von Anhörungen beteiligen. Darüber hinaus soll die unmittelbare Beteiligung einzelner, nicht organisierter Bürger ermöglicht werden. Die Landesregierung denkt beispielsweise an das Projekt eines "gläsernen Haushalts". Dabei erhalten die Bürger die Möglichkeit, die Festsetzungen und Prioritäten des Haushaltes nachzuvollziehen, eigene Vorschläge und Ideen einzubringen und damit das Verfahren der Haushaltsaufstellung zu beeinflussen. Ich glaube, dass dies ein geeignetes Instrument ist, wachsender Politikverweigerung entgegenzuwirken, und deshalb wollen wir dieses Projekt umsetzen.

(Abg. Commerçon (SPD): Gutachten gehören offensichtlich auch dazu.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, an dieser Stelle bemerkt der Kollege Commerçon, dass Gutachten offensichtlich auch dazu gehören. Hierzu sage ich ausdrücklich und eindeutig Ja. Die Einbeziehung unabhängigen Sachverständigen durch Gutachten ist ein vernünftiger Akt, um sachorientierte Entscheidungen herbeizuführen. Wer glaubt, dass Politik ohne Beratung durch Gutachten auskommt, überschätzt sich selbst. Wir haben die Wahrheit nicht für uns gepachtet.

(Beifall bei der CDU.)

Vor allem drei Herausforderungen werden die Arbeit der saarländischen Landesregierung prägen: erstens die Generierung wirtschaftlichen Wachstums in Zeiten der Globalisierung und der Transformation der Industrie- in die Wissensgesellschaft, zweitens die frühzeitige Vor-

bereitung unseres Landes auf die sich abzeichnende demografische Entwicklung und drittens die Bewältigung der Haushaltsnotlage nach dem Auslaufen der Teilentschuldung.

Zum Ersten. Die Bundesrepublik Deutschland ist in einer Wachstumskrise. Aus der früheren Wachstumslokomotive in Europa ist eine Wachstumsbremse geworden. Dies geht auch an unserem Land nicht vorbei. Zwar waren die Wachstumsraten der saarländischen Wirtschaft in den vergangenen Jahren insgesamt im nationalen Vergleich überdurchschnittlich; im internationalen Vergleich waren sie bescheiden und unzureichend.

Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts. Deshalb müssen wir in Deutschland und an der Saar konsequent Wachstums- und Beschäftigungshindernisse beseitigen. Nur so werden wir die Beschäftigungsprobleme lösen; nur so werden wir die Staatsfinanzen konsolidieren, denn wir wissen: Wirtschaftskraft bringt Steuerkraft.

Die saarländische Landesregierung ist entschlossen, im nationalen und regionalen Rahmen ihren Beitrag zu einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik zu leisten. Statt die Globalisierung zu beklagen, wollen wir die sich daraus ergebenden Chancen nutzen. Voraussetzung dafür ist die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist nicht nur eine Kosten-, dies ist auch eine Innovationsfrage.

Natürlich brauchen wir wettbewerbsfähige Standortkosten, ob es uns gefällt oder nicht. Auf die Dauer werden wir nur so viel teurer sein können, wie wir auch besser sind. Ich füge aber hinzu: Einen ausschließlich auf die Frage der Kosten reduzierten Wettbewerb werden wir nicht erfolgreich bestehen können. Deutschland ist Hochlohnland und soll auch Hochlohnland bleiben. Dies setzt voraus, dass wir eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Produkte und der Erschließung neuer Märkte übernehmen. Wir brauchen nicht nur eine Kosten-, sondern auch eine Innovationsstrategie. Die saarländische Landesregierung wird deshalb ihre weit über die Landesgrenzen hinaus anerkannte landesspezifische Innovationsstrategie weiter vorantreiben und sich intensiv in die Innovationsdebatte auf Bundesebene einbringen.

Zweitens. Die sich abzeichnende und zu erheblichen Teilen bereits jetzt unumkehrbare demografische Entwicklung ist die zweite zentrale Herausforderung der vor uns liegenden Zeit. Mit dieser Entwicklung werden gravierende Veränderungen unseres Zusammenlebens verbunden sein. Geschlossene Konzepte zur Bewältigung des demografischen Wandels existieren bisher nicht. Das Bewusstsein um die Problematik ist bei den politisch Verantwortlichen und in der Breite der Bevölkerung immer noch unzureichend vorhanden.

Fakt ist: Die Geburtenquoten in Deutschland zählen zu den niedrigsten in der Welt. Die Bevölkerungszahlen in Deutschland werden zurückgehen. Die Alterung der Gesellschaft nimmt rasant zu. Unser Land - das Saarland - ist von dieser Entwicklung in besonderer Weise betroffen. Das Saarland zählt zwar zu den am dichtesten besiedelten Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland. Das wird auch in der Zukunft so bleiben. Aber: Die Geburtenziffern sind in den vergangenen Jahren ständig zurückgegangen. Wurden im Jahr 1963 im Saarland noch rund 21.300 Kinder geboren, lag die Geburtenziffer im Jahr 2002 nur noch bei 7.879 Kindern, das heißt gerade mal gut ein Drittel dessen, was an Kindern noch vor 40 Jahren in jedem Jahr in diesem Land geboren worden ist. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist davon auszugehen, dass sich die Bevölkerung im Saarland bis 2030 um 11 Prozent auf rund 926.000 Einwohner vermindert.

Gravierend wird vor allem die Verschiebung im Verhältnis zwischen den Generationen sein. Lebenserwartung und Durchschnittsalter der Bevölkerung werden sich erhöhen. Der Anteil der unter 20-jährigen wird auf etwa 16 Prozent der Bevölkerung zurückgehen. Die Zahl der Personen im Erwerbsalter wird sich um 22 Prozent vermindern. Im Jahr 2030 wird fast die Hälfte der Bevölkerung in unserem Lande älter als 50 Jahre sein. Gleichzeitig kann jedes zweite Mädchen, das heute im Saarland geboren wird, damit rechnen, älter als

(Ministerpräsident Müller)

100 Jahre zu werden. Die Mütter der Kinder, die in den nächsten Jahren auf die Welt kommen, sind heute bereits geboren. Deshalb lassen sich die beschriebenen Entwicklungen mit hoher Sicherheit vorhersagen.

Die Konsequenzen sind vielfältig. Die Nachfrage nach seniorenbezogenen Infrastrukturen und Dienstleistungen wird steigen, der Infrastrukturbedarf und die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen im Übrigen eher abnehmen. Fragen des Flächenverbrauchs, der Lebensqualität in unseren Städten und Dörfern und der Erhaltung der Kulturlandschaft stellen sich neu. Schüler- und Vorschülerzahlen werden zurückgehen und damit verbundene Innovationspotenziale nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Struktur der sozialen Sicherungssysteme wird sich dramatisch verändern müssen. Das Erwerbstätigenpotenzial geht zurück.

Bei der Diskussion all dieser Fragen wird regelmäßig der Begriff der "demografischen Katastrophe" verwandt. Die saarländische Landesregierung macht sich diesen Begriff der "demografischen Katastrophe" ausdrücklich nicht zu eigen. Natürlich stellt der demografische Wandel eine schwierige Herausforderung dar. Aber auch der demografische Wandel ist politische Gestaltungsaufgabe. Auch dieser Prozess ist mit Chancen und Risiken verbunden. Deshalb müssen wir ihn gestalten, um ihn auch erfolgreich bewältigen zu können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Notwendig ist dabei eine Strategie, die mittel- und langfristig darauf abzielt, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Dies entbindet nicht davon, die Strukturen unseres Landes auf die Entwicklungen einzustellen, die sich in den nächsten Jahren unweigerlich vollziehen werden. Dabei handelt es sich um eine Aufgabe, die unterschiedlichste Bereiche unserer Gesellschaft und damit unterschiedlichste Ressortzuständigkeiten in der Landesregierung betrifft. Die Landesregierung wird die Bewältigung des demografischen Wandels zu einem zentralen Schwerpunkt ihrer Arbeit in der kommenden Legislaturperiode machen.

Angesichts der Bedeutung dieses Themas und seines Charakters als Querschnittsaufgabe wird sie über die Arbeit in den einzelnen Ressorts hinaus zum ersten eine interministerielle Arbeitsgruppe "demografischer Wandel" einrichten, die beim Ministerpräsidenten angesiedelt ist und von der Staatskanzlei geführt wird. Zweitens wird sie in regelmäßigen Abständen einen Demografiebericht vorgelegen, in dem der demografische Wandel analysiert, Probleme beschrieben und Lösungen aufgezeigt werden. Die Landesregierung wird drittens bei Gesetzentwürfen eine Generationenverträglichkeitsprüfung einführen, um sicherzustellen, dass normatives Handeln dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit Rechnung trägt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn in den nächsten Jahren in dieser Gesellschaft relativ immer mehr ältere Menschen relativ immer weniger jüngeren Menschen gegenüberstehen, ist es umso wichtiger, dass wir in der Politik die Interessen der jüngeren Menschen formulieren und vertreten. Das wollen wir auf diesem Weg tun.

(Beifall bei der CDU.)

Drittens. Auch nach Auslaufen der Teilentschuldung besteht die Haushaltsnotlage des Landes fort. Trotz einer vorbildlich restriktiven Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren mit weit unterdurchschnittlichen Steigerungsraten des Landeshaushaltes konnten die Ziele der Teilentschuldung nur teilweise erreicht werden. Das strukturelle Defizit besteht fort. Ursache sind die massiven Steuerausfälle infolge der wachstumsfeindlichen Politik der Bundesregierung. Wir haben kein Ausgabenproblem, wir haben ein Einnahmeproblem. Hätten sich die Einnahmeerwartungen der früheren Landesregierung - mit "früheren" meine ich nicht die Landesregierung der letzten, sondern der vorletzten Legislaturperiode - erfüllt, dann hätten wir in diesem Jahr nicht nur keine neuen Schulden machen müssen, sondern bestehende Schulden sogar zurückführen können.

Dennoch müssen wir Folgendes zur Kenntnis nehmen. Das Auslaufen der Teilentschuldung wird zu einem deutlichen Anstieg der Nettokreditaufnahme und des Gesamtschuldenstandes führen. Die schrittweise Rückführung der Nettokreditaufnahme setzt zusätzliche Sparanstrengungen voraus. Allerdings hat die Erosion der Steuerbasis auch in den übrigen - auch in den finanzstarken - Bundesländern zur Notwendigkeit zusätzlicher Sparprogramme geführt. Das Saarland wird sich als Nehmerland im Finanzausgleich hieran zu orientieren haben. Deshalb muss sich das Ausgabegebaren des Landes nicht am Wünschbaren, sondern am Notwendigen ausrichten. Weitere Einsparungen sind unverzichtbar. Deshalb werden alle Ausgaben des Landes auf den Prüfstand gestellt.

Die Konsolidierung des Landeshaushaltes stellt die dritte große Herausforderung der vor uns liegenden Zeit dar. Ziel der Landesregierung ist es, die Konsolidierung der Landesfinanzen mit einer Politik der Bewältigung des demografischen Wandels und der Erschließung neuer Chancen und Wachstumspotenziale in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft unseres Landes zu verbinden. Dies ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Ihre positive Erledigung setzt klare Ziele und Leitbilder voraus, an denen die einzelnen Entscheidungen zu orientieren sind. Deshalb möchte ich diese Ziele und Leitbilder aus Sicht der saarländischen Landesregierung benennen, bevor ich zur Beschreibung der sich daraus ableitenden Handlungspakete komme.

Ziel der Landesregierung ist es, jedem Einzelnen in diesem Land die Möglichkeit eigenverantwortlicher Lebensgestaltung zu eröffnen. Wir wollen den Menschen Perspektive geben. Jeder und jede soll mehr aus seinem und ihrem Leben machen können. Um es mit Ludwig Erhard zu sagen: "Ich möchte mein Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Ich möchte mein Leben selbst bestimmen. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dies auch kann." An dieser Maxime wird sich die saarländische Landesregierung orientieren. Deshalb will ich als saarländischer Ministerpräsident dafür arbeiten, dass für unsere Kinder die besten Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen, dass jeder ausbildungswillige und ausbildungsfähige Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält, dass wir dauerhaft Studienplätze der europäischen Spitzenklasse in diesem Land vorhalten, dass ein ausreichendes Maß an Arbeitsplätzen im Lande angeboten wird, damit niemand gezwungen ist, aus beruflichen Gründen dauerhaft das Land zu verlassen. Ich will dafür arbeiten, dass für alle, die Kinder erziehen, wirkliche Wahlfreiheit besteht, Berufstätigkeit und Kindererziehung miteinander zu verbinden und eine eigenständige Familienphase einzulegen oder auch nicht einzulegen, dass Arbeitnehmer, die heute Mitte dreißig sind, in zwanzig Jahren nicht aus dem Beruf gedrängt werden, obwohl sie ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten durch konsequente Weiterbildung neuen Technologiezyklen angepasst haben. Ich will ferner dafür arbeiten, dass sich alte Menschen in diesem Lande wohl fühlen und in vielfältiger Weise aktiv bleiben können, dass sich auch die Schwachen und unverschuldet in Not Geratenen nicht ausgegrenzt fühlen und ihnen geholfen wird, dass jegliche Form von Diskriminierung in unserem Lande unterbleibt und dass aktives Bürgerengagement in diesem Land in vorbildlicher Weise stattfindet sowie unterstützt und anerkannt wird. Das sind die Ziele, denen ich mich ganz persönlich in meinem Arbeiten verpflichtet fühle. Dafür will ich meine Kraft in diesem Land einsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Natürlich besteht die Notwendigkeit der Anpassung unseres Gemeinwesens an die Herausforderungen der Globalisierung, der Wissensgesellschaft und des demografischen Wandels nicht nur bei uns. Vor dieser Herausforderung stehen auch die anderen Bundesländer. Aber das Saarland ist ein kleines Bundesland. Deshalb können notwendige Entscheidungen bei uns schneller getroffen und umgesetzt werden. Weil wir schneller sein können als andere, können wir auch besser sein als andere. Deshalb wollen wir, dass unser Saarland bei der Bewältigung des demografischen Wandels und der Globalisierung zu einem Modellland wird. Hierin liegt dann auch eine zusätzliche Begründung für die Eigenständigkeit des Landes. Wenn es uns gelingt - und es kann uns gelingen -, modellhafte Antworten auf die großen Fragen der heutigen Zeit zu geben, wird

(Ministerpräsident Müller)

niemand mehr die Eigenständigkeit des Saarlandes in Frage stellen. Die saarländische Landesregierung ist jedenfalls davon überzeugt, dass ein eigenständiges Saarland besser geeignet ist, die vor uns liegenden Probleme und Aufgaben zu bewältigen, als ein nicht eigenständiges Saarland. Als unselbstständiger Teil einer größeren Einheit würde dieses Land erhebliche Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung verlieren. Die Eigenständigkeit des Landes steht für uns außer Frage, und wir werden sie durch unsere Arbeit sichern.

(Beifall bei der CDU.)

Deshalb streben wir erstens ein Saarland an, das Modernität und Menschlichkeit miteinander verbindet. Für die saarländische Landesregierung hat die Gestaltung der Zukunft Vorrang vor der Verwaltung der Vergangenheit. Sie ist sich bewusst, dass uns der bestehende Reformbedarf unbequeme Entscheidungen abverlangt. Sie ist bereit, dies zu verantworten. Dabei werden wir uns konsequent an den Kriterien der Generationengerechtigkeit sowie der Kinder- und der Familienfreundlichkeit orientieren.

Zweitens streben wir ein Saarland der Subsidiarität und der Solidarität an. Die Lösung der vor uns stehenden Fragen setzt ein höheres Maß an Eigenverantwortlichkeit voraus. Der Staat wird viele Aufgaben nicht lösen können. Wir werden daher konsequent den Grundsatz "Privat vor Staat" umsetzen. Subsidiarität beinhaltet auch die Verpflichtung des Einzelnen, im Rahmen seiner Möglichkeiten für sich selbst zu sorgen. Zu Recht sagt Robert Leicht in der "Zeit": "Nur wenn jeder für sich selbst das tut, was er tun kann, werden genügend Mittel frei sein, um denjenigen zu helfen, die sich nicht alleine helfen können." Anspruch auf Solidarität hat, wer unverschuldet in Not ist und sich nicht selbst helfen kann. Dem werden wir Rechnung tragen. In einer humanen Gesellschaft darf nicht nur der wichtige Gesichtspunkt der Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt werden. Die saarländische Landesregierung wird sich daher auch konsequent an den Maßstäben der Leistungsgerechtigkeit und der Belastungsgerechtigkeit orientieren. Wer mehr leistet, muss auch einen Nutzen davon haben. Wer stark ist, kann und muss mehr belastet werden als der Schwache. Auch diesen Grundsatz werden wir weiterhin umsetzen.

Drittens, meine sehr verehrten Damen und Herren, streben wir ein Saarland an, das Weltoffenheit und Heimatliebe verbindet. Gerade in Zeiten der Globalisierung brauchen Menschen Heimat. Wir müssen die Anforderungen an Internationalität, Geschwindigkeit und Flexibilität in einer globalen Welt in Übereinstimmung bringen mit dem Bedürfnis der Menschen nach Überschaubarkeit und Geborgenheit. Die Wiederentdeckung der eigenen Wurzeln und die Liebe zur Heimat sind ein wichtiges Fundament, um in einer globalen Welt bestehen zu können. Heimatliebe heißt, unser reiches Kultur- und unser reiches Naturerbe zu bewahren. Als saarländischer Ministerpräsident will ich ganz offen bekennen: Für mich hat der Begriff der Heimat nichts Unmodernes und nichts Vorgestriges. Ich liebe meine Heimat. Ich freue mich, ein Saarländer zu sein.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Wer von uns in diesem Haus ist nicht stolz darauf, ein Saarländer zu sein, Herr Müller?)

Davon gehe ich selbstverständlich aus, lieber Herr Kollege Ulrich. - Heimatliebe darf jedoch nicht zur Provinzialität verkommen. Weltoffenheit ist ein Stück saarländischer Identität. Deshalb muss unser Denken und Handeln grenzüberschreitend sein. Dies gilt im internationalen Maßstab, aber auch auf europäischer Ebene. Ein besonderes Anliegen ist dabei für unser Land das deutsch-französische Verhältnis. Das Saarland war immer ein besonderes Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich. Das Schicksal unseres Landes war immer in besonderer Weise mit dem Schicksal der deutsch-französischen Beziehungen verbunden. Deshalb wird die saarländische Landesregierung dafür Sorge tragen, dass wir weiterhin Schrittmacher der deutsch-französischen Freundschaft und Motor der interregionalen Zusammenarbeit im Saar-Lor-Lux-Bereich sind.

Viertens und letztens, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir streben an: ein Saarland der Solidität und Innovation. Natürlich begründet die breitflächige Krise der öffentlichen Finanzen die Notwen-

digkeit zusätzlichen Sparens. Gleichzeitig muss uns aber bewusst sein: Sparen allein genügt nicht. Wir brauchen Investitionen in unsere Infrastrukturen und vor allem in die Köpfe der Menschen. Deshalb wird die Landesregierung sich weiterhin an dem Leitbild "Sanieren und Gestalten" orientieren. Wir werden uns nicht auf das Sparen beschränken, sondern gleichzeitig reformieren und investieren. Nur mit einem hohen Maß an Innovation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erreichen wir dauerhafte Zukunftsfähigkeit.

(Beifall bei der CDU.)

Richtig ist: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Wer neue Schulden macht, verschiebt Belastungen auf nachfolgende Generationen. Sie sind daher auf das unerlässliche Mindestmaß zu beschränken. Deshalb möchte ich bei der Beschreibung der Handlungspakete, die sich für die saarländische Landesregierung aus den vorstehenden Leitsätzen ergeben, mit dem Bereich der Finanzpolitik beginnen.

Bereits seit der Regierungsübernahme im Jahr 1999 betreibt die saarländische Landesregierung eine konsequente Spar- und Konsolidierungspolitik. Wir haben fünf Mal hintereinander Sparhaushalte mit jeweils geringst möglichen Steigerungsraten und sogar Ausgaberrückgängen vorgelegt.

(Abg. Gillo (SPD): Wo denn?)

Herr Kollege Gillo, Sie fragen wo: im Haushalt.

(Heiterkeit bei der CDU. - Sprechen bei der SPD.)

Während im Saarland im Zeitraum von 1999 bis 2003 die Landesausgaben nur um 2,8 Prozent gestiegen sind, lag die Steigerungsrate im gleichen Zeitraum bei den westdeutschen Flächenländern im Durchschnitt bei 7,8 Prozent. Wir haben die geringsten Steigerungsraten aller Landeshaushalte aufzuweisen. Deshalb sage ich, diese Landesregierung hat sich in der Vergangenheit der Sparsamkeit gestellt. Wären wir Vorschlägen gefolgt, die auch viele in diesem Hause gemacht haben, hätte die Landesregierung eine völlig andere Ausgabenpolitik machen können. Wir haben gespart, mehr als andere, und wir werden weiter sparen, mehr als andere. Es ist nicht bequem, aber es ist in unserem Lande unverzichtbar.

(Beifall von der CDU.)

Trotzdem ist festzustellen: Die Haushaltsnotlage besteht fort. Die mit der zweiten Teilentschuldung angestrebten Ziele sind nicht völlig erreicht. Zwar ist es gelungen, die Zinsausgabenquote und die Zinssteuerquote abzusenken - überall sonst ist sie gestiegen. Die strukturelle Unterdeckung des Haushaltes ist aber nicht beseitigt. Nach Auslaufen der Teilentschuldung ist ein massiver Anstieg der Nettokreditaufnahme unvermeidlich.

Die Ursachen hierfür liegen auf der Einnahmeseite. Die wachstumsfeindliche Politik der Bundesregierung hat zur Erosion der Einnahmen der öffentlichen Haushalte geführt - nicht nur bei uns, nicht nur im Saarland, sondern überall im Bund und in den Ländern. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mussten wir erleben, dass bei sieben bundesweiten Steuerschätzungen in Folge wachsende, immer dramatischere Steuerausfälle ermittelt wurden. Allein im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung des Oktobers 2000 belaufen sich die Einnahmeausfälle des Saarlandes in diesem Jahr auf nicht weniger als 522 Millionen Euro. Hätte dem Land dieser Betrag zur Verfügung gestanden, hätten wir in diesem Jahr sogar Schulden zurückführen können.

Auch wenn der Fortbestand der Haushaltsnotlage und das Wegbrechen der Steuereinnahmen von der saarländischen Landesregierung nicht zu verantworten sind, muss doch seitens des Landes auf diese Situation reagiert werden. Ziel der Landesregierung ist und bleibt es, die Haushaltsnotlage zu überwinden. Dies setzt voraus: die schrittweise Rückführung der Nettokreditaufnahme und der strukturellen Unterdeckung, die Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte durch wirtschaftliches Wachstum und

(Ministerpräsident Müller)

die Erfüllung des Anspruchs auf solidarische Bewältigung der Haushaltsnotlage durch die bündische Gemeinschaft.

Da der Fortbestand der Haushaltsnotlage auf Gründen beruht, die vom Saarland nicht zu vertreten sind, besteht auch der Hilfeanspruch des Saarlandes an die Mitglieder der bündischen Gemeinschaft, wie ihn das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 27. Mai 1992 festgestellt hat, fort. Die saarländische Landesregierung wird nach vorheriger Befassung der Saar-Gemeinschaftsinitiative noch in diesem Jahr diesen Anspruch dem Bund gegenüber geltend machen. Sie ist dabei offen, auf welchem Weg der Anspruch auf solidarische Bewältigung der Haushaltsnotlage erfüllt wird. Denkbar sind: die Befreiung des Landes von strukturellen Sonderlasten, etwa in den Bereichen der Sozial- und Jugendhilfe, der Beihilfe und der Versorgung, der Regionalförderung und der Einpendler, die Übernahme der die Haushaltsnotlage begründenden Verpflichtungen oder die Finanzierung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen im Land durch den Bund. Die Landesregierung wird im Rahmen eines neuen "Saar-Memorandums", das in der Saar-Gemeinschaftsinitiative beraten werden wird, dem Bund entsprechende Vorschläge machen. Sie geht davon aus, dass die Möglichkeit besteht, eine Einigung auf dem Verhandlungswege zu erreichen.

Darüber hinaus hält sich die Landesregierung aber offen, diesen Anspruch klageweise beim Bundesverfassungsgericht geltend zu machen. Wenn es keine Einigung auf dem Verhandlungswege gibt, wird die saarländische Landesregierung auch bereit sein, erneut das Bundesverfassungsgericht anzurufen, nicht um irgendetwas durchzusetzen, was uns nicht zusteht, sondern um unseren verfassungsgemäßen Rechten zum Durchbruch zu verhelfen. Das sind wir den Menschen in diesem Lande schuldig.

(Beifall von der CDU.)

Sowohl mit Blick auf die Erfolgsaussichten einer eventuellen Klage, als auch - und vor allem - unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit ist die Landesregierung allerdings gezwungen, weiterhin einen strikten Sparkurs zu verfolgen. Soll die Nettokreditaufnahme zurückgeführt werden, sind zusätzliche Sparanstrengungen unvermeidlich. Dem wird die Landesregierung wie folgt Rechnung tragen: Erstens. Die Steigerungsraten des Landeshaushaltes orientieren sich an den Empfehlungen des Finanzplanungsrates als Obergrenze. Jährliche Steigerungsraten dürfen nicht höher liegen als ein Prozent des Haushaltsvolumens des Vorjahres. Der Haushalt des Jahres 2005 wird eine Null-Steigerungsrate ausweisen. Angesicht zwingend steigender gesetzlicher Leistungen in vielen Bereichen bedeutet dies massive Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen des Landes.

Zweitens. Das Land wird sich bei diesen Einsparungen im Bereich der freiwilligen Leistungen auch an den Sparmaßnahmen anderer Länder zu orientieren haben. Wir werden uns als Nehmerland im Länderfinanzausgleich in der Summe keine Standards leisten können, die höher liegen als der Durchschnitt der übrigen Länder. Dies schließt Prioritätensetzungen nicht aus.

Drittens. Sämtliche freiwilligen Ausgaben des Landes werden unter einen generellen Haushaltsvorbehalt gestellt. Die Fortführung orientiert sich am Notwendigen. Neue Maßnahmen kommen nur in Betracht, wenn sie unabweisbar sind und gleichzeitig eine Gegenfinanzierung durch Einsparungen an anderen Stellen dargestellt werden kann.

Viertens. Bereits im Zuge der Haushaltsberatungen für das Jahr 2005 wird das Land Einsparungen im Bereich der freiwilligen Ausgaben vornehmen. Dabei soll nicht nach der Rasenmäher-Methode vorgegangen werden. Gleichwohl werden sämtliche Bereiche von Einsparungen betroffen sein. Auch unter dem Gesichtspunkt der Belastungsgerechtigkeit ist dieses unvermeidbar. Im Einzelfall wird die vollständige Streichung von Leistungen und Zuwendungen notwendig sein.

Fünftens. Demografiebedingte Finanzspielräume werden mit Priorität zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung eingesetzt.

Sechstens. Das Controlling bei öffentlichen Zuweisungen wird verbessert. Die Steuerung von Zuweisungen wird künftig ergebnis- und nicht mehr wie bisher inputorientiert vorgenommen.

Siebtens. Wir werden Maßnahmen der Privatisierung und des Outsourcing prüfen und umsetzen. Dabei können Einspareffekte mit Qualitätsverbesserungen verbunden werden. Die Landesregierung wird insbesondere die Privatisierung von Leistungen im Bereich der Bauverwaltung, der Beschaffung, des Vermessungswesens, aber auch der Kurierdienste und das Gebäudemanagements prüfen.

Achtens. Die Instrumente der Budgetierung und der Kosten-Leistungs-Rechnung werden verstärkt eingesetzt.

Neuntens. Die saarländische Landesregierung wird der Landesregierung Rheinland-Pfalz anbieten, gemeinsam auszuloten, inwieweit durch gemeinsame Einrichtungen und Behörden bei Aufrechterhaltung der Dienstleistungsqualität der öffentlichen Verwaltung Einsparpotenziale aktiviert werden können.

Zehntens. Die Personalausgaben stellen den mit Abstand größten Einzelausgabenblock des Landeshaushaltes dar. Daher kann ein Konsolidierungskonzept die Frage der Personalhaushalte nicht außen vor lassen. Auch im Bereich der Personalausgaben ist ein Konsolidierungsbeitrag zu leisten.

Dies bedeutet: Die bereits im Bereich der Beamten abverlangten Beiträge zur Haushaltskonsolidierung sind auf die Angestellten zu übertragen. Im Rahmen der laufenden Tarifrunde sind entsprechende Anpassungen im Bereich der Arbeitszeit und der Sonderzuwendungen vorzunehmen.

Die saarländische Landesregierung setzt weiterhin auf schlanke, aber effiziente Personalkörper. Die Reduzierung des Personalbestandes wird sozialverträglich weitergeführt.

Mit Blick auf die Haushaltsnotlage kann die Landesregierung auf einen weiteren Solidarbeitrag der Bediensteten zur Konsolidierung des Haushaltes nicht verzichten. Sie bietet den Bediensteten des Landes an, diesen Beitrag im Rahmen eines "Solidarpaktes Saar", wie das in anderen Haushaltsnotlageländern auch möglich war, einvernehmlich festzulegen. Die saarländische Landesregierung wird daher den Vertretern der öffentlich Bediensteten ein Gesprächsangebot zur Erarbeitung eines "Solidarpaktes Saar" unterbreiten.

Elftens. Schließlich ist die saarländische Landesregierung bereit, über ihre Einflussmöglichkeiten im Bundesrat an bundesweiten Konsolidierungsmaßnahmen für die öffentlichen Haushalte mitzuwirken. Dies gilt sowohl für Überlegungen zu einem Haushaltssicherungsgesetz als auch für die Diskussion um den Subventionsabbau auf Bundesebene. Auch insoweit führt der demografische Wandel zu veränderten Bedarfen. So stellt sich angesichts zurückgehender Bevölkerungszahlen beispielsweise die Frage, ob tatsächlich Volumen und Verwendungszwecke der Eigenheimzulage uneingeschränkt aufrechtzuerhalten sind. Wir sind auch an diesem Punkt gesprächsbereit, meine Damen und Herren.

Die saarländische Landesregierung ist sich sehr wohl bewusst, dass die in Aussicht genommenen Sparmaßnahmen, die sämtliche Einzelpläne des Landeshaushaltes betreffen, zu Diskussionen und voraussichtlich auch zu Demonstrationen führen werden. Auch insoweit gehen wir nicht den bequemsten Weg. Wenn wir aber die notwendigen Spielräume für Investitionen in die Zukunft erhalten wollen, ist dieser Weg ohne Alternative. Wir sind gezwungen, zusätzlich zu sparen - nicht so sehr in unserem eigenen Interesse, als vielmehr im Interesse der nachfolgenden Generationen. Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck. Sie ist dringend geboten im Interesse der Erhaltung der Zukunftschancen derjenigen, die nach uns kommen. Sie sollen ihre Chancen erhalten und dafür wollen wir sorgen.

(Beifall bei der CDU.)

Eine nachhaltige Gesundung der öffentlichen Finanzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gleichwohl alleine durch Sparmaß-

(Ministerpräsident Müller)

nahmen nicht erreichbar. Sie sind notwendig, aber nicht ausreichend. Notwendig sind daneben Einnahmeverbesserungen der öffentlichen Hände. Dies setzt höhere Wachstumsraten in der Bundesrepublik Deutschland und in unserem Land voraus. Ich komme damit zum Bereich der wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und im Saarland.

Obwohl wir uns in einer Phase dynamischen Wachstums der Weltwirtschaft befinden, leidet die Bundesrepublik Deutschland unter gravierenden Wachstums- und Beschäftigungsproblemen. Niedrige Wachstumsraten, zurückgehende Beschäftigungszahlen und ein hoher Bestand an Arbeitslosen kennzeichnen die Situation. Deutschland hat erheblich an internationaler Konkurrenzfähigkeit verloren, nicht weil wir schlechter geworden sind, sondern weil andere besser geworden sind.

Dies begründet umfassenden Handlungsbedarf. In Deutschland fehlt es nicht an Arbeit. Oft sind aber die Preise, zu denen die Arbeit angeboten wird, zu hoch. Natürlich darf die Debatte um Wachstum und Beschäftigung in Deutschland nicht auf Kostenfragen reduziert werden, das will ich ganz deutlich sagen. Andererseits dürfen diese Fragen aber auch nicht völlig außer Betracht gelassen werden. Da es sich hierbei in erster Linie um eine nationale Debatte handelt, deren Ergebnis aber unmittelbare Auswirkungen auf die Situation der Menschen in unserem Land hat, erlauben Sie mir hierzu einige Anmerkungen.

Erstens. Wir werden in Deutschland wieder mehr arbeiten müssen. Auch wenn eine beschäftigungsorientierte Flexibilisierung der Arbeitszeit im Einzelfall zu Arbeitszeitreduzierungen führen kann, wird in der Tendenz eine Verlängerung der Arbeitszeiten nicht zu umgehen sein. Im Prinzip stehen wir vor der Frage, ob wir bereit sind, für den gleichen Lohn mehr zu arbeiten, oder ob wir bereit sind, bei gleichem Arbeitsvolumen geringere Löhne zu akzeptieren. Ich glaube, die Mehrheit der Menschen in Deutschland ist bereit, etwas mehr zu arbeiten, wenn der Lohn garantiert wird. Deshalb ist dies auch der richtige Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist auch ein zumutbarer Weg.

Wurden im Jahre 1970 in Deutschland jährlich noch durchschnittlich 1.880 Arbeitsstunden geleistet, belief sich die jährliche Arbeitszeit im Jahr 2003 nur noch auf 1.362 Arbeitsstunden im Durchschnitt. Deshalb ist eine Debatte über die Wochen-, aber auch die Jahres- und Lebensarbeitszeit unumgänglich. Dies ist nicht zuletzt auch mit Blick auf die Verminderung des Erwerbstätigenpotenzials als Folge der demografischen Entwicklung in den nächsten Jahren, und zwar ganz massiv ab dem Jahr 2010, geboten.

Die Notwendigkeit der Arbeitszeitdebatte betrifft nicht nur den privaten Bereich, sondern auch den öffentlichen Dienst. Die Landesregierung ist bereit, im Dialog mit den Betroffenen nach kreativen Lösungen für die Ausgestaltung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zu suchen. Wir wollen Arbeitszeiten nicht schematisch verlängern. Wir werden uns aber - wie andere Länder auch - beispielsweise generelle Begrenzungen der Lebensarbeitszeit nicht mehr leisten können.

Wir müssen in Deutschland die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme von der Belastung der Erwerbsarbeit abkoppeln. Dies ist der entscheidende Ansatz zur Reduzierung der Lohnnebenkosten. Im Bereich der Krankenversicherung erfüllt lediglich das Modell der Gesundheitsprämie - und zwar eine mit Sozialausgleich versehene Gesundheitsprämie - diesen Anspruch.

Drittens. Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist völlig überreguliert. Deshalb müssen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um im Rahmen betrieblicher Bündnisse für Arbeit auch von tarifvertraglichen Regelungen abweichen zu können. Regelungen des Kündigungsschutzes oder der Mitbestimmung dürfen nicht zum Beschäftigungshindernis werden. Insoweit sind sie anzupassen, Herr Kollege Roth. Eine Debatte um die generelle Abschaffung des Kün-

digungsschutzes oder der Mitbestimmung ist demgegenüber weder sinnvoll noch in der Sache gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU.)

Viertens. Wir brauchen in Deutschland einen funktionierenden Niedriglohnsektor. Dem tragen weder die Selbstbehaltregelungen im Rahmen des Hartz-4-Konzeptes noch die an der Produktivität orientierten Regelungen in Tarifverträgen Rechnung. Die saarländische Landesregierung wird die Debatte um die Verbesserung der Standortqualität der Bundesrepublik Deutschland offensiv bestreiten. Wir wissen - und daran werden wir uns orientieren -: Sozial ist, was Arbeit schafft. Gleichzeitig stellen wir uns der Aufgabe, im Saarland für beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen zu sorgen.

Dabei gilt: Erstens. Innovation schafft Arbeitsplätze. Nach wie vor gibt es in Deutschland viele gute Ideen. Doch nur wirtschaftlich erfolgreich umgesetzte Ideen schaffen Wachstum und Beschäftigung. Notwendig ist es, die Felder zu definieren, in denen neue Beschäftigung entstehen kann und dann aber auch die gesamte Wertschöpfungskette zu vernetzen. Dies ist der Gegenstand der Innovationsstrategie für das Saarland, die wir im Jahr 2001 beschlossen haben. Die Landesregierung wird diese Innovationsstrategie konsequent fortentwickeln und umsetzen. Dazu zählt der Ausbau der Zukunftscluster im Automobil- und Nano-Bio-Bereich, die Verstärkung der Ingenieurausbildung in Abstimmung mit Kaiserslautern und die Übertragung von Zuständigkeiten für den Bereich der anwendungsorientierten Forschungsinstitute an das Wirtschaftsministerium. Unsere Innovationsstrategie hat auch außerhalb des Landes große Anerkennung erfahren. Wir sind unter anderem deshalb auf europäischer Ebene als eine der innovativsten Regionen in Europa ausgezeichnet worden. Unsere Innovationsstrategie trägt wesentlich zur positiven Imagebildung für den Wirtschaftsstandort Saar bei. Wir werden sie weiter umsetzen, weil sie neue Chancen und neue Beschäftigung in unserem Lande bringen kann. Und das ist unser Ziel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Die Arbeitsplätze der Zukunft werden nicht in den Großunternehmen, sondern in mittelständischen Unternehmen entstehen. Deshalb wird die Landesregierung ihre Wirtschaftspolitik konsequent am Vorrang für den Mittelstand orientieren. Wir werden die gesetzlichen Rahmenbedingungen verbessern und das Mittelstandsförderungsgesetz novellieren. Wir werden unsere Initiative zum Pfändungsschutz der Altersvorsorge Selbstständiger fortführen und Maßnahmen zur Verbesserung der Eigenkapitalquote des Mittelstandes ergreifen. Die SIKB wird zum zentralen Förderelement der saarländischen Mittelstandspolitik. Wir werden uns für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Sparkassen als wesentlicher Kreditgeber des Mittelstandes einsetzen.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Sagen Sie das mal Ihrem Wirtschaftsminister!)

Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der Landesregierung - Herr Kollege Ulrich, unter Führung des saarländischen Wirtschaftsministers - und der saarländischen Sparkassenorganisation wird hierzu gemeinsam Vorschläge entwickeln. Wer Dinge verändern will, lieber Herr Kollege Ulrich, wer Dinge nach vorne bringen will, muss wissen, dass der alte Satz von Lampedusa gilt: Alles muss sich ändern, damit alles so bleiben kann wie es ist. - Zu sagen, wir haben im Sparkassenbereich keinen Handlungsbedarf, heißt die Augen vor der Wirklichkeit zu verschließen. Das kann tun wer will, die saarländische Landesregierung wird das jedenfalls nicht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Drittens. Das Saarland leidet nach wie vor unter einer Selbstständigenlücke. Wir werden bereits in der Schule vermehrt Wirtschaftszusammenhänge in die Lehrpläne integrieren und die Neugierde auf unternehmerische Selbstständigkeit wecken. Zur Erleichterung von Unternehmensnachfolgen werden wir eine Initiative zur Reform der

(Ministerpräsident Müller)

betrieblichen Erbschaftssteuer nach britischem Vorbild ergreifen. Die Saarland-Offensive für Existenzgründer wird fortgeführt. Viertens. Die saarländische Landesregierung ist sich sehr bewusst, dass wir uns nicht zu einer reinen Dienstleistungsgesellschaft entwickeln dürfen. Wir können uns nicht alle nur wechselseitig die Haare schneiden. Wir brauchen auch die Arbeitsplätze in den klassischen Bereichen der industriellen Produktion, beispielsweise im Automobil- oder Maschinenbau. Dem werden wir mit unserem Regierungshandeln Rechnung tragen. Dies ist ja ein Bereich, in dem im Moment die Sorgen bei den Menschen besonders groß sind. Die Debatte um die Verlagerung von Arbeitsplätzen insbesondere im industriellen Bereich in Niedriglohnländer, in die Beitrittsländer der Europäischen Union und in den ostasiatischen Raum, müssen wir sehr ernst nehmen. Wir werden in diesem Bereich nur bestehen können, wenn wir wirklich technologisch und innovativ Spitze sind. Den Kostenwettbewerb bestehen wir nicht. Deshalb müssen wir den Innovationswettbewerb gewinnen. Wir müssen besser sein, damit wir auch teurer sein können.

(Beifall bei der CDU.)

Fünftens. Die wichtigste Ressource der Wirtschaft sind motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiter. Im Ausbildungsplatzangebot hat das Saarland in den vergangenen Jahren bundesweite Spitzenstellungen erreicht. Wir werden den Ausbildungspakt Saar fortführen. Unser Ziel bleibt es, jedem ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen ein Ausbildungsplatzangebot zu machen. Das haben wir im vergangenen Jahr erreicht - im Unterschied zu anderen. Ich bin zuversichtlich und sicher, dass wir dies auch in diesem Jahr erreichen werden, dass wir auch in diesem Jahr wieder eine Spitzenstellung haben werden. Und ich möchte mich bei allen, die bereit sind, Ausbildungsplätze im dualen System zur Verfügung zu stellen, dafür bedanken. Damit betreibt man Zukunftsvorsorge für das eigene Unternehmen, damit eröffnet man aber auch Zukunftschancen für junge Menschen. Eine gute Ausbildung ist die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Und deshalb bedanke ich mich bei allen, die sich der Ausbildungsverpflichtung stellen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir werden uns dafür einsetzen, dass für eher praktisch Begabte verstärkt eigenständige, zweijährige Berufsbilder geschaffen werden. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab, denn sie ist ein Instrument zur Vernichtung von Ausbildungsplätzen im dualen System. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Infrastrukturen des Landes sind für seine wirtschaftliche Entwicklung von entscheidender Bedeutung. In der jetzigen Legislaturperiode wird die Einbeziehung des Saarlandes in das europäische Schienenschnellverkehrsnetz erfolgen. Wir streben an, dass die Hochgeschwindigkeitsverbindung Paris-Frankfurt im Jahr 2007 den Betrieb aufnimmt. Bis zu diesem Zeitpunkt wollen wir auch das Projekt Eurobahnhof Saarbrücken umsetzen. Das können wir nicht alleine, das können wir nur gemeinsam mit der Bahn. Und deshalb bin ich dankbar, dass Bahnchef Mehdorn, als er in der vergangenen Woche im Saarland war und wir mit ihm gesprochen haben, uns auf unsere Forderung noch einmal ausdrücklich und in die Hand versprochen hat, dass der Eurobahnhof Saarbrücken im Jahr 2007 errichtet ist und in Betrieb gehen wird. Wir verlassen uns auf dieses Wort, weil das Land dieses Projekt braucht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Daneben wird die Allianz für den öffentlichen Personennahverkehr mit einheitlichen Tarifen, abgestimmten Fahrplänen und neuen Verkehrsangeboten ausgebaut. Die Saarbahn wird bis Lebach weitergeführt. Das Straßennetz wird kontinuierlich erneuert. Wir werden uns für die Realisierung der im Bundesverkehrswegeplan als vordringlichen Bedarf anerkannten Maßnahmen einsetzen. Besondere Bedeutung misst die saarländische Landesregierung dem Bau der Nordsaarlandstraße und dem Bau der B 269 von Saarlouis nach St. Avold zu. Im Luftverkehrsbereich hat der Flughafen Ensheim eine unverzichtbare Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Saarland. Kooperationen mit Zweibrücken setzen die Beachtung des Prinzips wechselseitigen Nutzens voraus. Wir verschließen uns diesen Kooperationen nicht, aber das Ganze kann ja wohl vernünftig nur gemacht werden, wenn jeder etwas davon hat. Jeder muss

einen Vorteil davon haben: win, win, auf dieser Grundlage kann mit uns über die Frage der Kooperation geredet werden.

Siebtens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Saarland ist ein Energieland und soll es auch in Zukunft bleiben. Wir werden dafür sorgen, dass die anstehenden Investitionen im Kraftwerksbereich nicht am Saarland vorbeigehen. Unsere Spitzenstellung im Bereich erneuerbarer Energien werden wir ausbauen.

Es müsste doch selbst für Sie, lieber Kollege Ulrich, ein Anlass zur Freude und zum Jubel sein, wenn die weltweit größte Fotovoltaikanlage im Saarland errichtet wird.

(Zurufe der Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne) und Stritter (SPD).)

Wir bauen die Brücke ins Zeitalter der regenerativen Energien, darüber sollte sich jeder in diesem Hause freuen, sehr geehrter Herr Kollege.

(Beifall von der CDU. - Zurufe von B 90/Grüne und der SPD.)

Sie sagen, dass dazu Bundesmittel, Bundesfinanzierungsstrukturen beitragen. Das ist richtig.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Diese Bundesmittel aber, lieber Kollege Gillo, hätten auch anderen zur Verfügung gestanden. Die haben es nicht hingekriegt, und wir haben es hingekriegt.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Freuen wir uns doch gemeinsam darüber!

(Beifall von der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Wir werden uns für Strukturen einsetzen, die diskriminierungsfreie Netzzugänge und standortverträgliche Energiekosten gewährleisten.

Im Stahlbereich hat sich die unter maßgeblicher Mitwirkung der Landesregierung herbeigeführte Hüttenlösung bewährt. Wir haben den Konkurs von Saarstahl beendet.

(Abg. Roth (SPD): Und die Mitbestimmung?!)

Gemeinsam mit vielen, und auch gemeinsam mit der Mitbestimmung - das will ich gerne sagen. Wir sind sicher: Der Werkstoff Stahl hat Zukunft, und die saarländischen Stahlunternehmen sind für diese Zukunft gut gerüstet.

Nach der Stilllegung des Bergwerkes Warndt wird im Saarland die Steinkohleförderung nur noch am Standort Ensdorf stattfinden. Die Landesregierung hält am Konzept des sozialverträglichen Auslaufens des Steinkohlebergbaus fest. Auf dem Weg dorthin werden wir uns weiter für einen fairen Interessenausgleich zwischen den im Bergbau Beschäftigten und den Bergbaubetroffenen einsetzen. Wir sehen uns nicht in der Lage, der Forderung nach Gewährung von Absatzbeihilfen für die deutsche Steinkohle Rechnung zu tragen. Dies widerspricht im Übrigen auch der Begründung der Steinkohlesubventionierung mit dem Argument, es gehe hier um die nationale Energiesicherheit. Wenn es um nationale Energiesicherheit geht, so muss auch national finanziert werden. Die Landesregierung ist ausgesprochen dankbar, dass die Nichtzahlung von Absatz- und Betriebsbeihilfen bisher Konsens der im Landtag vertretenen Parteien war. Sie geht davon aus, dass dieser Konsens auch in der neuen Legislaturperiode fortbesteht.

Achtens. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Saarland wird zunehmend als Tourismusland wahrgenommen. Die Bedeutung des Tourismus für Wirtschaft und Beschäftigung wächst. Deshalb wird die Landesregierung die im touristischen Masterplan entwickelten Schwerpunktthemen vorantreiben. Dieser Masterplan bietet ja erstmals eine Grundlage für die strukturierte Entwicklung des

(Ministerpräsident Müller)

Tourismus in unserem Land. Das Radwegenetz wird weiter ausgebaut. Außerdem wollen wir einen Rechtsrahmen dafür schaffen, Vorhaben zur Verbesserung der Attraktivität unserer Innenstädte umzusetzen.

Die Landesregierung ist fest davon überzeugt, dass das Saarland die Chance hat, auch in den vor uns liegenden Jahren überdurchschnittliche Wachstumsraten zu erreichen. Wir sind uns bewusst, dass die Schätze dieses Landes zunehmend nicht tief unter der Erde, sondern in den Köpfen der Menschen liegen. Diese Schätze zu heben ist Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes. Deshalb kommt den Fragen der Ausgestaltung unserer Bildungs- und Ausbildungsstrukturen eine entscheidende Bedeutung zu, und ich will daher nun auf die Bereiche Bildung und Wissenschaft eingehen.

Roman Herzog, der frühere Bundespräsident, hatte sicher Recht, als er feststellte: „Bildung ist das Megathema der Zukunft“. Für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, aber auch für das Saarland gilt: Der einzige Rohstoff, über den wir in ausreichendem Maße verfügen, ist der Rohstoff Geist. Nur mit dem Wissen, der Kreativität und der Intelligenz in den Köpfen der Menschen werden wir die Wachstumspotenziale der Zukunft erschließen können.

(Zuruf.)

Kollege Maas, Sie sagen, dieser Rohstoff sei sehr ungleich verteilt. Das stimmt sicherlich. Es muss eine Konsequenz dieses Umstandes sein, zu sagen: Wir wollen jedem helfen, sein Potenzial in diesem Bereich zu entwickeln - demjenigen, der etwas leistungsschwächer ist, der vielleicht etwas weniger mit diesem Rohstoff ausgestattet ist, aber auch demjenigen, der besser ist. Förderung der Schwachen, aber auch Förderung der Starken. Unterstützung aller - und das heißt eben auch: Ja zur Elite! Das ist in diesem Zusammenhang unsere Überzeugung.

(Beifall von der CDU.)

Gute Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten sind unverzichtbar. Die saarländische Landesregierung will die besten Schulen für unsere Kinder.

Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode bundesweit eine Vorreiterrolle in der Bildungspolitik übernommen: flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums, die Integration von Benimm-Bausteinen in den Unterricht. Auch in dieser Legislaturperiode wollen und werden wir diese Vorreiterrolle weiter ausfüllen. Dies gilt insbesondere für den Bereich der vorschulischen Erziehung und des frühen Lernens. Da wir wissen, dass es besser ist, früh zu investieren, als später mit hohen Kosten zu reparieren, wollen wir das letzte Kindergartenjahr zu einem echten Bildungsjahr weiterentwickeln.

Voraussetzung hierfür ist die Gebührenfreiheit des letzten Kindergartenjahres. Diese haben wir in der vergangenen Legislaturperiode eingeführt. Zwar werden wir die Gebührenfreiheit nicht auf weitere Kindergartenjahre ausdehnen können, die Landesregierung hält aber auch in dieser Legislaturperiode an der Gebührenfreiheit des letzten Kindergartenjahres fest. Wir haben insoweit eine Alleinstellung in Deutschland. Ich meine aber, dass wir dies den jungen Familien in unserem Lande schuldig sind.

(Beifall von der CDU.)

Folge dieser Gebührenfreiheit ist, dass fast hundert Prozent der Kinder eines Jahrgangs den Kindergarten besuchen. Damit besteht aber die Möglichkeit, das letzte Kindergartenjahr zu einem Bildungsjahr mit entwicklungsbezogenen Vorschulen und einem kindgemäßen vorschulischen Lernprogramm weiterzuentwickeln, ohne dass deswegen eine Kindergartenpflicht eingeführt werden müsste.

Die Landesregierung weiß, dass in Deutschland Kinder aus bildungsarmen Elternhäusern leider immer noch häufig die schlechteren Chancen haben. Die Schere der Ungleichheit öffnet sich früh. Das

Projekt des frühen Lernens bedeutet daher ein Mehr an Chancengerechtigkeit in unserem Bildungssystem.

Die Einführung des Bildungsjahres im Kindergarten soll im Einvernehmen mit allen Beteiligten erfolgen. Wir wollen den Abschluss eines „Bildungspaktes Saar“. Darin sollen neben dem frühen Lernen und der Zusammenarbeit mit den Grundschulen die Verbesserung der Erzieherinnenausbildung und die Einrichtung einer Kindergarten-Landesvertretung geregelt werden.

Weiterer Handlungsbedarf vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ergibt sich auch für den Bereich der Grundschulen. 1997 wurden im Saarland noch 11.000 Erstklässler eingeschult. In diesem Jahr sind es nur noch 9.500, und im Jahr 2009 wird es nur noch 8.000 Kinder in der ersten Grundschulklasse geben. Dieser drastische Schülerrückgang macht eine Neuordnung im Grundschulbereich zwingend erforderlich. Ziel dieser Neuordnung ist es, zu dauerhaft leistungsfähigen Schuleinheiten zu kommen. Nach Auffassung der Landesregierung sollte eine Grundschule künftig in der Regel in jedem Schuljahr mindestens zwei Parallelklassen aufnehmen. Unabhängig davon werden wir aber dafür sorgen, dass jede Gemeinde auch künftig mindestens eine Grundschule hat, dass die Schulwege nicht zu lang und die Klassen nicht zu groß werden.

Neben der Neuordnung der Grundschulstandorte sind weitere Qualitätsverbesserungen im Grundschulbereich geboten. Wir streben an, die Zahl der Jahreswochenstunden in der Grundschule auf 100 zu erhöhen. Damit wären wir auf dem bayrischen Niveau. Wir streben ein flächendeckendes Bildungs- und Betreuungsangebot am Nachmittag an, eine verstärkte und frühe Sprachförderung - in Deutsch, aber auch mit Blick auf die Partnersprache - und eine engere Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen.

Schließlich sind wir davon überzeugt, dass größere Freiheit für unsere Schulen zu mehr Qualität führt. Schulen sind zu sehr verwaltet. Ihnen fehlen notwendige Freiheiten, um eigene Identität und eigenes Profil aufzubauen. Deshalb wollen wir den Schulen mehr Freiheit geben. Natürlich führt eine solche Verbreiterung der Schulautonomie auch zur Notwendigkeit qualitätssichernder Maßnahmen. Die Landesregierung wird ein entsprechendes Gutachten in Auftrag geben und gemeinsam mit den Erfahrungen aus dem Modellversuch BBZ Plus Maßnahmen zur Stärkung der Schulautonomie ergreifen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung im Bereich der Bildungspolitik die Angebote für Hochbegabte ausbauen; eine ausschließlich am Kindeswohl orientierte Förderung behinderter Schülerinnen und Schüler sicherstellen; bei der anstehenden Novelle des Berufsbildungsgesetzes darauf drängen, dass berufsschulische Leistungen in die Abschlussprüfung einbezogen werden und eine Zulassung zur Abschlussprüfung von der regelmäßigen Teilnahme am Berufsschulunterricht abhängig gemacht wird sowie die beruflichen Gymnasien im Lande ausbauen.

Im Bereich der Universität werden wir den Weg der Stärkung der Autonomie der Hochschulen konsequent weiter beschreiten. Wir werden das Saarland als Wissenschaftsstandort von Spitzenformat weiter profilieren. Bereits jetzt verfügt das Land über eine hervorragende Forschungsinfrastruktur. Dies dokumentiert unter anderem die Tatsache, dass es uns in der vergangenen Legislaturperiode gelungen ist, das Internationale Forschungs- und Begegnungszentrum für Informatik Schloss Dagstuhl in die „Blaue Liste“ aufnehmen zu lassen und den Zuschlag für die Einrichtung des neuen Max-Planck-Institutes für Softwaresysteme gemeinsam mit dem Standort Kaiserslautern zu erhalten. Saarbrücken wird damit zu einer der Welthauptstädte der Informatik. Auch dieses ist eine gute Perspektive für unser Land, über die wir uns alle gemeinsam freuen sollten.

(Beifall von der CDU.)

Wir werden die Universität bei ihrer Schwerpunktbildung in Forschung und Lehre unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Informatik-Disziplinen, die Bio-Nanowissenschaften, die Europaorientierung und die Optimierung der Lehrerausbildung. Mit dem Globalhaushalt

(Ministerpräsident Müller)

hat die Universität mehrjährige Planungssicherheit. Wir werden rechtzeitig mit der Universität über einen neuen Globalhaushalt und den Abschluss einer erweiterten Ziel- und Leistungsvereinbarung sprechen.

Wir werden die Hochschule für Technik und Wirtschaft bei der Fortführung ihres Erneuerungsprozesses und der Erweiterung des Fächerspektrums durch neue Studiengänge positiv begleiten. Nach der Schließung der Katholischen Fachhochschule für Soziale Arbeit wird die HTW bei der Sicherung eines entsprechenden Studienangebotes im Saarland eine wichtige Rolle spielen.

Im Rahmen der Bemühungen um die Stärkung der Autonomie der Hochschulen werden wir uns für das Recht der Selbstauswahl der Studierenden - wir haben sie bereits an der Hochschule für Musik und der Hochschule der Bildenden Künste Saar - einsetzen. Wir fordern die ersatzlose Streichung des Hochschulrahmengesetzes. Dies würde die Möglichkeit eröffnen, gegebene soziale Schieflagen bei der Finanzierung des Hochschulstudiums zu beseitigen. Gegenwärtig finanzieren Geringverdiener, deren Kinder unterproportional häufig studieren, das kostenfreie Studium Besserverdienender mit. Das ist ungerecht, zumal nach wie vor die Lebensinkommenserwartung der Akademiker höher ist als diejenige der Nichtakademiker. Damit stellt sich die Frage nach der Einführung von Studienbeiträgen. Natürlich dürfen diese nicht zu sozialer Auslese führen. Für den Fall der Ermöglichung der Einführung von Studienbeiträgen werden wir deshalb durch die Einführung eines ausgewogenen Stipendien- und Darlehenssystems sicherstellen, dass Leistung und Eignung der jungen Leute und nicht der Geldbeutel der Eltern über die Aufnahme des Studiums entscheiden, zugleich aber die Finanzbasis der Universität verbessert wird.

(Beifall von der CDU.)

Für die Landesregierung steht fest: Beste Schulen und Spitzenleistungen in Forschung und Lehre sind Voraussetzungen für eine gute Zukunft. Für diese zu sorgen, sind wir unseren Kindern schuldig.

Der dramatische Geburtenrückgang im Saarland um fast zwei Drittel im Vergleich zum Jahr 1960 und die niedrige Geburtenquote in Deutschland stehen in einem deutlichen Widerspruch zu der Tatsache, dass nach wie vor die überwiegende Mehrheit der Menschen in Deutschland Kinder haben möchte. Bei Befragungen gaben 92 Prozent der unter 23-Jährigen und 84 Prozent der unter 30-Jährigen an, dass sie sich Kinder wünschen. Trotzdem wird dieser Wunsch immer seltener realisiert. Der neue Bundespräsident, Horst Köhler, hat erklärt: „Kinder bedeuten Neugier, Kreativität und Zuversicht. Kinder sind die Brücken in die Welt von morgen“. Wir müssen feststellen: Diese Brücken werden in Deutschland immer seltener gebaut.

Bei der Frage nach den Gründen für die Nichterfüllung des Kinderwunsches spielt offenbar das Fehlen von Betreuungseinrichtungen nur eine untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stehen stattdessen befürchtete finanzielle Belastungen, das Gefühl, der Erziehungsaufgabe nicht gewachsen oder noch zu jung zu sein und die Unvereinbarkeit des Kinderwunsches mit eigenen beruflichen Plänen. Darauf müssen wir reagieren. Dabei stellt es sich aus Sicht der Landesregierung als erste und wichtigste Aufgabe, ein positives Klima für Familien und Kinder zu schaffen. Familien sind die unverzichtbare Keimzelle unserer Gesellschaft. Der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhoff hat es auf den Punkt gebracht: „Ohne Familie keine Erziehung, ohne Erziehung keine Persönlichkeit und ohne Persönlichkeit keine Freiheit“. Deshalb sagen wir: Wer sich für Familie und Kinder entscheidet, ist zu unterstützen und zu fördern, hat positive Begleitung für diese Entscheidung verdient.

(Beifall von der CDU.)

Wir müssen Bedingungen schaffen, die möglichst zu wirklicher Wahlfreiheit, zumindest aber zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen. Die Erziehung von Kindern darf nicht als Last, sondern muss als selbstverständlicher und glücklicher Abschnitt in einem erfüllten Leben wahrgenommen werden können. Dies setzt voraus, dass die Anerkennung der Erziehungsleistung in unserem Steuer- und Sozialversicherungssystem angemessene Berücksichtigung

findet. Ich werde mich deshalb dafür einsetzen, dass der Haushalt steuerlich als Betriebsstätte anerkannt wird, dass das Ehegattensplitting im Steuerrecht durch ein Familienrealsplitting ersetzt wird und dass die Erziehungsleistung in der Rentenversicherung nicht nur auf der Leistungs-, sondern auch auf der Beitragsseite Berücksichtigung findet. Wer Kinder erzieht, leistet Beiträge zur Rentenversicherung und soll deshalb weniger zahlen müssen als andere, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

Die Landesregierung wird für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen. Wir brauchen familiengerechte Jobs und nicht jobgerechte Familien. Notwendig ist ein bedarfsgerechtes System flexibler Betreuungsmöglichkeiten. Dabei gebietet es die Ehrlichkeit zu sagen:

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Der Ausbau des Angebotes im Bereich von Kinderkrippen und Kinderhorten wird an finanzielle Grenzen stoßen. Eine sinnvolle Ergänzung stellt die Betreuung durch Tagesmütter dar. Die Landesregierung wird sich daher dafür einsetzen, im Rahmen einer „Offensive für Kinderbetreuung“ ein Tagesmütternetzwerk aufzubauen. Wir können dabei von Erfahrungen in Frankreich und Luxemburg, unseren Nachbarn, profitieren. Wir können auch damit eine Vorreiterrolle in Deutschland übernehmen im Interesse der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die Entscheidung für ein Kind ist eine individuelle Entscheidung außerhalb des staatlichen Einflussbereiches. Wenn aber die Rahmenbedingungen für Familien so gestaltet sind, dass tatsächlich vorhandene Kinderwünsche nicht realisiert werden, besteht politischer Handlungsbedarf. Die Landesregierung ist entschlossen, diesem Handlungsbedarf im Rahmen ihrer Möglichkeiten Rechnung zu tragen und die Förderung unserer Familien und unserer Kinder in den Vordergrund ihrer Arbeit zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Landes weist staatlichen Einrichtungen grundsätzlich dienende Funktionen zu. Dabei hat sich die staatliche Organisation an den Kriterien der Effizienz, Effektivität, Transparenz und Bürgernähe messen zu lassen. Die Verbesserung staatlicher Aufgabenwahrnehmung ist beständige Aufgabe. Dabei werden wir in der jetzigen Legislaturperiode vor allem drei Reformprojekte zu bearbeiten haben.

Erstens die Föderalismusreform. Die föderale Ordnung bedarf der Reform, insbesondere der Entflechtung und der Ermöglichung fairen föderalen Wettbewerbs. Die hierauf gerichtete Arbeit der Föderalismuskommission tritt in den nächsten Wochen in ihre entscheidende Phase. Die Landesregierung vertritt dabei folgende Positionen. Die Gesetzgebungskompetenzen sind stärker zu trennen. Die konkurrierende Gesetzgebung ist zurückzuführen. Die Rahmengesetzgebung ist überflüssig. Im Rahmen der bundesrechtlichen Zuständigkeiten sind Zugriffsmöglichkeiten der Länder zu schaffen. Die Zahl der zustimmungspflichtigen Gesetze ist zu reduzieren.

Die Gemeinschaftsaufgaben sind mit Ausnahme der Gemeinschaftsaufgabe „Forschungsförderung“ abzuschaffen. Die Schaffung einer neuen Gemeinschaftsaufgabe „Bildungsplanung“, die von einigen vertreten wird, kommt nicht in Betracht. Mischfinanzierungen sind zurückzuführen. Soweit dabei Einnahmeausfälle für die Länder eintreten - Herr Kollege Gillo -, ist eine dynamische Voll-Kompensation für die Länder erforderlich.

Die Kulturhoheit der Länder darf nicht angetastet werden. Das ist unsere ureigenste Zuständigkeit. Ziel der Föderalismusreform muss eine Verstärkung der eigenständigen Verantwortlichkeit von Bund und Ländern sein. Wenn es gelingt, diese Positionen durchzusetzen, dann wird der Gewinner der Föderalismusreform in erster Linie das Landesparlament sein. Dieses Landesparlament wird zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Dafür sollten wir uns gemeinsam einsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU.)

(Ministerpräsident Müller)

Zweitens. Die Funktionalreform im Saarland. Grundlage ist das von Professor Hesse erarbeitete Gutachten. Die Landesregierung hat einen ergebnisoffenen Dialog über seine Inhalte zugesagt. Den werden wir in den nächsten Wochen führen. Wir erwarten dabei eine sachorientierte Diskussion, die nicht mit Schlagworten geführt wird. Im zweiten Quartal 2005 wird die Landesregierung entscheiden, welche Maßnahmen in welchem Zeitablauf umgesetzt werden. Das Hesse-Gutachten ist eine gute Grundlage für eine weit gehende Funktionalreform in unserem Land. Es bedarf gleichwohl der politischen Bewertung. Die Landesregierung wird sich insbesondere an der Zusammenführung von Ausgaben- und Aufgabenverantwortung und dem Abbau von Mehrfach-Zuständigkeiten orientieren. Der Gutachter selbst hat erklärt, es bestehe die Chance, das Saarland zu einem Modellland für einen zweistufigen Verwaltungsaufbau zu machen. Dieser Anspruch ist ambitioniert, aber erfüllbar, und das sollte unser gemeinsames Ziel sein.

Drittens. Die Modernisierung der Landesverwaltung. Auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik wird die saarländische Landesregierung Zuständigkeiten bündeln, Arbeitsabläufe optimieren und die Behördenorganisation des Landes straffen.

Im Einzelnen gilt: Soweit Leistungen privatwirtschaftlich effizienter, wirtschaftlicher oder bürgernäher erbracht werden können, wird der Weg der Privatisierung beschritten. Im Bereich der nachgeordneten Dienststellen des Landes wird eine weitgehende Neuorganisation mit dem Ziel vorgenommen, die Zuständigkeiten in nur wenigen Landesämtern zu bündeln. Kleinstbehörden und -einrichtungen werden aufgelöst.

Zur Optimierung des Personaleinsatzes in der Landesverwaltung wird ein Personal-Service-Center geschaffen. Die Deregulierungsoffensive wird fortgesetzt. Verwaltungsvorschriften werden mit einem Verfallsdatum von fünf Jahren versehen. Der materielle Normenbestand in Gesetzen und Rechtsverordnungen wird einer generellen Überprüfung unterzogen. Genehmigungsverfahren werden nach dem Prinzip der Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt ausgestaltet. Darüber hinaus wird geprüft, welche Genehmigungserfordernisse aufgehoben werden können. Die Möglichkeiten des e-Government werden verstärkt genutzt. Die "Bürgerdienste Saar" werden ausgebaut. Dieses Projekt "Bürgerdienste Saar" ist Verwaltungsebenen übergreifend ausgestaltet. Das ist einzigartig in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Alleinstellungsmerkmal wollen wir weiter ausbauen. Unser Ziel ist es, bis 2007 75 Prozent der onlinefähigen Leistungen der Landesverwaltung auch online verfügbar zu machen.

Das Saarland ist das Land der kurzen Wege. Mit den dargestellten Maßnahmen wollen wir die saarländische Verwaltung zur schnellsten Landesverwaltung in Deutschland machen.

(Zurufe.)

Ich traue das unseren Bediensteten zu. Wenn Sie an der Stelle "oje" sagen, so sage ich: Wir haben hervorragende Beamte im Land. Ich traue denen zu, dass sie dafür sorgen, dass nirgendwo in Deutschland so schnell Genehmigungen erteilt werden, dass nirgendwo in Deutschland so schnell Verwaltungsverfahren abgeschlossen werden wie in unserem Land. Wenn wir das erreichen, haben wir einen großen Standortvorteil, der unserem Land nur nutzen kann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von der CDU.)

Vornehmste Aufgabe unseres Staates ist der Schutz von Freiheit und Eigentum seiner Bürger. Diese Aufgabe ist in erster Linie den Organen der Polizei und der Justiz zugewiesen. In der vergangenen Legislaturperiode haben wir einen Schwerpunkt auf den Bereich der Gewährung der Inneren Sicherheit gelegt und die Politik des Personalabbaus gestoppt. Auf dieser Grundlage werden wir weiterarbeiten; gleichzeitig aber den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Anders als etwa das Bundesland Berlin, werden wir alle Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter auch in den Polizeidienst übernehmen. Das sind wir diesen jungen Leuten schuldig. Der Einstellungskorridor wird beibehalten, aber wir werden ihn verschmälern.

Angesichts der zum Ende der Legislaturperiode einsetzenden Welle von Ruhestandsversetzungen werden wir eine offene Debatte über Zielgrößen des Personalbestandes und vor allem auch über die Qualität des Stellenplanes der saarländischen Polizei führen. Wir werden zu fragen haben: Muss denn wirklich jede Aufgabe, die von der Polizei wahrgenommen wird, auch künftig von der Polizei wahrgenommen werden? Wir werden die Aufbauorganisation der Polizei mit dem Ziel weiterentwickeln, die sichtbare Präsenz zu erhöhen, interne Abläufe zu optimieren und die Qualität der Arbeit zu verbessern. Im Übrigen wird auch in der kommenden Legislaturperiode gelten - und das ist mir besonders wichtig -: Die saarländische Polizei kann sich auf die politische Rückendeckung durch die Landesregierung verlassen. Wir stehen an der Seite unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten!

(Beifall von der CDU.)

Deshalb werden wir uns auch dafür einsetzen, die rechtlichen Grundlagen effektiver Strafverfolgung zu verbessern. Die DNA-Analyse hat sich als hoch wirksames Instrument der Aufklärung von Straftaten erwiesen. Die Landesregierung wird sich für eine Ausweitung ihres Anwendungsbereiches und die begrenzte Abschaffung des Richtervorbehaltes einsetzen. Gleiches gilt für eine maßvolle Erweiterung der Telefonüberwachung im Kampf gegen schwere Straftaten, etwa des sexuellen Missbrauchs von Kindern oder Korruption.

Vor allem im Bereich der Jugendkriminalität ist es notwendig, dass Straftaten so schnell wie möglich ermittelt und angeklagt werden. Wir werden uns dafür einsetzen, den Wamschussarrest für Jugendliche und das Fahrverbot als eigenständige Nebenstrafe einzuführen.

Im Erwachsenenvollzug brauchen wir eine Erweiterung der räumlichen Kapazitäten. Dies wird unverzüglich in Angriff genommen.

Im Bereich der Justiz werden wir unter dem Gesichtspunkt der Bürgernähe auch in der kommenden Legislaturperiode kleinere Gerichtsstandorte möglichst erhalten. Mit der Einführung der "Elektronischen Akte" werden wir einen bisher beispiellosen Schritt in die Zukunft moderner Justizverwaltung unternehmen.

Sicherlich gehören die Innen- und die Rechtspolitik zu den klassischen Bereichen staatlicher Tätigkeit. In Zeiten des Wandels bleiben aber auch diese Bereiche nicht unberührt. Wir werden dafür sorgen, dass die notwendigen Anpassungen nicht zu einem Verlust an Bürgernähe, sondern zur effektiven Erledigung von Verwaltungsaufgaben und damit letztlich zur Erhöhung der Lebensqualität in unserem Lande führen.

Der Reiz des Saarlandes beruht nicht zuletzt auf der Kleinheit und Überschaubarkeit seiner Strukturen. Ein reiches Vereinsleben, ein breit gefächertes Kulturangebot, zahlreiche Möglichkeiten sportlicher Betätigung, Savoir-vivre und eine intakte Kulturlandschaft - all dies trägt wesentlich dazu bei, dass die Menschen sich in unserem Land wohlfühlen. Die Landesregierung ist entschlossen, auch in Zeiten des demografischen Wandels ihren Beitrag zur Erhaltung der Lebensqualität in unserem Land zu leisten.

Insbesondere in unseren Dörfern und Innerortslagen stehen wir vor neuen Fragen. Die Landesregierung tritt dabei für die gleichwertige Entwicklung städtischer Siedlungsstrukturen und des ländlichen Raumes ein. Die Attraktivität der Landeshauptstadt Saarbrücken ist auch im interregionalen Wettbewerb mit Metz, Trier und Luxemburg zu stärken. Innovative Konzepte, wie das Konzept "Stadt am Fluss", bedürfen unvoreingenommener Prüfung. Mit dem neuen Landesentwicklungsplan Siedlung werden wir konsequent darauf abzielen, eine qualitätsvolle Weiterentwicklung unserer Städte und Dörfer bei sparsamster Inanspruchnahme neuer Flächen zu ermöglichen. Wir brauchen nicht immer weitere Neubaugebiete um den Preis immer weiter verörender Ortskerne. Wir müssen die Mitte unserer Dörfer und Städte neu entdecken. Die Landesregierung wird Konzepte zur Neunutzung von Leerständen, zur Wiederverwertung vorhandener Bausubstanz und zur Belebung der Innerortslagen entwickeln. Wir werden der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung geben.

(Beifall bei der CDU.)

(Ministerpräsident Müller)

Die Erhaltung der Kulturlandschaft ist in erster Linie das Ergebnis der Arbeit der saarländischen Landwirte. Die Landesregierung bietet der saarländischen Landwirtschaft eine unverändert partnerschaftliche Zusammenarbeit an. Dies gilt auch für die im Entstehen begriffene "Biosphäre Bliesgau". Wir sind davon überzeugt, dass dieses Projekt zahlreiche Chancen für das lokale Handwerk, den Tourismus und viele Dienstleister eröffnet. Ziel der Landesregierung ist es, die Landwirte für dieses Projekt zu gewinnen. Deshalb soll die Einführung der Biosphäre nicht zur Einschränkung landwirtschaftlicher Nutzungen gegen den Willen der Betroffenen führen.

Das Bemühen um den Erhalt der Lebendigkeit unserer Dörfer erfolgt nicht zuletzt auch im Interesse der älteren Menschen. Dabei weiß die Landesregierung, dass die meisten älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger nicht krank und hilfsbedürftig, sondern vital und leistungsfähig sind. Wir wollen ihnen zusätzliche Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe eröffnen, sie verstärkt in die Gestaltung der aktiven Bürgergesellschaft einbeziehen und den Generationendialog intensivieren.

Ebenso wird die Landesregierung ihre Politik der Integration von Menschen mit Behinderungen fortsetzen. Insbesondere beim Abbau der Arbeitslosigkeit von Menschen mit Behinderungen haben wir im Saarland viel erreicht. Die Rückführung der Arbeitslosenquote bei Behinderten im Saarland war die stärkste in Deutschland. Wir haben die vorgegebenen Zahlen weit übertroffen, haben in diesem Bereich bewiesen, dass wir in der Lage sind, die Integration behinderter Menschen in besonderer Weise zu erreichen. Ich muss sagen, das ist für mich eines der erfreulichsten Ergebnisse der Regierungstätigkeit der vergangenen Legislaturperiode, dass nirgendwo so wie im Saarland die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt gelungen ist.

(Beifall bei der CDU.)

Bei der Planung und Umsetzung der Hilfsangebote für Behinderte werden wir den Grundsatz "Ambulant vor Stationär" konsequent umsetzen. Bis zum Ende der Legislaturperiode wollen wir einen Anteil des ambulant betreuten Wohnens an allen Hilfen zum Wohnen von mindestens 20 Prozent erreichen. Das Behindertengleichstellungsgesetz werden wir konsequent vollziehen.

Bei der Gewährung von Sozialleistungen werden wir uns am Bedürftigkeitsprinzip orientieren. Alle einkommensunabhängigen Sozialleistungen sind daraufhin zu überprüfen, ob sie zielgenau und erforderlich sind.

Um die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu verbessern, wollen wir unser Netzwerk der Integrationslotsen auf alle Zuwanderungsgruppen ausdehnen. Mit dem Projekt "Integrationspatenschaften" wollen wir bürgerschaftliches Engagement für die Integrationsarbeit nutzbar machen. Auf der Basis des neuen Zuwanderungsgesetzes werden wir zu Beginn des kommenden Jahres eine Härtefallkommission einrichten. Gleichzeitig werden wir auch künftig den Aufenthalt derjenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben und zur Ausreise verpflichtet sind, konsequent beenden. Ich will das klar und deutlich sagen: Wir wollen humanitäre Gesichtspunkte angemessen berücksichtigen, wir werden eine Härtefallkommission schaffen, aber wer unter Rechtsverstoß, wer rechtswidrig versucht, hier einen Aufenthalt zu begründen, hat kein Aufenthaltsrecht, und ihm wird von uns auch kein Aufenthaltsrecht eingeräumt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vor dem Hintergrund ihrer Schlüsselrolle im Integrationsprozess wollen wir uns verstärkt um die Situation ausländischer Frauen kümmern. Nicht selten haben sie unter der Diskrepanz zwischen traditioneller Herkunft und Werteordnung des Grundgesetzes zu leiden. Dies ist nicht hinnehmbar. Wir werden uns auf Bundesebene unverzüglich für ein Gesetz gegen Zwangsverheiratungen einsetzen. Ich sage Ihnen, dies ist keineswegs etwas, was mit der Wirklichkeit in unserem Lande nichts zu tun hat. Dies ist etwas, was auch in unserem Lande stattfindet und was wir nicht hinnehmen dürfen.

(Beifall von der CDU.)

Die Frauenpolitik der Landesregierung wird sich am Gender-Mainstreaming-Ansatz orientieren. Der Rechtsanspruch auf Gleichberechtigung und die Rechtswirklichkeit müssen in Übereinstimmung gebracht werden.

Die Jugendpolitik zielt darauf ab, Jugendliche als eigenständige Akteure wahrzunehmen und ihnen Freiräume zu schaffen, sich in die Gesellschaft einzubringen. Das größte Problem in der Jugendarbeit ist nach meiner Überzeugung die Tatsache, dass die Arbeit der Vereine, die Arbeit im Bereich der Jugendhilfe und die Arbeit in unseren Schul- und Ausbildungsstrukturen in unterschiedlichen Zuständigkeiten wahrgenommen werden. Diese Trennungen müssen überwunden werden, dabei wollen wir einen Schwerpunkt im Bereich der Prävention setzen. Wir werden in jedem Landkreis ein Modellprojekt initiieren, bei dem alle Akteure im Präventionsbereich zusammenarbeiten.

Auch und gerade im Jugendbereich wollen wir wesentlich auf das ehrenamtliche Engagement im Rahmen der aktiven Bürgergesellschaft zurückgreifen. Die Bereitschaft, sich in den Vereinen des Landes oder in sonstiger Form ehrenamtlich zu engagieren, ist im Saarland überdurchschnittlich ausgeprägt. Die Landesregierung wird dieses Engagement weiterhin unterstützen. Wir werden beispielsweise den Versicherungsschutz für Ehrenamtliche verbessern und uns dafür einsetzen, dass die steuerlichen Freigrenzen für die Vereine angehoben werden. Gerade im Sportbereich ist dies von erheblicher Bedeutung. Die Landesregierung wird ihre Politik der gleichmäßigen Förderung des Leistungs- und Breitensportes fortsetzen. Zur Ergänzung unserer Infrastrukturen am Olympiasportstützpunkt und an der Landessportschule wollen wir eine Eliteschule des Leistungssportes am Rotenbühl-Gymnasium etablieren.

Die Vielfältigkeit des Kulturangebotes unseres Landes soll erhalten werden. Allerdings - auch das will ich in aller Deutlichkeit sagen - wird auch der Kulturbereich bei der notwendigen Anpassung an die veränderten finanziellen Rahmenbedingungen bei notwendigen Sparmaßnahmen nicht ausgenommen werden können. Eine Koordinierungsstelle des Kultusministeriums wird dazu beitragen, die vielfältigen kulturellen Aktivitäten aufeinander abzustimmen. Das Konzept zur Neuordnung der Museumslandschaft wird weiterverfolgt. Die Beteiligung an der Initiative "Europäische Kulturhauptstadt 2007" eröffnet die Möglichkeit, das reichhaltige Kulturerbe der Saar-Lor-Lux-Region grenzüberschreitend darzustellen.

Zugleich handelt es sich dabei um ein wichtiges Feld der interregionalen Zusammenarbeit. Die saarländische Landesregierung misst dieser Zusammenarbeit hohe Bedeutung bei. Unter unserer Gipfelpräsidentschaft wurde mit dem "Zukunftsbild 2020" ein anspruchsvolles Leitbild für die Großregion Saar-Lor-Lux entwickelt. Die Umsetzung dieses Leitbildes ist aber bisher unbefriedigend. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, die Vorstellung des Europas der Regionen im Saar-Lor-Lux-Raum modellhaft umzusetzen.

(Abg. Henz (SPD): Modell Müller. - Abg. Stritter (SPD): Basteln Sie nur so weiter. - Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Selbstverständlich modellhaft, denn lieber Herr Kollege Stritter, wir wollen Modell der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa sein. Wir wollen Vorbild für andere sein, andere sollen sich an unserem Modell ein Beispiel nehmen. Ich kann Ihnen sagen, es gibt gar nicht Felder genug, in denen wir nicht Modelle entwickeln sollten, die für andere beispielhaft sind.

(Zurufe.)

Ich bin sicher, Sie sind mit uns auf dem Weg. Modellland Saar. Wenn wir ein Modell für andere sind, dann sind wir dort, wo wir hin müssen.

(Beifall bei der CDU.)

Schließlich wird die Landesregierung sich auch die Profilierung des Medienstandortes Saar zur Aufgabe machen. Die Regelungen

(Ministerpräsident Müller)

der Pressefusionskontrolle müssen strukturellen Änderungen im Printbereich Rechnung tragen. Die duale Rundfunkordnung ist aufrechtzuerhalten. Bei den Verhandlungen zum Rundfunkstaatsvertrag ist es der Landesregierung gelungen, Regelungen zur Existenzsicherung des Saarländischen Rundfunks durchzusetzen. Ich will an der Stelle nur Folgendes ganz kurz bemerken. Nachdem die Vorgängerregierung sich auf ein Verfahren eingelassen hatte, das zwingend dazu geführt hätte, dass der Rundfunkfinanzausgleich ausgelaufen wäre mit der Folge, dass dies zum Ende des Saarländischen Rundfunks geführt hätte, war es nicht ganz einfach für diese Landesregierung, in der vergangenen Legislaturperiode dafür zu sorgen, dass der Rundfunkfinanzausgleich weitergeführt wird. Wir haben das Ziel erreicht. Es war nicht einfach. Der Finanzausgleich wird weitergeführt. Damit ist die Existenz des Saarländischen Rundfunks gesichert. Das Prinzip "Ein Land - ein Sender" kann umgesetzt werden. Ich glaube, es ist gut, dass wir dieses Ziel gemeinsam erreichen konnten.

(Beifall bei der CDU.)

Mediale Vielfalt ist in einer offenen Gesellschaft unverzichtbar. Natürlich ist es dabei Aufgabe der Medien, objektiv und nicht pejorativ die Wirklichkeit in unserem Lande abzubilden. Gerade auch im Saarland gibt es nicht nur Schlechtes, sondern auch ausgesprochen viel Gutes und Erfreuliches zu berichten. Ich erwarte, dass die Medien sich dieser Aufgabe mit erhöhter Intensität stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Die Vielgestaltigkeit unseres Landes macht seinen besonderen Charme aus.

(Zurufe.)

Manche reden vom Charme der Widersprüche. Die Landesregierung wird jedenfalls alles in ihren Kräften Stehende tun, damit

(Abg. Stritter (SPD): Damit sie wiedergewählt wird)

unser Saarland lebens- und liebenswert bleibt.

Lieber Herr Kollege Stritter, wenn Sie an der Stelle dazwischenrufen: "Damit sie wiedergewählt wird", dann sage ich Ihnen, natürlich strebt die Landesregierung an, wiedergewählt zu werden, weil wir glauben, dass dies eine gute Grundlage dafür ist, das Saarland lebens- und liebenswürdig zu erhalten.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Stritter (SPD): Das hat er falsch verstanden. Er hat Halluzinationen.)

Deshalb lassen Sie mich zusammenfassend feststellen: Wir haben uns für die kommenden fünf Jahre viel vorgenommen. Der Weg, der vor uns liegt, ist nicht einfach. Es wird ein Weg mit vielen Diskussionen, mit vielen Auseinandersetzungen sein. Und doch sind wir entschlossen, diesen Weg zu gehen, weil wir überzeugt sind, dass wir auf diesem Weg unser Land in eine gute Zukunft führen können. Dabei werden wir auf die Hilfe und die Unterstützung vieler Menschen in unserem Lande angewiesen sein. Sie alle lade ich ein, mit uns gemeinsam den Wandel zu gestalten, damit wir die Zukunft für uns und diejenigen, die nach uns kommen, gewinnen.

Victor Hugo hat einmal gesagt: Die Zukunft hat viele Namen. Für den Schwachen ist sie unerreichbar, dem Kleinmütigen macht sie Angst, aber für den Tapferen ist sie eine große Chance. - Deshalb lassen Sie uns mutig und entschlossen ans Werk gehen. Dann werden wir unser Land in eine gute Zukunft führen. Nichts anderes hat unser Saarland, nichts anderes haben die Menschen in unserem Land verdient. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten Peter Müller.

Wir haben heute zahlreiche Zuhörerinnen und Zuhörer unter uns. Ich darf vielleicht für die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer stellvertretend den französischen Generalkonsul Herrn Gérard Grall bei uns willkommen heißen. Seien Sie uns herzlich willkommen. Ebenso die Beauftragten der christlichen Kirchen im Saarland. Für die katholische Kirche Herrn Prälaten Bartmann und für die evangelischen Kirchen Herr Kirchenrat Brandt. Seien Sie uns ebenfalls herzlich willkommen.

(Beifall des Hauses.)

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Aussprache zur Regierungserklärung.

Bevor ich die Aussprache zur Regierungserklärung eröffne, weise ich noch einmal darauf hin, dass die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums eine Redezeitbeschränkung vereinbart haben, die wir alle heute Morgen auf den Plätzen vorgefunden haben. Ich bitte alle Redner sehr herzlich, sich an diese Vereinbarung zu halten.

(Zurufe.)

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Heiko Maas.

Abg. Maas (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Aufgrund des Redezeitvereinbarungsmodells, das wir abgeschlossen haben, ist es schwierig, auf alle Modelle einzugehen, die der Ministerpräsident vorgestellt hat.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Wir werden nach unserer Vereinbarung auch nach der Mittagspause noch weiter diskutieren. Ich beschränke mich auf das Wesentliche. Das ist, denke ich, möglich, Herr Kollege Hans.

Ich würde gerne zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode die eine oder andere Vorbemerkung machen. Zum einen. Das Wahlergebnis am 05. September hat die CDU zur stärksten Partei gemacht. Sie haben eine parlamentarische Mehrheit. Sie können alleine regieren. Sie haben bereits Ihre Regierung gewählt. Ich glaube, es gehört zum guten Ton auch in diesem Hause - es ist von Kultur hier die Rede gewesen -, Ihnen und der Regierung beim Regieren eine gute Hand im Sinne unseres Landes und seiner Menschen zu wünschen. Die haben es verdient und viele von ihnen haben es bitter nötig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Wahlergebnis vom 05. September hat noch eine weitere Konsequenz nach sich gezogen. Das ist die Tatsache, dass wir jetzt auch Kolleginnen und Kollegen von der FDP und den Grünen im saarländischen Landtag haben. Ich begrüße Sie herzlich im Landtag und in der Opposition und sage ausdrücklich hinzu, ich empfinde es nicht als einen Nachteil, wenn in einer so existenziell schwierigen Situation, in der sich unser Land befindet, die vier wichtigsten Kräfte im deutschen Parteienspektrum im Parlament Verantwortung übernehmen können, aber auch Verantwortung übernehmen müssen. Der Auftrag der Opposition ist klar. Er besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil heißt, die Regierung zu kontrollieren. Das wollen wir machen. Das wird zu Kritik und Auseinandersetzungen führen. Aber der zweite Teil - den wollen wir vor allen Dingen nicht vergessen, gerade in einer so schwierigen Situation - besteht darin, politische Alternativen aufzuzeigen. Auch da haben wir uns vorgenommen, es nicht zu kurz kommen zu lassen.

Wir wollen dies verantwortungsvoll tun. Der saarländische Ministerpräsident hat eben selbst darauf hingewiesen, dass wir das

(Abg. Maas)

auch in der letzten Legislaturperiode getan haben. Ich erinnere an gemeinsame Beschlüsse etwa zum Thema Anteil des Saarlandes an den Kohlebeihilfen - trotz der Unterschiede, die es bei der Kohlepolitik gibt - oder auch an das Thema, das die Zukunft des Unternehmens RAG Saarberg betrifft. Wir wollen das auch in Zukunft so halten und ich biete dies der Mehrheitsfraktion und der Regierung auch so an.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung das Wahlergebnis als einen Wählerauftrag auf verbreiteter Basis dargestellt. Es ist richtig, Sie sind prozentual klar stärkste Partei in diesem Parlament, daran gibt es nichts zu deuteln. Aber Sie haben auch die Wahlbeteiligung angesprochen. Da will ich dann schon einmal darauf hinweisen, dass bei einer Wahlbeteiligung von 55 Prozent und einem Wahlergebnis von 47 Prozent für die CDU Sie lediglich von 25 Prozent der Wahlberechtigten insgesamt gewählt worden sind. In der Geschichte des Saarlandes hat es noch nie eine Regierungsmehrheit gegeben, die von so wenigen Wählerinnen und Wählern getragen worden ist.

(Zurufe von der CDU.)

Ich meine das gar nicht polemisch, sondern sage dies, weil Sie eben das Thema Wahlbeteiligung selbst angesprochen haben. Deshalb empfinde ich es als etwas vorschnell, die prozentualen Zahlen bei der Wahl sozusagen als Bestätigung für Ihre Politik zu benutzen. Ich glaube, auch Sie sind gut beraten, wenn Sie die Politik der letzten fünf Jahre nicht nur bestätigend betrachten, sondern auch sehr kritisch. Das Wahlergebnis und die Wahlbeteiligung müssen zu dieser Schlussfolgerung führen. Auch Sie müssen sich kritisch mit dem auseinandersetzen, was Sie in den letzten fünf Jahren gemacht, besonders aber mit dem, was Sie nicht gemacht haben. Auch das ist ein Ergebnis der Wahlbeteiligung.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Sie haben angesichts der niedrigen Wahlbeteiligung auch Ursachenforschung betrieben. Das ist richtig. Wir müssen dies tun und uns dem auch stellen, und zwar alle, besonders auch der Tatsache, dass die NPD im Saarland bei der letzten Wahl aus dem Stand heraus vier Prozent errungen hat und vor allem - das empfinde ich fast noch dramatischer - dass zehn Prozent der Erst- oder Jungwähler diese Partei gewählt haben. Das darf uns nicht nur nachdenklich stimmen, sondern wir müssen auch darüber reden, was zu tun ist, um etwas Derartiges in Zukunft zu vermeiden.

Sie haben zwei weitere Aspekte angesprochen, einmal den gegenseitigen Umgang im Parteienspektrum, und dabei eine neue politische Kultur eingefordert. Ich erlaube mir den Hinweis, dass trotz so mancher Auseinandersetzung, die es gegeben hat, wir noch immer eine deutlich bessere Streitkultur haben als etwa die CDU in Baden-Württemberg. Bei uns wird nicht geschlagen, und das wird auch in der gesamten neuen Legislaturperiode nicht eintreten.

(Beifall und teilweise Heiterkeit bei der SPD.)

Wenn Sie von "wir" gesprochen haben, meinen Sie, so hoffe ich, auch sich selbst und uns gleichermaßen. Es ist ja in diesen Diskussionen über die politische Kultur oftmals so, dass all diejenigen, die von "wir" reden, meistens nur die Anderen meinen. Dennoch will ich dies als Angebot aufnehmen und auch zurückgeben, dass auch wir ein Interesse daran haben. Ich muss allerdings feststellen, dass Sie bis zu dieser Erkenntnis einen langen Weg zurückgelegt haben. Wenn man Sie, Herr Ministerpräsident, noch als Oppositionspolitiker in diesem Haus erlebt hat, wird man sagen können, es ist ein guter Weg, den Sie da gegangen sind. Aber auch als Regierungschef gab es in den letzten fünf Jahren die eine oder andere Gelegenheit, wo man dann doch zweifeln konnte. Ich erinnere nur an den Bundesratsauftritt bei der ersten Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes.

Wir sind also bereit für diese neue politische Kultur, weil die großen Probleme des Landes und die jüngsten Erfahrungen mit der niedrigen Wahlbeteiligung uns gar keine andere Möglichkeit lassen. Aber ich füge auch hinzu: Ihr Angebot wäre etwas glaubwürdiger, Herr Ministerpräsident, wenn Ihnen diese Einsicht schon etwas früher gekommen wäre und nicht erst jetzt, nachdem Ihnen bei der Existenzsicherung des Landes das Wasser bis zum Hals steht. So ist das nur die Hälfte wert. Dennoch gehen wir diesen Weg mit. Das ist aber ein Prozess und wir werden den Beweis wechselseitig zu erbringen haben.

Als zweiten Grund für die niedrige Wahlbeteiligung und den Vertrauensverlust der Politik in der Bevölkerung haben Sie die Verunsicherung angeführt, die durch den Reformprozess in Deutschland insgesamt entstanden ist. Da ist viel Richtiges dran und ich will gar nicht abstreiten, dass die Bundesregierung durch gewisse Fehler, die gemacht worden sind, einen nicht unerheblichen Anteil daran hat. Aber ich will auch anmerken - das gehört zur Vollständigkeit dann auch dazu -, dass das Verhalten der CDU bei gewissen Reformvorhaben nach meiner Einschätzung auch nicht unbedingt ein Beitrag für mehr Glaubwürdigkeit ist. Das bezieht sich auch auf das Verhalten dieser Landesregierung in der Vergangenheit zum Beispiel bei der Gesundheitsreform. Im Bundesrat mitzustimmen und anschließend hier Bundesratsinitiativen auszurufen, bei denen dann die Belastung der Versicherten wieder zurückgedreht wird, ist nicht sehr glaubwürdig. Das Gleiche gilt für Hartz 4. Sie haben dort mitgestimmt, anschließend die Unabhängigkeit von der Anzahl der Jahre, die man in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat, kritisiert und erneut eine Bundesratsinitiative angekündigt, mit der Sie das wieder verändern wollen.

Ein weiteres Beispiel ist die Rechtschreibreform. Hier hat sich nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch der Bildungsminister zu Wort gemeldet, was zum Beispiel dazu geführt hat, dass im "Focus" mittlerweile von dem Schreier-Dreier die Rede ist. Schreier sagte dort, die Rechtschreibreform sei überflüssig gewesen. Genauso überflüssig sei allerdings der Versuch, sie wieder rückgängig zu machen. Das erscheint mir nicht sehr planvoll, was Sie da machen. Sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass der Glaubwürdigkeitsverlust in die Politik und in die politischen Parteien auch damit zusammenhängt, dass die Art und Weise, wie verschiedentlich Politik gemacht wird - etwa auch von der Landesregierung, die in Berlin Dingen zustimmt, um sie dann zu Hause wieder zu kritisieren -, auch kein Beitrag ist, um die Politikverdrossenheit in diesem Land zurückzuführen. Da sollten Sie Ihr Verhalten noch mal selbstkritisch reflektieren.

(Beifall bei der SPD, bei B 90/Grüne und bei der FDP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Land drei zentrale Herausforderungen, um die es nicht nur heute, sondern in den kommenden fünf Jahren gehen wird. Wir haben eine finanzpolitische, eine wirtschafts- und strukturpolitische und schließlich auch eine bildungs- und familienpolitische Herausforderung zu bewältigen. Dies alles wird umrahmt von dem, was Sie zutreffenderweise beschrieben haben als die demografische Entwicklung, mit der wir uns in unserem Land auseinandersetzen müssen. Ich erachte es für richtig, wenn Sie gewisse Maßnahmen ergreifen, wenn Sie etwa entsprechende Berichte vorlegen und sich intensiver innerhalb der Regierung mit diesem Thema beschäftigen wollen. Wir haben das in diesem Hause schon sehr vielfältig getan.

Die demografische Entwicklung wird dieses Land in der Tat verändern, nicht nur die Bevölkerungszahl. Die gesamten Strukturen dieses Landes, die Gesellschaft dieses Landes wird sich verändern. Das wird sozialpolitische, wirtschaftspolitische, finanzpolitische und noch weitere Auswirkungen haben. Ich halte dieses Thema für so wichtig, dass wir uns auch als Landtag darüber

(Abg. Maas)

Gedanken machen sollten. Ich finde nicht, dass man das der Regierung alleine überlassen sollte. Das ist ein so grundsätzliches Problem, mit dem wir es zu tun haben, dass ich eine Anregung aufgreifen will, die Heidrun Möller als Alterspräsidentin in der konstituierenden Sitzung dieses Hauses vor wenigen Wochen ausgesprochen hat. Lassen Sie uns auch als saarländischer Landtag eine Enquete-Kommission zu diesem Thema einrichten. Dieses Thema ist so wichtig, dass man es nicht nur der Regierung überlassen kann. Wir als gesetzgebende Körperschaft müssen uns damit auseinander setzen und ich glaube, es ist aller Ehren und Mühen wert, dass wir als Landtag darauf bestehen, an dieser Diskussion beteiligt zu werden, und dass wir uns sogar federführend dort einbringen. Lassen Sie uns - das biete ich an und fordere die anderen in diesem Hause vertretenen Fraktionen dazu auf - eine Enquete-Kommission zur demografischen Entwicklung im Saarland und deren Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Strukturen einsetzen. Ich glaube, das ist notwendig. Andere Bundesländer sind in dieser Frage schon bedeutend weiter als wir.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die erste große Herausforderung, die wir zu bestehen haben, ist die finanzpolitische Herausforderung. Der Ministerpräsident hat es angesprochen und viele Zahlen genannt. Ich will auch noch einmal darauf hinweisen, dass das die zentrale Auseinandersetzung sein wird, mit der wir es zu tun haben. Ich nenne noch einmal einige Daten. Der Schuldenstand des Saarlandes beläuft sich zum 30.06. dieses Jahres auf 7,5 Milliarden Euro. Ich will oder muss vielmehr darauf verweisen, dass wir damit einen höheren Schuldenstand nach der Teilentschuldung im nächsten Jahr haben. Er wird ja weiter wachsen. Der Schuldenstand wird höher sein als beim Einstieg in die Teilentschuldung. Das heißt, trotz der Milliarden, die uns zugeführt worden sind, haben wir anschließend mehr Schulden, als wir vorher hatten.

Wir haben in der Zeit von 2001 bis 2004 einen massiven Schuldenanstieg im Saarland von über einer Milliarde Euro zu verzeichnen. Die Pro-Kopf-Verschuldung im Saarland betrug 2002 6.138 Euro. Das war die höchste bundesweit. 2003 war es die zweithöchste. Aktuell ist das Saarland mit 7.070 Euro - das ist eine Zahl des Statistischen Bundesamtes vom 30. Juni dieses Jahres - wieder Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung.

Auch der Vergleich zu anderen Bundesländern ist etwas, womit wir uns auseinander setzen müssen. Die Höhe der Neuverschuldung belegt eindeutig, dass die Landesregierung in den letzten Jahren schlechter gewirtschaftet hat als die Regierungen anderer Länder. Im Jahr 2003 etwa fiel die Bruttoneuverschuldung im Saarland, bezogen auf die Zahl der Einwohner, um 250 Prozent höher aus als im Nachbarland Rheinland-Pfalz.

Ich denke, das zeigt in etwa, wie dramatisch die Situation ist und das gerade in einer Zeit, in der in diesem Land große Jubiläen bevorstehen. Wir werden 2005 das Jahr haben, in dem sich die Saar-Abstimmung zum 50. Male jährt. Wir werden 2007 50 Jahre Anschluss an die Bundesrepublik haben. Ich hoffe und wünsche mir nicht, dass diese historischen Daten dann wieder zu historischen Daten werden, weil wir uns über die größte Existenzbedrohung dieses Landes Gedanken machen müssen. Ich glaube, das wäre das Letzte, was sich alle in diesem Haus vertretenen Fraktionen wünschen.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl der Bund der Steuerzahler als auch der Landesrechnungshof haben diese Entwicklung in drastischen Worten beschrieben. Ich will aus Zeitgründen nicht weiter darauf eingehen. Der Ministerpräsident hat wahrscheinlich aufgrund der Dramatik dieser Situation dann doch

auch darauf hingewiesen, dass er sich Konsolidierungsmaßnahmen auf Bundesebene in Zukunft nicht ganz verschließen wird. Er hat dazu als Beispiel die Eigenheimzulage angeführt. Ich halte das für richtig. Auch hier hätte ich mir gewünscht, dass diese Einsicht etwas früher gekommen wäre, denn ich will nur noch einmal deutlich machen, was gewisse Entscheidungen im Bundesrat die Länder gekostet haben. Ich will auf einige Zahlen hinweisen. Die von den Unions-geführten Bundesländern in den zurückliegenden Vermittlungsverfahren bewirkten Veränderungen an den Beschlüssen des Deutschen Bundestages führten für Bund, Länder und Kommunen in den Jahren 2004 bis 2006 zu Steuermindereinnahmen von insgesamt 24,9 Milliarden Euro. Auf das Jahr 2004 entfallen 5,8 Milliarden Euro, auf das Jahr 2005 8,9 Milliarden Euro und auf das Jahr 2006 10,2 Milliarden Euro. Diese Zahlen ergeben sich bei einem Vergleich der finanziellen Auswirkungen des von der Bundesregierung geplanten Abbaus von Steuervergünstigungen auf der Grundlage der Beschlüsse des Bundestages mit den Ergebnissen des Vermittlungsausschusses, die nachher aus dem Bundesrat herausgekommen sind.

Ich finde, wenn man bei dem Thema Einnahmen- und Ausgabenprobleme immer darauf verweist, dass wir angeblich kein Ausgabenproblem haben, sondern nur ein Einnahmenproblem, dann muss man an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen, dass die CDU und auch Sie in Ihrer Funktion als Bundesratsmitglied die Verantwortung dafür mittragen, dass die Einnahmeherausfälle der öffentlichen Hand - und zwar für die Länder und die Kommunen - deutlich höher sind, als sie hätten sein müssen. Wenn Sie dem zugestimmt hätten, dann hätten wir heute nicht in dem Umfang die Finanzprobleme, die wir jetzt zu bewältigen haben. Auch das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Ich will nun gar nicht darauf eingehen, welche Einnahmenverluste es bedeuten würde, wenn etwa die Vorschläge der CDU bei der Steuerreform, die dort beschlossen worden ist, Eingang gefunden hätten. Es war das so genannte Bierdeckel-Modell, wenn es noch gilt, oder was auch immer. Sich hier hinzustellen und auf den Bund zu verweisen ist wirklich nur bedingt glaubwürdig, wenn man selbst im Bundesrat und als Partei auch im Bundestag darauf hinwirkt, dass die Einnahmeherausfälle für die Länder viel größer werden als sie ohnehin schon sind. Bei der Eigenheimzulage haben Sie ja bis vor kurzem selber auch noch die Auffassung vertreten, dass sie nicht angetastet werden soll. Wir wollen alles tun, um die Kürzung der Eigenheimzulage zu verhindern.

Denken Sie daran, dass das Verhalten im Bundesrat auch etwas mit Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit zu tun hat. Sie können nicht so häufig Ihre Position bei dem wechseln, was wir insgesamt wollen. Wenn wir mit dem Bund über zusätzliche Hilfen reden wollen, dann bedarf es eines Mindestmaßes an Verlässlichkeit. Es kommt darauf an, wie man dort auftritt. Dem sind Sie in der Vergangenheit in keiner Weise gerecht geworden.

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Sie haben vom gläsernen Haushalt gesprochen. Das ist etwas, was es an anderen Stellen in diesem Land - in Deutschland - schon gibt, etwa in den Bezirksverwaltungen von Berlin. Aber ich halte es auch für außerordentlich zwingend, sich mit dem Thema auseinander zu setzen, denn wir haben in der Vergangenheit erlebt, dass insbesondere finanzpolitisch oder im Etat des Finanzministers doch erheblich herumgetrickst worden ist. Es ist ganz einfach möglich, bei dem verhältnismäßig geringen Volumen des saarländischen Haushaltes durch Ausgliederung von Aufgabebereichen - Universität, Landesbetrieb für Straßenbau und so weiter oder die Umetikettierung von konsumtiven Ausgaben zu Investitionsausgaben, man denke nur an die Zuführung zum Staatstheater - die tatsächlichen Ausgabensteigerungen herunter zu rechnen.

(Abg. Maas)

Ich verweise auch noch auf das Thema Ausgabenreste, die sich angehäuft haben. Der Rechnungshof hat darauf hingewiesen. Wenn Sie mir nicht glauben wollen, dann will ich einmal zitieren. Zu diesem Thema bemerkte nämlich der Landesrechnungshof in seinem jüngsten Bericht: "Nicht unproblematisch ist die Kürzung im Investitionsbereich, weil es sich hier lediglich um kassenmäßige Minderausgaben handelt, die Ausgabeermächtigung aber in der Form von Ausgaberesten für die Zukunft weiter gelten. Dass diese mittlerweile auf 245 Millionen Euro aufgelaufenen Ausgabenreste im Investitionsbereich noch über den regulären Haushalt abgewickelt werden können, ist wenig realistisch. Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit erfordern - wie schon vom Rechnungshof in der Vergangenheit empfohlen - ein radikales Streichen der Liste."

Kehren Sie zurück zu den Prinzipien der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit! Die ganzen Schattenfonds und Haushalte will ich hier aus Zeitgründen gar nicht erwähnen. Wenn Sie den Hinweis geben, dass Sie immer mehr investieren, dann stimmt das nicht, wenn die Ausgabenreste insbesondere im investiven Bereich so groß sind. Wir brauchen in diesem Haus eine Rückkehr zu mehr Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit, egal wie groß die Finanzprobleme sind. Der gläserne Haushalt ist überfällig. Beschäftigen Sie die Bürger damit, aber sorgen Sie erst einmal dafür, dass das in diesem Hause Wahrheit und Realität wird, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und B 90/Grüne.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden auch in diesem Hause nicht umhinkommen, über Einschnitte und Einsparungen zu reden. Wir werden in diesen Beratungen auch unserer Verantwortung in der Opposition gerecht werden müssen. Das wird auch nicht am Personal vorbeigehen. Auch das ist eine Diskussion, die wir führen müssen. Ich will in diesem Zusammenhang das so genannte Hesse-Gutachten ansprechen, weil darin ja auch zur Neuorganisation der Landesverwaltung einige Vorschläge gemacht werden.

Was die Landesverwaltung angeht, so wird dort von nur noch drei großen Landesämtern gesprochen. Ich will das von vorneherein gar nicht in Bausch und Bogen verdammen. Man muss das überprüfen. Sie haben ja die Zeitachse angekündigt, auf der auch wir uns damit beschäftigen können und müssen. Wenn das vernünftige Maßnahmen sind, dann werden wir auch bereit sein, solche Wege mit zu gehen, weil wir wissen, dass es zu den Einsparungen und vor allen Dingen zu den nachhaltigen Einsparungen auch im Personal- und Organisationsbereich keine vernünftigen Alternativen gibt und geben wird. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir uns mit diesem Thema sicherlich noch intensiv zu beschäftigen haben.

Das Gleiche gilt auch für andere Themen, die im Hesse-Gutachten enthalten sind. Ich will jedoch vielleicht eine grundsätzliche Bemerkung machen. Ich habe manchmal den Eindruck - er wird insbesondere auch durch verschiedentliche Berichterstattungen in den Medien genährt -, jemand hat jetzt ein Gutachten erstellt, das das Nonplusultra ist, und nur diejenigen sind gute Politiker, die alles, was dieses Gutachten enthält, am liebsten 1 : 1 umsetzen wollen. Dieser Auffassung bin ich nicht.

Das Gutachten muss geprüft werden. Es enthält Dinge, die gut und vernünftig sind, aber auch Dinge, die ich für unvernünftig halte. Es würde jetzt zu weit führen, darüber im Einzelnen zu reden. Aber wir sollten uns insgesamt die Deutungshoheit in der Öffentlichkeit zurückholen. Die eigentliche Leistung besteht nämlich nicht darin, ein 600 Seiten starkes Gutachten zu verfassen, das zum größten Teil aus einer Beschreibung des Status quo - das ist die wissenschaftliche Analyse, die durchgeführt werden muss - besteht. Es werden über 200 Vorschläge gemacht. Die wesentliche Leistung in

diesem Zusammenhang wird doch darin bestehen, politisch zu bewerten, was vernünftig umzusetzen ist und was vor allem nachher auch umgesetzt werden kann! Wir müssen uns also fragen, was in den zuständigen Gremien politisch mehrheitsfähig gemacht werden muss. Das wird die eigentliche Leistung sein. Sie besteht nicht darin, ein Gutachten zu erstellen, sondern darin, es umzusetzen und zu realisieren. Dies ist unsere Aufgabe. Darüber müssen wir uns ernsthaft und verantwortungsvoll auseinandersetzen. Wir werden uns in diesem Zusammenhang keiner Lösung von vornherein verschließen.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Die Diskussion über die Kreisebene ist eine; sie ist sehr öffentlichkeitswirksam. Auch da bin ich der Auffassung, dass man von vornherein nichts ausschließen kann. Ich habe ein Problem mit dem Stadtkreismodell, weil ich nicht weiß, ob es sinnvoll ist, aber die Anzahl der Kreise zu reduzieren ist sicherlich etwas, worüber man sprechen kann und muss. Ich sage jedoch auch, dass das Land in dieser Diskussion auch eine Vorbildfunktion hat. Wir werden die politisch Beteiligten auf der Kreis- und der Gemeindeebene nur dann mitnehmen können, wenn das Land seiner Vorbildfunktion gerecht wird, und dies wird auch noch durch folgende Tatsache bestätigt, die darin besteht, dass nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Saarland mit 27,4 Landesbediensteten pro 1.000 Einwohner an der Spitze aller westlichen Flächenländer liegt, während die saarländischen Städte und Gemeinden mit nur 13 Kommunalbediensteten pro 1.000 Einwohner mit Abstand die sparsamste Personalbewirtschaftung aller deutschen Städte und Gemeinden vollziehen. Deshalb müssen wir bei der Umsetzung des Hesse-Gutachtens großen Wert darauf legen, dass das Land seiner Vorbildfunktion gerecht wird.

(Beifall bei der SPD.)

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle auch noch ein Wort zur Kabinettsbildung sagen, weil sie ja sozusagen der erste Wurf von Reorganisation und Umbildung gewesen ist. Ich finde es ehrlich gesagt schon etwas grotesk, wenn man in der größten saarländischen Tageszeitung lesen konnte: Müller arbeitet mit kleinerem Team.

(Zuruf.)

Also nicht nur mit der Rechtschreibung scheint der eine oder andere ein Problem zu haben, sondern auch mit Adam Riese. Vor 1999 gab es in diesem Land sechs Minister und acht Staatssekretäre. Die CDU hat 1999 die Anzahl der Minister auf sieben und die der Staatssekretäre auf zehn erhöht. Jetzt haben Sie weiterhin sieben Minister, wobei Sie ein Fachministerium einsparen - wir wissen jedoch, dass dies keine effektive Einsparung ist, sondern nur eine Umverteilung -, und neun Staatssekretäre. Das heißt: Sowohl in der letzten als auch in dieser Legislaturperiode arbeitete bzw. arbeitet die Regierung Müller nicht mit einer kleineren Mannschaft, sondern mit einer größeren. Das ist, wie ich finde, nicht das richtige Vorbild, auch nicht vor dem Hintergrund einer im öffentlichen Dienst anstehenden Organisationsdebatte. Sie hätten hier ein besseres Beispiel geben können, als Sie es jetzt getan haben. Die Landesregierung ist größer geworden, als sie es unter SPD-Zeiten gewesen ist.

(Beifall bei der SPD, der FDP und bei B 90/Grüne.)

Und damit ich mich nicht dem Vorwurf aussetze, dies einfach nur zu monieren, will ich Ihnen sagen, dass es im Hesse-Gutachten Stellen gibt, die ich gar nicht für unvernünftig halte. Beispielsweise wird darauf hingewiesen, dass das Umweltministerium, das ja in Ihrem jetzigen Kabinett, Herr Müller, nur noch ein Rumpfministerium ist, Querschnittsaufgaben zu betreuen hat. Nun bin ich folgender Auffassung: Entweder macht man dann das Umweltministerium zu

(Abg. Maas)

einem Querschnittsministerium, zu einem Infrastrukturministerium, so wie es das früher als Ministerium für Umwelt, Energie und Verkehr gewesen ist, oder aber man lässt es ganz. Was Sie jetzt mit dem Umweltministerium gemacht haben, halte ich für nicht Fisch und nicht Fleisch. Was Hesse in diesem Zusammenhang vorschlägt, halte ich für sinnvoll, denn wir haben ja jetzt einen Staatsminister, der in der Staatskanzlei sitzt. Wenn Umwelt Querschnittsaufgabe ist - Hesse schlägt ja vor, auch die Landesplanung dem Staatsminister zu übertragen -, dann kann ein Staatsminister dieser Querschnittsaufgabe gerecht werden, wenn er sie richtig anpackt und engagiert erfüllt. Dann braucht man auch kein Umweltministerium mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie sehen, es gibt durchaus Möglichkeiten, auch mit einem noch kleineren Kabinett zu arbeiten. Diese Diskussion wird wiederkommen; da bin ich mir ziemlich sicher. Sie wird von den Kommunen und Gemeindeverbänden zum Land zurückkommen. Ihr neues Kabinett, Herr Müller, war kein starker Auftakt für die große Reorganisationsdebatte im öffentlichen Dienst des Saarlandes.

(Beifall bei der SPD und bei B 90/Grüne.)

Jeder im neuen Kabinett bekommt seine Chance, die neuen und die alten Mitglieder. Herr Hecken wäre lieber Oberbürgermeister von Saarbrücken geworden; das verstehen wir sicherlich. Aber es ist schon etwas merkwürdig, Herr Ministerpräsident, wenn Sie in Ihrer Regierungserklärung darauf hinweisen, dass die Frauenpolitik am Gender-Mainstreaming-Prinzip orientiert wird.

(Heiterkeit.)

Auch da hätten wir bei der Regierungserklärung eine etwas wahrhaftigere Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Konzepts erwartet. Dass nur noch Frau Kramp-Karrenbauer dem Kabinett als Frau angehört, sagt nichts über die anderen aus - das will ich gar nicht sagen -, aber es ist ein Zeichen nach außen. Und wenn Sie das Thema Frauenpolitik in den Mund nehmen, aber in Ihrer Regierung sozusagen alle Frauen - bis auf eine - austauschen, dann ist das ebenfalls kein starker Beginn, was dieses Thema angeht.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne. - Zuruf von der CDU.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aufgrund der begrenzten Redezeit noch etwas zur Wirtschaftspolitik sagen. Zur Bildungs- und zur Familienpolitik werden wir uns später noch einmal zu Wort melden. Ich will jetzt gar nicht auf das eingehen, was Sie vorhin zur Arbeitsplatzbilanz und zu anderen Dingen gesagt haben. Bezüglich der Arbeitsplätze haben wir einen alten Streit auszufechten, bei dem es darum geht, ob man in der Bilanz nur die neuen aufführen kann oder ob man die weggefallenen gegenrechnen muss. Ich finde immer, dass man mit den Menschen und ihren Interessen wahrhaftig umgehen sollte. Man muss ihnen also die volle Wahrheit sagen. Lediglich die Arbeitsplätze zu zählen, die neu entstanden sind, ohne die gegenzurechnen, die wegfallen, ist nur die halbe Wahrheit. Ein solches Verhalten hat im Übrigen dazu geführt, dass in der eben schon erwähnten Tageszeitung große Artikel mit Überschriften wie "Georgis Geisterarbeitsplätze" oder "Rechnen mit Mondzahlen" zu lesen waren. Also auch hier sind wir nicht die Einzigen, die sich mit diesem Thema auseinander setzen.

Ich will zur Wirtschaftspolitik einige wenige Bemerkungen machen.

(Zuruf von Ministerpräsident Müller.)

Damit es jeder lesen kann. Es wird ja jeder älter, und ich weiß nicht, wie das auf den Kabinettsrängen der Fall ist.

Die Wachstumsschwäche des Saarlandes ist nach Ihrer Auffassung immer nur bundespolitisch indiziert. Ich will dazu leise Folgendes anmerken. Ich bin durchaus jemand, der sich gegenüber

der Bundesregierung auch einmal kritisch zu Wort meldet, aber gegenwärtig muss ich wirklich sagen, meine Damen und Herren von der CDU, dass Ihre Partei auf Bundesebene beileibe nicht den Eindruck macht, Deutschland wachstumspolitisch in eine bessere Zukunft führen zu können. Man weiß gar nicht, was Sie wollen, geschweige denn, dass dadurch etwas besser würde.

(Beifall bei der SPD und B 90/Grüne.)

Und Sie haben - wie schon öfter in der Vergangenheit - einige Punkte angesprochen, die verändert werden müssen und die sich auch aus dem Leitantrag der CDU für deren bevorstehenden Parteitag ergeben. Es geht beispielsweise um das Thema "länger arbeiten" - Sie haben "mehr arbeiten" gesagt, Herr Ministerpräsident. Dazu will ich nur noch einmal zwei Dinge sagen.

Erstens. Sehen Sie sich doch noch einmal an, wie viele Öffnungsklauseln es in den 57.000 Tarifverträgen in Deutschland gibt! Selbst hier im Saarland erlauben Tarifverträge etwa im Bereich der IG Metall Homburg Arbeitszeiten von bis zu 60 Wochenstunden. Die Flexibilität ist enorm. Ich finde, wir sollten nicht nur mit Modebegriffen um uns werfen, sondern uns wirklich einmal anschauen, was es schon an Flexibilität gibt. Sie haben gesagt, die Leute sollen länger arbeiten, weil hier zu wenig gearbeitet wird. Dann muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass in Deutschland die durchschnittliche Wochenarbeitszeit faktisch 39,9 Stunden beträgt. Da sind die Überstunden eingerechnet. Der Durchschnitt in der EU beträgt 40 Stunden. Wir liegen also voll im Durchschnitt.

Worum es geht - das sollte man dann aber auch offen sagen - ist, dass in Zukunft Überstunden nicht mehr als Überstunden, sondern als normale Arbeitsstunden bezahlt werden, was heißt, dass die Leute weniger verdienen. Man kann sich auf der einen Seite nicht darüber beklagen, dass die Leute keine Kinder mehr in die Welt setzen, weil sie keine Zeit mehr für Familien haben und weil sie finanzielle Sorgen haben, dass sie ihre Familien nicht versorgen können, und dann bei dieser binnenkonjunkturellen Situation den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gerade an dieser Stelle in die Tasche greifen. Das halte ich für den völlig falschen Weg.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne.)

Meine Damen und Herren, für das Saarland brauchen wir wirtschaftspolitisch eine Doppelstrategie. Eine Doppelstrategie in der Weise, dass wir erstens die Sicherung und Weiterentwicklung unserer industriellen Strukturen betreiben und zweitens den Ausbau von innovativen und mittelständischen Strukturen betreiben. Es sind einige Dinge angesprochen worden. Nächstes Jahr haben wir in diesem Land noch ein historisches Jubiläum, nämlich 35 Jahre Ford Saarlouis. Dann soll auch der zehnmillionste Ford Focus vom Band gefahren werden.

Wenn man sich mit dem Thema Automobil auseinander setzt, dann muss man auch etwas anderes erwähnen. Hier kann ich auf andere verweisen, die darüber geschrieben haben, etwa in der "Zeit". Dort wurde kurz vor der Landtagswahl deutlich gemacht, dass es kein anderes Bundesland gibt, das wirtschaftlich von einem einzigen Fahrzeugmodell so abhängig ist, wie das im Saarland der Fall ist, nämlich von dem in Saarlouis produzierten Ford Focus.

Die alte SPD-Landesregierung vor 1999 hat deshalb versucht, den Automobilstandort auszubauen. Wir haben damals den Ford-Supplier-Park, den Ford-Industriepark mit wesentlichen öffentlichen Mitteln mit angeschoben und finanziert. Dadurch ist dieses Werk produktiver geworden. Es wurden Arbeitsplätze gesichert und vor allen Dingen wurde der Standort sicherer gemacht. Es sind mittlerweile über 30.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich zu verzeichnen. Deshalb brauchen wir, und da stimme ich Ihnen zu, nicht nur den Blick auf die Kosten, sondern auch Innovationen, Innovationen für den Industriestandort, etwa für das Thema Automobil.

(Abg. Maas)

Ich will es noch einmal ansprechen: Für eine vernünftige Innovation hielte ich es, dass man sich - wie schon erwähnt und wie schon einmal von Ford Saarlouis angeboten - mit dem Thema Automobil-Universität auseinander setzt. Ich bin nicht der Auffassung, dass die Akademie der Wirtschaft in St. Ingbert das in ausreichendem Maße tut. Dies wäre eine Innovation für den Automobil-Standort Saarland und würde dazu führen, dass Arbeitsplätze gesichert werden und manch einer dazu käme. Wir brauchen Innovationen in der Industrie, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne.)

Sie haben sich zum Kraftwerkstandort Saarland bekannt. Das halte ich für richtig. Dann sagen Sie aber auch: Wir wollen, dass im Saarland neue Kraftwerke gebaut werden. Wir haben im kommenden Jahrzehnt die größte Kraftwerk-Neubauwelle, die es je in Deutschland gegeben hat. Wir wollen, dass das Saarland auch daran partizipiert. Wir wollen neue Kraftwerkstandorte ausweisen, genehmigen und wir wollen neue Kraftwerke im Saarland bauen. Wir wollen dazu aber auch eine vernünftige Energiepolitik machen. Der Mix aus dem, was die Kohlepolitik hergibt - es werden auch Kohlestandorte sein, wir müssen also den Vorteil nutzen, dass hier Steinkohle gefördert wird -, muss ein Thema werden, mit dem wir uns auseinander setzen. Die Position vom Auslauf-Bergbau wird uns nicht weiterhelfen, wenn es darum geht, hier Kohlekraftwerkstandorte zu realisieren.

Wir werden die innovativen, die regenerativen Energien weiter fördern. Wir freuen uns, dass die weltweit größte Solaranlage im Saarland aufgebaut worden ist - mit Bundesmitteln, das ist richtig. Richtig wäre es auch, wenn Sie bei solch vernünftigen Gesetzen, die im Bundestag beschlossen werden und auf deren Grundlage die Bundesmittel für vernünftige Projekte auch im Saarland ausgezahlt werden, zustimmen. Nicht nur das Geld in die Hand nehmen und hier etwas daraus machen, sondern auch vernünftige Gesetze in Berlin unterstützen, wird notwendig sein, um mit Berlin ins Gespräch zu kommen, wenn es um weitere Zuweisungen gehen wird.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne. - Zuruf des Abgeordneten Vogtel (CDU).)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bei all den Problemen, die dieses Land hat, bestand der Kardinalfehler der Regierung Müller in der letzten Legislaturperiode darin, sehenden Auges das Auslaufen der Teilentschuldung abzuwarten. Es ist ja schon bemerkenswert, dass wir jetzt über eine Neuauflage des Saar-Memorandums reden. Wie oft haben wir das hier gefordert? Wie oft haben wir angeboten, daran konstruktiv mitzuarbeiten? Das alles abzuwarten, kein Konzept zu haben für das erste Jahr nach der Teilentschuldung, das ist der Kardinalfehler der Regierung Müller. Das kommt uns noch teuer zu stehen. Und die Rechnung werden Sie politisch auch noch präsentiert bekommen.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne.)

Wir befinden uns in den Punkten, aber auch in anderen, die wir nachher noch ansprechen werden, in einer sehr schwierigen Situation. Dennoch bin ich fest davon überzeugt, dass dieses Land eine Zukunft hat. Das haben die Menschen in unserem Land verdient. Viele in diesem Land haben auch eine bessere Zukunft verdient. Dem wollen wir uns nicht verweigern. Das ist unser Anspruch. Dazu werden wir in den kommenden fünf Jahren unseren Beitrag liefern. - Schönen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD und einzelner Beifall bei B 90/Grüne.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Peter Hans.

Abg. Hans (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor fünf Jahren habe ich meine Rede mit einem Zitat aus Hermann Hesses berühmten Gedicht "Stufen" begonnen: "Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne". Das war damals, nach 15 Jahren Opposition. Auch heute ist ein Neubeginn, allerdings mit weithin gleichen Rollen. Die CDU in der Regierung, der Rest in der Opposition. Fortsetzung folgt, lautete unsere Devise. Von daher ist dieser Zauber sicherlich nicht der gleiche wie beim ersten Mal. Es gibt eben nur einmal ein erstes Mal. Dennoch ist es eine für uns erfreuliche Aufgabenverteilung. Insbesondere das Gerede vom historischen Irrtum bei der Wahl, das wir vor fünf Jahren hatten, dürfte endgültig vorbei sein.

Neu ist auch die Zusammensetzung der Opposition. Wir haben vier Fraktionen - das ist im Saarland seit Jahrzehnten zum ersten Mal der Fall. Ich persönlich bin froh, dass keine Extremisten im saarländischen Landtag sitzen. Ich denke, dass diese neue Konstellation sehr viel Positives hat. Ich erwarte mir eine stärkere Fokussierung auch der Öffentlichkeit auf die politischen Auseinandersetzungen hier im Landtag und damit eine größere Aufmerksamkeit für das Parlament. Ich erwarte natürlich, dass sich die Opposition nicht nur als Mitglied im Ring deutscher Mäkler versteht und hoffe, das wird heute auch in der Debatte über die Regierungserklärung deutlich. Wir brauchen lebendige Debatten, wir brauchen aber auch faire Debatten.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Herr Kollege Ulrich, faire Debatten - das wird für Sie unter Umständen der längste Weg sein, aber wir warten einmal ab. Ich erwarte faire Debatten aus der Erkenntnis, dass der andere kein Feind ist, sondern jemand, der im Gegensatz zu den Extremisten, die wir draußen gehalten haben, das gleiche Ziel anstrebt, aber auf anderen Wegen. Deshalb habe ich mit Aufmerksamkeit Ihr Angebot zur Zusammenarbeit in den grundlegenden Fragen dieses Landes registriert.

Also Auseinandersetzung um den richtigen Weg, Wettbewerb um die besseren Ideen. Ich habe hier einen Zettel: "Beiträge zum Wettbewerb der besten Ideen, Fraktionsvorsitzender Maas". Ich habe notiert: "Enquête-Kommission Demografie". Wir werden das mittragen, Herr Kollege. Das ist ein guter Vorschlag.

(Beifall bei der CDU.)

Debatten um den besseren Weg, von mir aus auch mit heißem Herzen - Max Weber nennt das "Leidenschaft" -, aber Toleranz in der Art der Auseinandersetzung und in der Sprache. Achtung vor der Person des anderen, das Augenmaß, wie das Weber in seiner berühmten Definition in seinem Aufsatz "Politik und Beruf" gesagt hat. "Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten" - nicht von dicken - "Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich."

Dies war in der vergangenen Legislaturperiode nicht immer der Fall. Diffamierung als Mittel der Politik, Verwechslung der Schleuder Davids mit der Dreckschleuder - auch darüber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist am 05. September abgestimmt worden.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Meinen Sie den früheren Oppositionsführer Müller oder wen meinen Sie?)

Polemik als Ersatz für inhaltliche und personelle Alternativlosigkeit wird vom Wähler nicht honoriert. Deshalb wünsche ich Ihnen auch in dieser Hinsicht einen Neuanfang in diesem Parlament.

(Beifall bei der CDU.)

Die absolute Mehrheit der CDU ist nicht nur betätigt worden, sondern sie wurde ausgebaut. Dies als Anerkennung für die Leistungen der Regierung Peter Müller und der sie tragenden Mehrheitsfraktion.

(Abg. Hans)

Ich stelle noch einmal fest im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Maas: In den letzten fünf Jahren hat sich das Saarland in einem schwieriger werdenden Umfeld besser entwickelt als andere Bundesländer. Das ist eine Kernfeststellung, und diese Kernfeststellung haben die Saarländerinnen und Saarländer durch ihren Vertrauensbeweis für uns nachvollzogen.

(Beifall bei der CDU.)

Der Ministerpräsident hat ja einige der Kenndaten genannt: Beschäftigungsquote, Arbeitslosenquote, Rückgang der Arbeitslosigkeit, Wirtschaftswachstum im Vergleich. Meine Damen und Herren, bereits nach fünf Jahren werden die Konturen des Aufsteigerlandes Saarland deutlich. Noch entscheidender für mich ist, was in diesen fünf Jahren bewirkt worden ist, nämlich zum einen eine positive Selbstwahrnehmung der Saarländerinnen und Saarländer. Sie sind stolz, dass ihr Land bundesweit so beachtet wird. Damit ist eine entscheidende Änderung in unserer Außenwahrnehmung verbunden. Jeder von uns, der außerhalb des Bundeslandes unterwegs ist, spürt das. Wir gelten nicht mehr als die blockierenden Subventionsempfänger. Dieses Land hat einen Ministerpräsidenten, der zusammenführt, etwa in der entscheidenden Frage der Zuwanderung.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Es ist ein Land, das in der Tat Vorbild für andere sein kann. Brandenburg. Überschrift aus der Regierungserklärung: "Neuer Schultyp Erweiterte Realschule - Kopfnote - Schnelllabi". Willkommen, Brandenburg, das haben wir in der vergangenen Legislaturperiode nach einem Jahr in diesem Land auf den Weg gebracht.

Dennoch sage ich: Trotz der eindrucksvollen Bestätigung am 05.09. wissen wir drei Dinge. Erstens. Demokratie ist Macht auf Zeit. Regieren - so hat Dolf Sternberger gesagt - ist nicht Herrschen. Wir wissen zweitens, dass wir Verantwortung für alle Menschen in diesem Land haben, nicht nur für diejenigen, die uns gewählt haben. Wir wissen drittens, absolute Mehrheit heißt absolute Verantwortung.

Deshalb beginnen wir in diesem Bewusstsein die neue Legislaturperiode, eine Legislaturperiode, in der sich die Rahmenbedingungen gravierend geändert haben. Einer der Vorgänger des Ministerpräsidenten, Herr Lafontaine, hat bei der Regierungsübernahme mit der ihm eigenen Bescheidenheit erklärt: Keine Landesregierung der Bundesrepublik Deutschland hat unter solch ungünstigen Bedingungen die Regierungsgeschäfte übernommen.

Wir wissen, dass dieser Herr etwas zur Larmoyance neigt, aber ich sage Ihnen: Im Vergleich zu den Rahmenbedingungen des Jahres 2004 waren 1985 geradezu paradiesische Zustände.

(Beifall bei der CDU.)

Die Gesamtsituation der Bundesrepublik stellt uns vor Herausforderungen einer vollkommen neuen Qualität. Rot-Grün in Berlin waren fünf verlorene Jahre. Im Vergleich dazu waren die Zeiten der CDU an der Saar fünf gute Jahre für das Land.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Meinen Sie!)

Über die wirtschaftliche Situation haben wir hier ja verschiedentlich diskutiert. Ich will das nicht wiederholen - -

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Herr Ulrich, ich weiß, dass Sie kaum etwas nachdenklich macht. Aber vielleicht könnte es die neueste Bertelsmann-Studie sein, die erstmals ein internationales Standort-Ranking von 21 Industrienationen aufgestellt hat auf der Basis eines Erfolgsindex von Arbeitslosenquote, Erwerbstätigenquote und Wachstumsentwicklung. Diese Studie brachte ein nie-

derschmetterndes Ergebnis. Deutschland ist international Schlusslicht. Einundzwanzigster unter 21. Die Autoren der Studie schreiben: "Alarmstufe rot". Besser wäre: Alarmstufe rot-grün.

Das ist mit dem Ergebnis politischer Flickschusterei statt politischer Haute-Couture. Flickschusterei trotz Brioni-Anzügen. Die Studie kommt bezeichnenderweise zu dem Ergebnis, dass die größten Erfolge im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit die kleinen Nationen unter diesen 21 gehabt haben: Niederlande, Österreich, Schweiz, Irland, Norwegen. Auch das ist ein Grund, warum wir uns als kleines Bundesland durchaus selbstbewusst und ermutigt fühlen dürfen.

Diese Studie ist ein Armutszeugnis für die Politik von Rot-Grün. Aber die Ursachen für diese Situation liegen auch früher. Ende der Siebzigerjahre haben wir die ersten Weichenstellungen verpasst, ebenso in den Achtziger- und Neunzigerjahren. Auch das sage ich ganz offen.

In einer solchen Situation ist es notwendig, unsere Bemühungen zu verstärken, keine Pausen einzulegen, wie uns das die Populisten suggerieren. Das Gegenteil ist der Fall. Deshalb sage ich in Anlehnung an Baron von Guttenberg, einer der besten Köpfe, die der Deutsche Bundestag je gehabt hat: "In der Demokratie gibt es eine Pflicht, die allen vorgeht, nämlich zu sagen, was ist." Das ist abzuwandeln: Zu sagen, was ist, und vor allem, was notwendig ist. Notwendig sind weitere Veränderungen in Deutschland und natürlich auch bei uns im Saarland. Unsere Substanz ist nach drei Jahrzehnten erschöpft. "The party is over." Auch so könnte man das ausdrücken.

Wir dürfen uns nicht nur fragen, was passiert, wenn wir reformieren, sondern wir müssen uns fragen, was geschieht, wenn wir nichts tun? Das Misstrauen der Bürger begleitet uns in diesem Prozess. Darauf ist schon verwiesen worden.

Wir brauchen uns nicht zu wundern. Das Wort Reform war, glaube ich, auf dem zweiten Platz in der Rangliste der Unwörter des Jahres. Horst Siewert hat kürzlich den Zustand Deutschlands als bedingt reformfähig diagnostiziert - nicht mehr bedingt verteidigungsfähig, Auslöser der Spiegel-Affäre 1962, dies für die jüngeren Mitglieder im Parlament, sondern bedingt reformfähig. Dafür gibt es viele Gründe. Auch sie sind schon genannt worden. 1998 und sogar noch 2002 wurde den Menschen der bequeme Weg versprochen, die Hoffnung auf unveränderten Wohlstand ohne zusätzliche Anstrengungen. Dazu der Dilettantismus von Rot-Grün, auch deshalb haben die Menschen Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik verloren. Sie haben gemerkt, diese Reformen haben keinen inneren Kompass und sie sind auch noch handwerklich schlecht. Auch das hat zur Diffamierung des Begriffes Reform beigetragen. Und - ich glaube, auch das müssen wir uns gemeinsam vorwerfen - die Politik hat es versäumt, vernünftig zu erklären, warum Änderungen notwendig sind.

Es gibt allerdings noch einen anderen Grund, warum heute Reformen schwierig sind. Und das spreche ich auch offen an, ohne Angst vor dem Wähler oder Bürger. Das ist die Erwartung vieler Menschen in diesem Land, dass die sozialen Leistungen ungeschmälert aufrechterhalten werden können, gleichgültig wie sich die Rahmenbedingungen verändern. Meine Damen und Herren, die Menschen erleben Politiker heute in einer Rolle, wo diese ihnen etwas abfordern, wo ihnen etwas weggenommen wird. Und in einem solchen Umfeld existiert und entsteht Politiker- und Parteienverdrossenheit. In Umfragen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden Reformnotwendigkeiten zwar abstrakt bejaht, andererseits werden aber Quittungen für Reformbereitschaft ausgestellt. Die CDU erlebt das im Moment auch am eigenen Leib. Die Psychotherapie nennt so etwas paradoxe Kommunikation. Soziologen haben im Gefolge des Wertewandels den Typus des Autozentrikers - die Ich-AG im anderen Sinne - ausgemacht, der in einer Kultur des

(Abg. Hans)

Narzissmus Einzelinteressen auf Kosten des Allgemeinwohls verfolgt. Die Soziologen sehen in diesem Typ des Autozentrikers den typischen Wechsel- und Protestwähler, der am ehesten zur Verteidigung seiner Besitzstände mobilisierbar ist und Versuche zur Problemlösung zunächst als potenzielle Bedrohung der eigenen Interessen empfindet. Das gilt nicht nur für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das gilt auch für Manager und Industriebosse in dieser Gesellschaft. Deshalb ist von Schröder auch der Mentalitätswechsel eingefordert worden. Im Übrigen ist das Ganze kein Phänomen unserer Zeit; da kann ich Sie beruhigen. Der große Demokratietheoretiker des 19. Jahrhunderts, Alexis de Tocqueville, hat das überwiegend am Modell der amerikanischen Demokratie entwickelt, die ja heute mit der Präsidentenwahl einen großen Tag hat.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Das ist eine funktionierende Demokratie, da haben Sie Recht, Herr Kollege Ulrich. In den USA gibt es im Moment gerade Beifallsstürme für eine Wahlbeteiligung, über die wir uns hier im Saarland die Haare raufen. Aber auch das nur am Rande. De Tocqueville hat vor 150 Jahren zu dem gleichen Thema festgestellt: In demokratischen Gesellschaften ist jeder Bürger mit der Betrachtung trivialer Dinge beschäftigt, nämlich mit sich selbst. - Auch daran hat sich aus meiner Sicht relativ wenig geändert. Meine Damen und Herren, Werner Scherer hat in einer Rede vor der Beamtenbundjugend 1962 festgestellt, dass wirkliches Funktionieren von Demokratie ein gerüttelt Maß an Zivilcourage auch gegenüber den Wählern voraussetzt. Dieser Tradition wissen wir uns verpflichtet. Deshalb haben wir in der vergangenen Legislaturperiode Reformen gegen die Vetogruppen dieser Gesellschaft durchgesetzt: G 8, Kopfnoten, Prüfungen, Benimmbausteine. Wir haben gesagt, auch gegen vorherrschende Strömungen, viele der Probleme, mit denen wir in der Schule zu tun haben, sind nicht die Probleme Alleinerziehender, sondern die Probleme gemeinsam vernachlässigender Eltern. Auch das haben wir deutlich gesagt und Ursachen benannt.

(Beifall bei der CDU.)

Wir werden die Reformen, die wir angehen wollen, die der Ministerpräsident skizziert hat, anders machen als die Berliner Spontigruppe, die Deutschland als Feldversuch entdeckt hat. Wir werden die Notwendigkeit der Reformen erklären. Der erste Schritt ist in der Regierungserklärung gemacht worden. Wir werden den Menschen den Weg und vor allem das Ziel erläutern. Wir werden die Schwierigkeiten und Belastungen nicht verschweigen und wir werden die Belastungen gerecht verteilen. Mit diesem Paradigmenwechsel in der politischen Kommunikation haben wir bereits vor den Wahlen begonnen. Wir haben in unserem Wahlprogramm keine ausgabenwirksamen Versprechungen gemacht. Wir haben die Einsparvolumina vorher beziffert. Und wir haben Handlungsbedarf, etwa bei den Schulen, sogar von dieser Stelle offen gelegt. Und deshalb gilt es nun, nach vorne zu schauen, nach vorne zu schauen getreu dem biblischen Motto: Wer seine Hand an den Pflug legt und zieht zurück, der ist nicht geschickt zum Reiche Gottes. - Das war auch etwas für die anwesenden Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche von einem Vertreter einer C-Partei.

Der Ministerpräsident hat die Elemente der Zeitenwende und die Herausforderungen, die uns in Deutschland und im Saarland jetzt erwarten, beschrieben: die Globalisierung mit ihren Folgen für Wirtschaft und Finanzen, die demografische Entwicklung mit ihren Konsequenzen für alle Lebensbereiche. Und in der Tat beeinflussen diese beiden Megatendenzen querschnittsartig alle Felder der Landespolitik. Als dritter Punkt kommt allerdings für mich noch die mentale Herausforderung, diese Probleme zu bewältigen, hinzu.

Die finanzielle Situation - um zu diesem ersten Unterpunkt zu kommen - des Saarlandes ist dramatisch. Allerdings gibt es eine Änderung gegenüber früheren Zeiten. Meine Damen und Herren, die dramatische Situation beschränkt sich nicht mehr auf die beiden Haushalts-

notlagenländer, sondern hat mittlerweile alle Bundesländer und - angesichts der Haushaltsberatungen im Bund, wo wir ja über Defizite von weit über 50 Milliarden Euro reden, ein historisches Hoch also - auch den Bund erfasst. Und deshalb wundert es nicht, dass in der letzten Woche der Rheinische Merkur mit der Überschrift getitelt hat: Gemeinsam Pleite. Das ist die Änderung. Alle sind in einer schwierigen Situation. Und Ursache ist die negative wirtschaftliche Entwicklung. Auch darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen. Wir haben demnächst die achte Steuerschätzung in Folge, wo wir jeweils die Einnahmeerwartungen nach unten korrigieren müssen. Wir müssen den Menschen das offen sagen und die Alternativen deutlich machen. Man kann drei Wege zur Haushaltssanierung beschreiten, mehr gibt es nicht. Der erste Weg ist die Einnahmeverbesserung durch Steuererhöhungen beziehungsweise durch Ankurbelung des Wachstums. Das ist ein Weg, der im Land nur bedingt gehbar ist. Darauf haben wir im Land nur wenig Einfluss. Wir hoffen, dass das nach der Föderalismusdiskussion etwas besser wird, aber das ist ein Punkt, wo wir kaum Einfluss haben, weil wir keine eigenen Steuerschrauben haben, die wir betätigen können. Der zweite Punkt sind Einsparungen und der dritte Punkt sind Schulden. Das sind die Möglichkeiten, die die Politik in dieser Frage hat. Und ich sage offen, für das Saarland bleiben die Alternativen Nummer zwei und drei.

Die schwierige Situation ist deutlich geworden. Gemessen an den Steuererwartungen 2000 haben wir in diesem Jahr über 500 Millionen Euro weniger Einnahmen. Hinzu kommt das Auslaufen der Teilschuldung. Wir haben also ein Zusammentreffen von zwei Entwicklungen, die auch in diesem Bereich eine neue Qualität bringen.

Ich sage gleichwohl auch: Die Teilschuldung ist nicht wirkungslos verpufft. Wir haben zum Referenzland Schleswig-Holstein im Wesentlichen aufgeschlossen. Andere Bundesländer, neue Bundesländer wie Sachsen-Anhalt, sind - negativ - zu uns heruntergekommen. Meine Damen und Herren, wir haben durch die Teilschuldung eine relative Verbesserung gegenüber anderen Bundesländern erreicht. Wir haben aber natürlich das eigentliche Ziel einer absoluten Verbesserung, aufgrund der von mir eben dargestellten Rahmenbedingungen, nicht erreichen können.

(Abg. Lawall (SPD): Wir haben den Anschluss doch nicht erreicht! Das ist doch nicht richtig!)

Deshalb werden wir auch weiterhin sparen müssen. Wir werden auch weiter in die Verschuldung hineingehen müssen. Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion trägt die Zielsetzung des Ministerpräsidenten mit: über die Legislaturperiode maximal ein Prozent Steigerung, und im besonders kritischen Haushaltsjahr 2005 keine Steigerung.

Meine Damen und Herren, weniger abstrakt ausgedrückt bedeutet das: Alles muss auf den Prüfstand - Personal, Grundschulstruktur, Studiengebühren. Peter Müller hat in seiner Regierungserklärung deutlich gesagt, was notwendig ist. Es geht eben nicht nur um das, was wünschenswert ist, sondern vor allem um das, was notwendig ist, um die Probleme zu lösen.

Ich sage, alles muss auf den Prüfstand. Erforderlich sind auch die Umstrukturierung in allen Ressorts, Verschlinkung und Einsparungen, die weitere Deregulierung und Privatisierung. Das alles finden Sie auch in den Handlungspaketen des Ministerpräsidenten, die die volle Zustimmung der CDU-Fraktion haben.

Eine gute Basis stellt auch das Hesse-Gutachten dar, insbesondere auch dann, wenn wir Doppelzuständigkeiten abbauen wollen. Herr Kollege Maas, ich gebe Ihnen Recht: Das ist keine Bibel, die 1 : 1 umzusetzen ist. Das ist für uns vielmehr Hilfsmaterial, das wir benutzen, um unsere politischen Entscheidungen besser treffen zu können. Wir werden daher dieses Gutachten sorgfältig prüfen, im Anschluss dann aber auch konsequent handeln.

(Abg. Hans)

Meine Damen und Herren, ich möchte bei dieser Gelegenheit auch einige Sätze zur Reformkommission auf der Bundesebene, zur Föderalismusreform sagen. Ich denke, es wäre eigentlich richtiger, diese Kommission nicht als „Föderalismuskommission“ zu bezeichnen, sondern als „Generalreformkommission“; die Steinschen Reformen sind unter diesem Namen gelaufen. Eine solche Bezeichnung hätte deutlich gemacht, wie wichtig und wie entscheidend diese Reformen sind. Man könnte fast von der „Mutter aller Reformen“ sprechen. Die Föderalismusreform ist der Lackmustrtest, ob Deutschland von außen und von innen als reformfähig wahrgenommen werden kann. Auch die Reform des Bundesrates müssen wir im Blick behalten: dass eine Bundesregierung freier gestalten kann, dass es aber auch eindeutige Verantwortlichkeiten gibt.

Diese Föderalismusreform ist unendlich wichtig. Dieser Landtag hat sich ja an der einschlägigen Diskussion beteiligt - meine Fraktion sicherlich in besonderer Weise, etwa durch die Tholeyer Beschlüsse. Aber die SPD-Fraktion hat sich ebenfalls eingebracht. Ich denke, wir werden uns hier in der nächsten Sitzung zu dieser Frage auch noch einmal zu Wort melden, denn für unser Land und für diesen Landtag hängt von dieser Kommission, von ihren Entscheidungen, außerordentlich viel ab.

Ich bin den Ministerpräsidenten insgesamt dankbar, dass sie eigene Interessen zurückstellen und die Interessen der Landtage wahrnehmen. Die Ministerpräsidenten müssten ja eigentlich die Ersten sein, die am Scheitern dieser Kommission interessiert sind. Denn ihnen beziehungsweise ihren Vorgängern war es in der Vergangenheit möglich, Zuständigkeiten der Landtage aufzugeben und dafür persönlich im Bundesrat Einspruchsrechte zu bekommen. Dass dieses Rad nun von den Ministerpräsidenten aller Couleure zurückgedreht wird, verdient Anerkennung. Unsere Aufgabe - die Aufgabe eines jeden an seiner Stelle - ist es, auf die Mitglieder der Bundestagsfraktionen, der Bundesregierung einzuwirken, damit von diesen der gleiche Weg beschritten wird.

Meine Damen und Herren, ohne wirtschaftliche Belebung, ohne Heilung des Patienten Deutschland wird es langfristig keine Lösung der Probleme geben. Einsparungen allein sind nicht ausreichend und zielführend. Wir müssen die Reformen fortführen und verstärken. Die Bereitschaft, die Ärmel hochzukrempeln, auch länger zu arbeiten - Peter Müller hat darauf hingewiesen -, muss gegeben sein. Wir im Saarland müssen uns aber noch etwas mehr anstrengen als andere. Wir müssen unsere Innovationsstrategie konsequent abarbeiten und fortsetzen. Wir müssen Nischen besetzen. Wir müssen intelligenter sein als andere, die Wertschöpfungsketten ausbauen und zusammenhalten. Wir müssen die Verwaltung modernisieren.

Ich denke, es ist doch ein tolles Ziel, dass wir die schnellste Verwaltung in Deutschland haben wollen. Meine Damen und Herren, wir sagen gleichzeitig, dass wir das denjenigen zutrauen, die in den Verwaltungen arbeiten. Das ist doch ein Vertrauensbeweis! Wir werden die Dinge aus dem Weg räumen, die sie daran hindern, die schnellste Verwaltung zu werden.

(Beifall von der CDU.)

Dieser Innovationsprozess muss also beschleunigt fortgesetzt werden. Dabei dürfen wir die Globalisierung nicht in erster Linie als Gefahr sehen; wir können ihr ohnehin nicht ausweichen. Vielmehr müssen wir sie als Herausforderung begreifen.

Ähnliches gilt für den zweiten Megatrend, der angesprochen wurde und der uns im Saarland früher und stärker berührt als andere: den demografischen Wandel. Meine Damen und Herren, dieses Thema wurde jahrelang von der Politik, aber auch von den Medien negiert. Wir haben zugewartet. Und wie immer, wenn sich ein Problem stellt und man nur zuwartet, kommt es schließlich zu Panikreaktionen.

Es kommt nun zu Panikreaktionen, weil uns allmählich dämmert, was diese demografischen Veränderungen bedeuten. Der demografische Wandel erreicht allmählich unseren Alltag: Krankenkassen, Rentenkassen, Innerortslagen, Schulen, Kindergärten, überall wird er heute sichtbar. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass zurzeit in Berlin eine Ausstellung besonderen Zulauf hat, nämlich die Ausstellung „Shrinking Cities - Schrumpfende Städte“. Bei den Menschen entwickelt sich jetzt wohl ein Gefühl für dieses Problem. Schrumpfen macht Angst, insbesondere in einer Gesellschaft, die jahrelang ihre *raison d'être*, ihre Daseinsberechtigung, über Wachstum definiert hat.

Meine Damen und Herren, auch der demografische Wandel ist nicht als Krise, sondern als Herausforderung zu begreifen. Die Landespolitik muss „demografietauglich“ werden. Dabei ist eines klar: Nicht das Schrumpfen an sich ist in einem dicht besiedelten Bundesland wie dem Saarland das eigentliche Problem, sondern die Überalterung, die fehlenden Kinder.

Schrumpfung bedeutet nicht automatisch Armut, andernfalls müssten ja die jungen bevölkerungsreichen Länder auf diesem Globus die reichsten Länder sein. Unter Umständen kann ein Schrumpfen sogar zu einer höheren Qualität führen. Ich erwähne dazu nur einmal das Stichwort „überfüllte Hörsäle“. Die waren übrigens eine Folge des Babybooms, den wir Deutsche ebenfalls als Katastrophe ansahen. Wir sehen wohl in allem ein wenig Bedrohung und Katastrophe.

Meine Damen und Herren, es gibt Länder, in denen eine geringere Bevölkerungsdichte Innovationsprozesse geradezu angestoßen hat. So hat in Finnland der Weg in die dortige Wissensgesellschaft wesentlich damit zu tun, dass dort die Bevölkerungsdichte weitaus geringer ist als in einem Land wie Deutschland. Deshalb noch einmal: Nicht die Schrumpfung, sondern die Überalterung ist das Problem. Für das Wachstum, für das Bruttoinlandsprodukt ist es eigentlich gleichgültig, ob eine Firma Schaukelpferde oder Schaukelstühle herstellt. Zumindest fast gleichgültig.

Meine Damen und Herren! Wenn die Alterung ökonomisch bedeutender ist als der Rückgang, müssen wir darauf reagieren, allerdings wirklich nicht in Panik. Selbst einer der früheren „Warner Brothers“, Meinhard Miegel, sieht mittlerweile auch Chancen in diesem Bereich. Er stellt inzwischen fest, dass Konsolidierung nicht Absturz bedeuten muss. Wirtschaftswissenschaftler haben ausgerechnet, dass etwa eine mittelfristige Produktionssteigerung von 15 Prozent ausreichen würde, um die Kosten der Alterung auszugleichen. Ich sage das, damit wir nicht vor diesem Problem stehen wie das Kaninchen vor der Schlange. Entscheidend ist nicht nur die Frage, ob wir älter werden. Das ist für die nächsten Jahre schon festgelegt aufgrund der vorhandenen Geburten. Entscheidend ist vielmehr, wie wir älter werden: mit oder ohne qualifizierte ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit oder ohne sanierte Sozialsysteme, mit oder ohne gute Bildungspolitik, mit oder ohne verbesserte Rahmenbedingungen für die Familien oder mit oder ohne eine andere Haltung der Gesellschaft zu Kindern.

Dies zeigt: Die Überalterung ist kein unabwendbares Schicksal. Auch dieser Prozess ist umkehrbar, zwar nicht kurzfristig, aber mittelfristig. Dabei es ist wichtig, dass wir die Schlüsselfunktion der Umkehrung dieses Prozesses für die Gesamtentwicklung unserer Gesellschaft erkennen. Dabei sind viele Maßnahmen nötig. Es sind einige genannt worden. Manchmal stellt man allerdings fest, dass das, was wir in der Politik als Mittel der Wahl sehen - die Kinderbetreuung ist genannt worden -, bei einer Befragung der Betroffenen wie jüngst in Baden-Württemberg sich manchmal gar nicht als erste Priorität erweist. Dort ist gefragt worden: Welche positiven Gründe gibt es für Sie, sich Kinder zu wünschen? Da haben 84 Prozent zunächst einmal eine stabile Partnerschaft genannt. - Über die Entwicklung von Partnerschaften im Zeitalter

(Abg. Hans)

des Wertewandels will ich mich nicht weiter äußern, weil auch meine Redezeit beschränkt ist. - 72 Prozent haben gesagt: eine gesicherte berufliche Position mindestens eines Partners. 25 Prozent haben gesagt: Kinderbetreuung. Wir machen teilweise Politik, als hätten 90 Prozent sich bessere Betreuung gewünscht.

(Beifall von der CDU.)

Damit komme ich zum eigentlichen Kern dieses Problems: In Deutschland werden Kinder nicht als Bereicherung empfunden. Die USA haben übrigens auch weitaus bessere Geburtenraten als wir, und zwar nicht nur bei den Latinos. Dabei gibt es dort schlechtere Betreuungsmöglichkeiten und weniger staatliche Unterstützung. Der entscheidende Unterschied ist, dass dort Kinder willkommen sind. Deshalb müssen die Veränderungen in den Herzen und Köpfen stattfinden und nicht beim Geldbeutel beginnen. Wir müssen begreifen, dass ein Land ohne Kinderlachen trostlos ist, dass Kinderlärm nicht als Störung, sondern als Zukunftsverheißung zu verstehen ist.

(Beifall von der CDU und bei der FDP.)

Ich komme zum Schluss zur dritten Herausforderung, dem Mentalitätswechsel. Meine Damen und Herren, ein Vortrag des einflussreichsten Trend- und Zukunftsforschers im deutschsprachigen Raum, Matthias Horx, dem Leiter des Zukunftsinstituts Wien, am letzten Sonntag bei der Unionsstiftung trug den Titel: "Herausforderung Zukunft - Überwindung des Pessimismus". Das gilt insbesondere für uns in Deutschland. Bei uns gehört es ja quasi zum guten Ton, zur gesellschaftlichen und intellektuellen Korrektheit, pessimistisch zu sein. Auf diese deutsche Obsession hat letzte Woche Professor Zentes bei einem Vortrag bei der Diplomierungsfeier der Akademie der Saarländischen Wirtschaft in St. Ingbert hingewiesen. Der Titel seines Vortrags war: "Strategien der Sieger". - Oppositionspolitiker waren übrigens nicht anwesend. - Er ist der Frage nachgegangen, wieso sich in einem Ort ein Handwerksunternehmen positiv durchsetzt, während das andere in Konkurs geht; wieso ein Unternehmen in Deutschland schwarze Zahlen schreibt - Porsche - und ein anderes der gleichen Branche in Schwierigkeiten ist - Opel. Eine dieser Strategien war in der Tat der Optimismus. Auch er hat gesagt: "Wir haben in Deutschland zu viel Pessimismus." Das ist mir gleich am Sonntag bestätigt worden. Ich war bei einem Chorkonzert. Der größte Hit war das deutsche Volkslied „Im kühlen Wiesengrunde“. Eine wesentliche Zeile daraus lautet: „Ich wollt' am liebsten sterben, dann wär's auf einmal still.“

(Lachen.)

Vielleicht lernen wir Deutsche, dass es auch andere Möglichkeiten gibt, Stille zu genießen, vielleicht bei einem Glas Wein. Dann wären wir schon einen Schritt weiter.

(Beifall von der CDU.)

Deshalb brauchen wir auch Optimismus bei dem, was wir in den nächsten Jahren vorhaben. Keinen platten Zweckoptimismus, sondern das, was Dietrich Bonhoeffer im KZ Flossenbürg in einer wirklich schwierigen Situation, die mit unserer nicht vergleichbar ist, folgendermaßen beschrieben hat: „Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über eine gegenwärtige Situation, sondern es ist eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignieren, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner überlässt, sondern für sich in Anspruch nimmt.“ Optimismus als Anspruch, die Zukunft für sich - und ich füge hinzu: für andere, für unsere Kinder - in Anspruch zu nehmen: Das ist es, was wir brauchen! In diesem Sinne stellen wir uns den Herausforderungen der neuen Legislaturperiode, meine Damen und Herren, weil wir wissen: Den Preis für unterlassene und verschobene Reformen zahlen unsere Kinder. Deshalb machen wir uns an den Umbau. Deshalb nutzen wir die Kleinheit, um

als Modellland für andere diese Entwicklungen zu bewältigen. Das ist nicht unsere Erfindung, sondern Professor Hesse hat in seinem Gutachten gesagt: Das Saarland hat die Möglichkeit, Modellland für solche Entwicklungen zu werden.

Wir gehen in diese Entwicklung, in diese Globalisierung mit Stolz auf unsere Heimat. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er diesen Begriff erwähnt hat, denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: Globalisierung ist nicht ortlos, sondern ihre Vorteile sind dann am besten nutzbar, wenn sie mit Ortung, mit Bodenhaftung verbunden ist. Wir werden deshalb den Menschen nicht rein als homo oeconomicus betrachten. Dazu brauchen wir weniger organisierten Sozialstaat, sondern mehr Sozialkultur. Leistungskultur und Sozialkultur sind für uns zwei Seiten der gleichen Medaille: modern und menschlich.

Meine Damen und Herren! Krisen, Wendezeiten, schwierige Situationen sind immer auch Chancen. Ein Beobachter der Französischen Revolution hat im damaligen Wendejahr 1789 geschrieben: „Im Lande gärt es. Ob es Wein wird oder Essig, das wissen wir noch nicht.“ - Auch bei uns gärt es, gibt es Reformprozesse. Unsere Chance ist es, entweder Wein daraus zu machen oder Essig. Unsere Entscheidung für die CDU-Fraktion - auch, weil wir so guten saarländischen Wein haben -: Wir machen aus dieser Gärung einen ausgezeichneten Wein! Den können wir dann in fünf Jahren genießen. - Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der CDU.)

Präsident Ley:

Das Geburtstagskind hat heute Drang zu reden. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Hubert Ulrich.

Abg. Ulrich (B 90/Grüne):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit Ihrer Regierungserklärung, sehr verehrter Herr Müller, haben Sie dieses Parlament, haben Sie das gesamte Land erst mal vor eine Menge unvollendeter Tatsachen gestellt. Was Sie uns hier vorgestellt haben, ist eigentlich eine Art politischer Quelle-Katalog von Absichtserklärungen. Im Prinzip war es genau genommen dieselbe Rede, die auch Ihre Vorgänger immer gehalten haben: Die Probleme sind übermächtig, die Bundesregierung ist an allem schuld. Und der einzige Lichtblick in diesem Land ist der Ministerpräsident mit seinem Kabinett.

(Heiterkeit.)

Gerade Sie, Herr Müller - ich habe es ja oft genug erlebt -, haben Ihrem Vorgänger Lafontaine immer die gleichen Vorhaltungen gemacht: Wo sind Visionen? Wo ist Ihr Engagement für das Land? Wo sind Lösungsansätze? Herr Müller, genau diese Fragen müssen Sie sich heute stellen lassen. Wo sind denn Ihre Visionen in der Regierungserklärung? Wo ist denn Ihr Engagement auf Bundesebene, wirkliche Veränderungen im Lande herbeizuverhandeln? Wo sind denn Ihre Lösungsansätze?

Ein wenig überrascht hat mich allerdings Ihr Appell für eine neue Diskussionskultur hier im Landtag. Mit diesem Appell haben Sie ja nicht ganz Unrecht, denn die Diskussionskultur hier, aber auch in anderen Parlamenten, ist oft nicht so das, was man sich am Fernsehbildschirm wünscht. Aber genau zwei Seiten später in Ihrem Redemanuskript haben Sie die von Ihnen geforderte andere Diskussionskultur bereits wieder mit Füßen getreten. Da war schon gleich wieder die alte Diffamierung in Richtung Bundesregierung drin. Herr Müller, ich habe Sie als Oppositionsredner ja lange genug hier erlebt. Und ich kann mich gut erinnern, wie Ihre Reden gegenüber Lafontaine in aller Regel begonnen haben. Das ging immer los: Sehr verehrter Herr Lafontaine, wie kann ich Sie denn heute beleidigen?

(Oi! Oi! Oho! von der CDU.)

(Abg. Ulrich)

Noch einmal: Mit diesem Appell haben Sie in gewisser Weise Recht. Aber wir brauchen eben mehr noch als nur eine andere Diskussionskultur. Wichtig ist auch, wie ich als Regierung mit der Opposition umgehe, wie ich die Opposition in die Prozesse einbinde. Herr Müller, Sie wissen, was ich meine.

(Beifall bei B 90/Grüne und bei der SPD.)

Ihre Einlassungen erinnern mich ein bisschen an eine alte Redensart, die da lautet: Die schärfsten Kritiker der Elche, die sind heute selber welche.

(Lachen und Beifall bei B 90/Grüne.)

Herr Müller, Sie haben in Ihrer Rede richtigerweise festgestellt, dass dieses Land kein Ausgabenproblem, sondern dass es vor allen Dingen ein Einnahmeproblem hat. Was Sie aber vergessen haben zu sagen, ist die kleine, aber wichtige Tatsache, dass die CDU hier im Lande ein Strategieproblem hat, dass Ihre Regierung ein Strategieproblem hat, dass Sie ein Strategieproblem haben.

Dieses Strategieproblem macht sich an vielen Punkten fest. Es geht los bei der Frage: Umstrukturierung Kohlesubventionen, es geht über die Teilentschuldung, es geht über viele Hilfen, die das Land dann erhalten könnte, wenn Sie einmal willens und in der Lage wären, aus dem CDU-Blockierer-Konvoi auf Bundesebene im Bundesrat auszuscheren und mal ernsthaft mit der Bundesregierung über bestimmte Dinge zu verhandeln. Aber wenn Sie auch etwas dafür geben würden, nämlich Ihre Zustimmung an dieser oder jener Stelle im Bundesrat.

(Beifall bei B 90/Grüne und bei der SPD.)

Sie haben ein ganz wichtiges Thema angesprochen, die Demografie. Sie haben das Thema Familie in Ihrer Rede bewusst betont, und ich sage: richtig bewusst betont. Denn das Thema ist zentral für die Zukunft unseres Landes. Sie haben aber ein Thema leider nur am Rande gestreift, und das ist eigentlich das zentrale Thema, wenn ich der Familie in diesem Lande eine Zukunftschance geben will. Das ist das Thema Kinderbetreuung. Dieses Thema Kinderbetreuung besteht ja aus ganz verschiedenen Komponenten. Da geht es erst einmal um die so genannte U-3-Betreuung von null bis drei Jahren. Dann geht es in den Kindergarten und dann in die Grundschule. Das sind die ersten zehn Jahre im Leben eines Kindes. Und in diesen ersten zehn Jahren ist die Unterstützung in diesem Lande für Eltern, die beide arbeiten - oder gar für Alleinerziehende - katastrophal. Der einzige Abschnitt in diesen zehn Jahren, in dem Sie mit Ihrer Landespolitik etwas getan haben, das ist das dritte Kindergartenjahr. Das war eine richtige Entscheidung, das ist okay. Aber ansonsten ist in diesem Lande in dieser Richtung fast nichts geschehen.

Stichwort Ganztagschulen. Um die demografische Entwicklung in diesem Lande positiv zu verändern, brauchen wir im Saarland dringend funktionierende Ganztagschulen.

Nun bietet Bildungsminister Schreier sein Bikinimodell der Ganztagschule an. Bikinimodell deshalb, weil in diesem Ganztagschulmodell die Verknüpfung zwischen Vormittags- und Nachmittagsunterricht völlig fehlt. Es gibt kein pädagogisches Gesamtkonzept.

(Beifall bei B 90/Grüne.)

Es gibt keine pädagogisch begleitete und geplante Hausaufgabenbetreuung. Und das Schlimmste ist: In Ihrem Modell, Herr Schreier, müssen die Eltern für dieses schlechte Angebot auch noch bezahlen. Gehen Sie mal nach Saarlouis, in meine Heimatstadt. Dort steht eine der wenigen funktionierenden wirklichen Ganztagschulen des Saarlandes. Die stammt noch aus rot-grüner Zeit dort. Dort zahlen die Eltern nichts. Dort ist ein pädagogisches Gesamtkonzept, dort sind Angebote für die Kinder da, die denen Spaß machen.

Sie müssen sich mal vergegenwärtigen: Wie macht denn das eine allein erziehende Mutter, die einen relativ schlecht bezahlten Job

hat, aber ihr Kind erziehen muss? Die kann sich das nicht leisten, die kann ihr Kind nicht in eine Ganztagsgrundschule schicken. Für diese Frau muss das kostenfrei sein, sonst geht das Ganze einfach völlig ins Leere.

Das nächste Beispiel: G 8. Auch hier hat Ihr Minister Schreier mit großem PR-Tamtam etwas begonnen, was ihn bundesweit - das muss ich anerkennen - positiv in die Schlagzeilen gebracht hat. Nur, was bedeutet denn G 8 in der Realität hier im Saarland? Für die Kinder hat sich der Leistungsdruck enorm erhöht. G 8 im Ganztagsmodell - darüber kann man mit den Grünen reden. G 8 im Ganztagsmodell ist eine sinnvolle Sache, weil dann der Unterricht völlig anders verteilt ist, weil dann ganz andere Angebote da sind. Und vor allen Dingen: Sie hatten ja noch nicht einmal daran gedacht, Kantinen, Mensen einzurichten. Wenn die Bundesregierung mit ihrem Programm Ihnen nicht unter die Arme gegriffen hätte, wären doch an dieser Stelle die Zustände katastrophal. Und dann sind Sie noch so unehrlich, dort, wo eine Kantine oder Mensa eingerichtet wird - Stichwort Saarlouis, Max-Planck-Gymnasium, das Max-in, ich habe das selbst erlebt -, so zu tun, als sei das Land hier der große Geldgeber, als käme der Geldsegen komplett vom Land. Dass die Masse der Mittel von der Bundesregierung kommt, wird schlichtweg verdrängt.

Nächstes Thema: U-3-Betreuung. Bundesfamilienministerin Schmidt hat jetzt die U-3-Betreuung von der Bundesebene aus massiv angestoßen und hat auch über die Gemeindefinanzreform die Finanzierung im Wesentlichen sichergestellt. Was macht die saarländische Landesregierung, was macht die gesamte CDU-Riege bundesweit? Sie blockieren dieses Gesetz im Bundesrat. Die Bundesregierung ist dann genötigt, das Gesetz so aufzusplitten, dass sie im Bundesrat eben doch eine entsprechende Mehrheit finden kann. Das sind die falschen Ansätze für die Zukunft dieses Landes!

(Beifall bei B 90/Grüne. - Zuruf von der Regierungsbank.)

Herr Rauber, auch hier hat die CDU-Landesregierung bewiesen, dass die Parteiinteressen der CDU vor die Interessen des Saarlandes gehen, und das sollte sich ändern. Es wird sich aber nur dann ändern, wenn wir endlich einen Bildungsminister in diesem Land bekommen, der diesen Namen verdient, der innovativ ist und bei dem nicht der Name Programm ist und sonst nichts!

Ein weiteres wichtiges Thema: die Wirtschaftspolitik. Gerade bei der Wirtschaftspolitik haben wir hier im Lande eigentlich gute Grundlagen. Wir haben eine innovative und zukunftsfähige Stahlindustrie. Wir haben - das wurde eben angesprochen - eine sehr moderne und auch sehr zukunftsfähige wichtige Automobilindustrie. Und wir haben - das ist kein Verdienst dieser Regierung - einen sehr guten IT-Schwerpunkt. Daraus kann man in diesem Land wirklich etwas machen. Daraus lassen sich wirklich Zukunftschancen mit Blick auf unsere Arbeitsplätze generieren. Jetzt frage ich mich aber: Was hat denn diese Landesregierung, was hat denn dieser Wirtschaftsminister in den letzten fünf Jahren für das Vorankommen des Wirtschaftsstandortes hier an der Saar getan? Mir fällt da nicht viel ein. Mir ist keine nennenswerte größere Ansiedlung hier im Lande bekannt. Der größte Ansiedler - das hat Heiko Maas heute Morgen in der Saarbrücker Zeitung richtig gesagt - ist Peter Struck. Aktuell weil die Bundesregierung ein gewisses Kontingent ins Saarland verlegt. Sonst ist aber nichts da.

(Beifall bei B 90/Grüne und der SPD.)

Aber, Herr Georgi, Sie schmücken sich ja so gerne mit fremden Federn. Vor einem halben Jahr, als die Firma Kohl-Pharma in Merzig 500 neue Arbeitsplätze angekündigt hat, haben Sie so getan, als wäre das jetzt ein großer Erfolg der saarländischen Landesregierung. Gerade das Unternehmen, Herr Georgi, ist so ein Paradebeispiel für Ihr Missmanagement. Vor einem Jahr, als die CDU auf Bundesebene im Zuge der Gesundheitsreform die Rahmenbedingungen gerade für dieses Unternehmen massiv verschlechterte, hat Peter Müller als Ministerpräsident groß in der saarländischen Öffentlichkeit angekündigt: Ich werde die CDU-Ministerpräsidenten auf

(Abg. Ulrich)

Linie bringen, ich werde dafür sorgen, dass diese Vorschläge zurückgenommen werden, die anderen CDU-Bundesländer werden dem Saarland folgen. Nichts von dem ist geschehen, das Unternehmen musste sich selbst aus der Patsche helfen und musste sich selbst die Schwierigkeiten vom Hals schaffen. Die CDU hat hier völlig versagt.

(Beifall bei der SPD und von B 90/Grüne.)

Dann, Herr Georgi, ein Thema, das ich Ihnen bei dieser Debatte - gerade, wenn es auch um Wirtschaftspolitik geht, wenn es um Mittelstandspolitik geht - nicht ersparen kann, ist das Thema Sparkassen. Ich finde es völlig daneben, dass Sie immer noch nicht von Ihrem Irrglauben abgelassen haben, die Sparkassen im Saarland privatisieren zu wollen. Ihre eigene CDU-Landtagsfraktion, Ihre eigene Regierung hat Sie bei diesem Tun schon einmal gestoppt. Jetzt am Wochenende sind ja wieder Meldungen durch die Presse gegeistert, Sie wollten mal wieder eine Bundsratsinitiative starten, um die Sparkassen zu privatisieren. Ich weiß nicht, ob das stimmt, es war ja keine Meldung von Ihnen. Ich hoffe nicht, dass es stimmt. Aber ich mahne an dieser Stelle noch einmal an: Lassen Sie die Finger weg von den saarländischen Sparkassen.

Man muss sich eine Sache klar machen. Wer finanziert den deutschen Mittelstand und vor allen Dingen die kleinen Betriebe in ganz starkem Maße? Das sind die Sparkassen. Die Sparkassen sind aber nur lebensfähig - das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen -, solange das so genannte Drei-Säulen-Modell Privatbanken, Genossenschaftsbanken, Sparkassen in Deutschland funktioniert. Wenn ich eine Säule wegschieße, indem ich Sparkassen der Privatisierung überlasse oder zur Privatisierung freigebe, wird die Konkurrenzsituation in Deutschland eine völlig andere sein. Der Mittelstand, die Kleinbetriebe, aber auch der Privathaushalt werden in deutlich schlechterem Umfang Kredite bekommen, die Konditionen werden sich verschlechtern, so wie in England, so wie in den USA. Dort hat man nämlich nur noch wenige große Privatbanken, der Wettbewerb ist völlig ausgeschaltet. Gerade in England musste in den letzten Jahren die Regierung mehrfach in den Wettbewerb eingreifen, weil es ihn einfach nicht mehr gibt. Das wäre die Entwicklung, wenn man eben das tun würde, Herr Georgi, was Sie wollen: die Sparkassen privatisieren. Wenn nämlich einige Sparkassen privatisiert werden, dann werden die Großen rausgekauft, die Hamburger, die Kölner, da geht es weniger um die Sparkasse Saarbrücken oder Saarlouis. Aber sind die Großen erst mal weg, bricht der Verbund zusammen und die Sparkassen werden eine nach der anderen Pleite gehen. Wir werden innerhalb von 10 bis 15 Jahren keine Sparkassen mehr haben. Deshalb, Herr Ministerpräsident, fordere ich Sie an dieser Stelle noch einmal auf: Stoppen Sie diesen Minister endgültig bei diesem unsinnigen Tun.

(Beifall bei der SPD und von B 90/Grüne.)

Ein drittes Beispiel ist die Verkehrspolitik. Auch Ihr Bereich, Herr Georgi, obwohl ich sage, das müsste eigentlich der Bereich von Herrn Mörsdorf sein. Aber Herr Mörsdorf ist im Prinzip bereits nach fünf Jahren, was die Kompetenzen betrifft, fast auf Null gesetzt worden. Jetzt wird er auf Null gesetzt, in zwei Jahren, wie man so hört, soll er ganz abgeschafft werden. Jeder, der eine moderne, eine innovative Verkehrspolitik begriffen hat, weiß, Verkehrspolitik besteht aus verschiedenen Komponenten. Die besteht aus einem vernünftigen maßvollen Straßenbau, aber auch aus einer vernünftigen Unterstützung der Bahn, der Schiene und des öffentlichen Personennahverkehrs. Nur, was erleben wir hier im Saarland? Dieser Minister, ideologisch völlig verrannt, setzt fast nur auf die Straße. Die Bahn ist ihm relativ egal. Was überhaupt noch an Maßnahmen für die Bahn läuft, muss sowieso laufen, weil es vom Bund kommt oder weil es alte Programme sind, die noch eingetütet sind.

Ich will mal ein Beispiel nennen. Ich weiß nicht, ob es an der Stelle Ideologie oder einfach Unfähigkeit ist. In Rheinland-Pfalz zum Beispiel hat das Land über den Daumen rund 20 Prozent weniger pro Bahnkilometer an die Bahn zu zahlen als im Saarland. Da muss man sich die Frage stellen: Warum ist das denn so? Weil der Minister schlecht verhandelt hat. Der rheinland-pfälzische war da etwas fitter, obwohl es dort weniger der Minister war, es sind gute Verkehrsunternehmen, die das letztendlich in seinem Auftrag gemacht haben. Aber das Ergebnis ist das Gleiche, hier im Saarland sind wir deutlich schlechter gestellt.

Ein anderes Beispiel ist die Ansiedlungspolitik, auch das fällt in Ihr Ressort, Herr Georgi. Wir sind uns völlig einig, wir brauchen Industrie- und Gewerbegebiete. Nur, was Sie hier und wie Sie hier an der Saar ausweisen! Blind, Riesengebiete, die finanziell kaum zu bewältigen sind - vor allen Dingen für die Kommunen nicht - und die vor allem oft gar keine Ansiedlung generieren, weil sie an nicht brauchbaren Standorten liegen. 90 bis 95 Prozent aller Industrie- und Gewerbegebiete, Herr Georgi, die Sie hier an der Saar ausweisen, liegen nicht an der Bahn, die liegen an der Straße. Das bedeutet aber mit Blick auf den Landeshaushalt - gerade weil Sie immer mehr Straßen bauen wollen -: Sie verengen die Spielräume zukünftiger saarländischer Landeshaushalte noch mehr, weil diese ganzen Straßen und Brückenbauwerke - das muss man sich klar machen - in Zukunft unterhalten werden müssen. Es wird zu enormen Problemen in diesem Lande führen, das heißt, auch hier in dieser Ecke stellen Sie die Weichen in eine völlig falsche Richtung.

Ich will noch ein praktisches Beispiel aufzeigen, gerade mit Blick auf Bahn- und Ansiedlungspolitik. Es ist ein Skandal, dass saarländische Unternehmen - ich denke speziell an die Firma Mosolf in Überherrn - sich selbst darum kümmern müssen, dass ihr Bahnanschluss erhalten wird. Vor eineinhalb Jahren wollte die Bahn den Bahnanschluss einfach dicht machen, den das Unternehmen dringend brauchte, weil es trotz Speditionsunternehmen auf Bahnanschlüsse setzt. Georgi hat sich erst dann darum gekümmert, als das Unternehmen aktiv wurde. Das Unternehmen hat mittlerweile die Strecke privat gepachtet. Das ist Innovationspolitik, das ist Verkehrspolitik hier an der Saar.

(Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Ein weiterer Teil, der in diesen Bereich reinfällt, ist die Energiepolitik. Hier könnte viel geschehen, auch mit Blick auf die Automobilindustrie. Was wir dringend bräuchten wäre ein Forschungsschwerpunkt an der Universität, der sich mit Energieeffizienz befasst, auch beim Automobil, denn dort liegen auch in Zukunft große Exportchancen für das Saarland und für Deutschland insgesamt. Solche Ansätze werden aber nicht vertreten.

Minister Georgi ist leider kein Aushängeschild für die Saarwirtschaft. Er ist rückwärts gewandt, er bringt nichts nach vorne, er ist nicht innovativ. Herr Ministerpräsident, dieser Minister ist ein Fall für den Landeskonservator.

(Beifall von B 90/Grüne. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Aufgrund meiner begrenzten Redezeit muss ich langsam zum Schluss kommen.

(Unruhe bei der CDU.)

Deshalb will ich auch noch mal kurz auf Ihre Regierungserklärung an sich eingehen, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der CDU.)

Denn diese Regierungserklärung hat ja neben viel Eigenlob unheimlich viele unglaublich neue Botschaften enthalten. Sie haben

(Abg. Ulrich)

Sätze gesagt wie: "Innovation schafft Arbeitsplätze, Vorrang für den Mittelstand, Bildung ist das Megathema der Zukunft".

Herr Müller, alles richtig, alles bekannt, alles selbstverständlich für jeden, der volkswirtschaftliche Zusammenhänge auch nur im Ansatz begreift. Die entscheidende Frage ist aber, lieber Herr Ministerpräsident, wie führen Sie das alles zu einem funktionierenden Ganzen zusammen? Diese Antwort sind Sie schuldig geblieben.

So wie Sie es zum Besten gegeben haben, ist es das, was ich eingangs bereits sagte: Es ist ein politischer Quelle-Katalog und sonst nichts.

(Beifall von B 90/Grüne.)

Was Sie hier vorgetragen haben, war eine nette Generalistenrede ohne jeden konkreten Handlungsansatz.

(Zurufe von der CDU.)

Herr Müller, da lobe ich mir die Bundesregierung - -

(Heiterkeit, fortdauerndes Lachen und Zurufe bei der CDU.)

Ich merke, dass die Regierungskoalition das Lachen noch nicht verlernt hat.

(Erneute große Heiterkeit bei der CDU.)

Die Regierungsmehrheit hat das Lachen noch nicht verlernt.

(Heiterkeit und Zurufe bei der CDU.)

Herr Müller, da lobe ich mir unsere Bundesregierung, die in ganz schwieriger Zeit unpopuläre Themen nicht nur benennt, diese von Ihnen so oft verunglimpft Bundesregierung packt diese Themen auch an und setzt sie um.

Herr Ministerpräsident, der Wahlkampf ist vorbei, Sie sollten jetzt mal konkret werden hier in diesem Haus.

(Beifall bei der SPD und von B 90/Grüne.)

Natürlich haben Sie dabei ein ganz besonders großes Problem, denn Reformen müssen nicht nur formuliert, sie müssen auch umgesetzt werden. Dann stellt sich natürlich schon die Frage: Wer soll das denn bitte machen? Etwa die Ministerriege, die hier sitzt?

Herr Ministerpräsident, zum Schluss Ihrer Ausführungen haben Sie Victor Hugo zitiert. Bei alledem aber, was es in Ihrem Kabinett an Miswirtschaft, Ignoranz und Perspektivlosigkeit gibt, sollten Sie aufpassen, dass Sie in fünf Jahren nicht mit einem anderen Werk von Victor Hugo in Zusammenhang gebracht werden. Victor Hugo hat nämlich auch "Die Miserablen" geschrieben. Damit, sehr verehrter Ministerpräsident, könnten in fünf Jahren aber Sie und Ihre Politik gemeint sein. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von B 90/Grüne.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Fraktionsvorsitzender Christoph Hartmann.

Abg. Hartmann (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 05. September, bei der Landtagswahl, hat die CDU die absolute Mehrheit erreicht. Sie hat den Regierungsauftrag für fünf schwere, für fünf wichtige Jahre erhalten. Sie haben die Verantwortung für das gesamte Land - es ist hier schon gesagt worden -, nicht nur für diejenigen, die Sie gewählt haben, sondern für alle Saarländerinnen und Saarländer. Deswegen sage ich ganz klar von dieser Stelle auch:

Wir wünschen Ihnen und dieser Landesregierung alles Gute und viel Erfolg bei der Bewältigung der anstehenden Probleme. Es sind genug Probleme, die gemeinsam in den nächsten fünf Jahren bewältigt werden müssen.

(Beifall bei FDP und CDU.)

Wir werden als FDP dabei konstruktiver Begleiter bei all dem sein, was Sie richtig auf den Weg bringen. Wir werden deswegen - das sage ich auch, Herr Kollege Hans - nicht alles ablehnen, nur weil es von der Regierung kommt. Im Gegenteil. Ich nenne ganz deutlich Punkte, die Sie auch in der Regierungserklärung angesprochen haben, was wir als sehr positiv bewerten: dass Sie sich um die demografische Entwicklung kümmern wollen, dass Sie direkt den Vorschlag des Kollegen Maas aufgenommen haben, die Enquete-Kommission demografischer Wandel einzurichten, dass harte finanzielle Einschnitte notwendig sind, die Verwaltungsverschlingung und auch das Ziel, die schnellste Verwaltung aller Bundesländer zu schaffen. Alles das sind Dinge, die die FDP mittragen kann. Wir freuen uns deswegen, dass Sie allen demokratischen Kräften eine Zusammenarbeit angeboten haben, dass Sie eine neue Kultur hier prägen wollen. Das ist wichtig bei der niedrigen Wahlbeteiligung. Es ist wichtig, dass wir zu Sachfragen kommen, dass wir zu einem lebendigen Wettstreit der Ideen kommen, anstatt gegenseitige Verleumdungen und Beleidigungen hier als das vordringliche Stilmittel zu haben.

(Beifall bei der FDP.)

Wir als FDP werden unseren Teil dazu beitragen, dass es diese neue politische Kultur in diesem Hause gibt. Ich sage aber auch ganz deutlich, dass die Grundlage davon auch und insbesondere von der Mehrheitsfraktion kommt, denn es ist eine Frage der politischen Kultur, wie die Mehrheitsfraktion mit der Opposition und insbesondere dort auch mit den kleinen Oppositionsfraktionen umgeht. Da ist in den letzten Wochen nicht alles ganz glücklich gelaufen. Wir nehmen aber Ihr Angebot beim Wort. Wir wissen und wir hoffen, dass Ihr Angebot nicht nur leere Worte gewesen sind. Deswegen werden wir Sie an diesem Angebot einer gemeinsamen politischen Kultur in diesem Hause messen.

Der Vertrauensbeweis ist aber nicht nur ein Vertrauensbeweis für die CDU gewesen, sondern er ist auch ein Vertrauensbeweis für drei andere Parteien oder Fraktionen gewesen. Zwei mehr als bisher.

Dieses Parlament, meine sehr verehrten Damen und Herren, braucht mehr Farbe als bisher und es wird in den nächsten fünf Jahren mehr Farbe als bisher bekommen. Wir werden deswegen die Landesregierung kritisch begleiten. Wir werden den Finger in die Wunde legen. Dort, wo die Landesregierung auf die Bremse tritt, dort, wo sie auf Abwegen ist. Vieles haben Sie in dieser Regierungserklärung angekündigt, auch in der letzten Regierungserklärung vor fünf Jahren, vieles ist aber zu langsam, gar nicht oder sogar falsch umgesetzt worden.

Die Autonomie der Universität haben Sie wiederholt beschrieben. Das ist richtig. Aber es gibt auch noch andere Hochschulen in diesem Land. Was ist denn mit der Autonomie der HTW und der anderen Hochschulen? Was ist denn mit einem Globalhaushalt für diese? Wo bleibt denn die Kündigung der ZVS, oder so, wie es Niedersachsen vorgemacht hat, der KMK? Sie sagen heute wieder Ja zur Elite, zur Hochbegabtenförderung. Wo bleibt denn dann die Hochbegabtenchule im Saarland? Sie sagen Ja zu Schwerpunkten an der Universität, aber wo ist denn der Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften bei dem Autozuliefererland Saarland für die Kuhns, die Michelins, die ZFs und die Fords, die es in diesem Lande gibt?

(Beifall bei der FDP.)

Nur auf Innovation und auf IT zu setzen, ist die falsche Strategie. Nein, wir brauchen auch eine moderne Industriekultur, wir brauchen auch Menschen, die etwas erarbeiten in diesem Land und nicht nur Dienstleistung. Beides muss Hand in Hand gehen. Nur dann werden wir erfolgreich sein können.

(Beifall bei FDP, SPD und B 90/Grüne.)

(Abg. Hartmann)

Sie haben vom Vorrang für den Mittelstand geredet. Insofern sind wir uns, glaube ich, alle in diesem Hause einig, dass wir einen starken Wirtschaftsminister brauchen. Einen Wirtschaftsminister, der die Interessen insbesondere des Mittelstandes gewissermaßen - Sie verzeihen mir dieses Bild - mit Klauen und mit Zähnen verteidigt. Dieser Wirtschaftsminister, der in Ihrem Kabinett ist, bezeichnet sich selbst als Wirtschaftsliberaler. Das ist eine Sache, die natürlich von uns, von der FDP, nur positiv beurteilt werden kann. Allerdings - auch das sagen wir ganz klar - hat er sich in der letzten Legislaturperiode leider viel zu wenig mit seinen Vorschlägen im Kabinett und in der Fraktion durchgesetzt.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Zum Glück. - Zuruf des Abgeordneten Hans (CDU).)

Das ist ja genau das Schöne, es gibt jetzt mehrere Fraktionen. Lieber Herr Hans, ich bin definitiv nicht der Pressesprecher von Herrn Ulrich oder von den Grünen.

(Heiterkeit.)

Deswegen darf ich doch hier bitte die Meinung meiner Fraktion Ihnen auch mitteilen. Vielleicht gibt es Gründe, warum wir eine Ampel ausgeschlossen haben: Weil wir gesagt haben, mit diesen Grünen können wir nicht zusammen koalieren. Vielleicht wissen Sie auch jetzt, warum das so ist.

(Beifall bei FDP und CDU. - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Wo war das? In Bremen, Bayern oder ... ?)

Wenn es aber so ist, mit Verlaub, Herr Minister, dass die Bilanz sich darauf beschränkt, dass die Taxifarben in diesem Lande in den letzten fünf Jahren liberalisiert worden sind, dann muss man sagen, diesem Tiger, der die Interessen der saarländischen Wirtschaft verteidigen soll, sind die Zähne gezogen worden, dem sind die Krallen gestutzt worden. Jeder Tiger, dem man die Krallen stutzt, dem man die Zähne aushaut, ist leider kein Tiger mehr, der ist nur noch eine Schmusekatze.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne). - Heiterkeit.)

Das ist doch auch etwas Neues für ihn. Herr Kollege Ulrich, ich bin zwar Mitglied einer liberalen Partei, aber das war kein Angebot.

(Abg. Hans (CDU): Das sollte besser seine Frau beurteilen als Sie. - Heiterkeit.)

Ich glaube, es ist viel zu ernst, wenn Sie wissen, wie es in der saarländischen Wirtschaft aussieht, als darüber an diesem Punkte zu lachen. Denn diese Wirtschaft braucht jemanden, der hart die Interessen der Wirtschaft verteidigt und deswegen darf ich auch an Sie als Regierung den Appell richten: Unterstützen Sie mehr diesen Wirtschaftsminister, als ihm die Krallen zu stutzen! Lassen Sie ihm bei dem, was er als wirtschaftsliberales Profil bezeichnet mit einem klaren, ordnungspolitischen Rahmen, lassen Sie ihm dort mehr Raum, unterstützen Sie mehr diesen Wirtschaftsminister! Herr Wirtschaftsminister, wenn Sie diese Unterstützung bei Ihrer Fraktion nicht erhalten, bei uns finden Sie ein offenes Ohr für eine klare ordnungspolitische Politik.

(Beifall bei der FDP.)

Ich will das konkret machen. Der Ministerpräsident hat heute wieder gesagt: Privat geht vor Staat. Aber was ist denn in der letzten Legislaturperiode konkret in diesem Punkt passiert? Sie haben den Paragraphen 108 KSVG verändert. Die Privatisierung von wirtschaftlicher Tätigkeit von Kommunen ist verändert worden. Gerade dort, wo kommunale Betriebe der Wirtschaft dem Mittelstand in den Garten gehen, da wurde nichts verbessert, das wurde nicht zurückgedrängt, sondern es wurde verschlimmbessert. Genau das hat Ihnen, Herr Kollege Jungmann, die Handwerkskammer und die Industrie- und Handelskammer ins Stammbuch geschrieben. Da können Sie sich gerne noch einmal erkundigen und das entsprechend nachlesen.

Zweites Thema. Bürokratieabbau. Sie haben vor fünf Jahren in der Regierungserklärung angekündigt, dass Sie Verordnungen und Gesetze abschaffen werden. Das haben Sie getan. Aber ich habe in jeder meiner Wahlkampfreden, teilweise vor mehreren hundert Mittelständlern, die Frage gestellt, ob irgendeiner ein Gesetz oder eine Verordnung kennt, die in den letzten fünf Jahren abgeschafft worden ist. Es konnte mir keiner ein Gesetz oder eine Verordnung nennen. Wenn Sie also nur Gesetze und Verordnungen abschaffen, die ohnehin keiner kennt, dann schaffen Sie damit keinen effektiven Bürokratieabbau, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich nenne beispielsweise die Öffnungszeiten von Videotheken und Waschanlagen an Sonntagen. Das sind konkrete Punkte, bei denen der Mittelstand in diesem Land eingeschränkt wird. Dort könnten Sie Gesetze abschaffen, die nicht erforderlich sind.

(Beifall bei der FDP.)

Sie haben 1999 angekündigt, dass Sie Verordnungen nur noch befristet machen wollen. Das sagen Sie 2004 schon wieder. Es wäre diesmal gut, wenn Ihren Ankündigungen auch wirklich Taten folgen würden.

(Zuruf von Ministerpräsident Müller.)

Warum sagen Sie dann heute in Ihrer Regierungserklärung, dass Sie das ab sofort machen werden?

(Ministerpräsident Müller: Nicht ab sofort, wir machen das weiter.)

Sie machen das weiter. Und was ist mit den Gesetzen, Herr Kollege?

(Abg. Maas (SPD): Herr Präsident, können Sie einmal klären, ob er zu uns oder zum Ministerpräsidenten spricht?)

Das ist die andere Frage.

(Heiterkeit.)

Herr Kollege Maas, wenn ich darauf auch vielleicht hinweisen darf: Normalerweise ist es so, dass vonseiten der Regierungsbank keine Zwischenrufe erlaubt sind.

(Beifall bei der SPD.)

Ich komme zu dem Hesse-Gutachten. Vieles, was dort steht, ist richtig, zum Beispiel die Reduzierung auf drei Landkreise. Die Frage ist nur, warum man dafür ein Gutachten braucht. Im FDP-Programm wird diese Position seit mehr als zwei Jahren vertreten. Ich kann Ihnen gerne mal ein Exemplar unseres Programmes zuschicken, vielleicht können Sie dann noch die eine oder andere weitere Neuigkeit entdecken.

(Beifall bei der FDP.)

Ich komme zu einem weiteren Punkt. Sie haben das Thema Kohle und die Sozialverträglichkeit des Ausstieges hier angesprochen. Diese Sozialverträglichkeit, Herr Ministerpräsident, scheint sich aber nur auf die Beschäftigten im Bergbau und nicht auf die Betroffenen zu beziehen.

(Beifall bei der FDP.)

1999 haben Sie erklärt, der Bergbau werde nur noch mit Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt. Ich frage mich, wo die Umweltverträglichkeitsprüfung zum Beispiel für die Primsmulde-Süd bleibt. Ich frage mich, wo das Frenz-Gutachten über die Gemeinschaften in Ihrer Kohlepolitik Berücksichtigung findet. Der Sofortvollzug, der eigentlich die Ausnahme darstellen sollte, ist nach wie vor die Regel. Dass die Betroffenen von dieser Landesregierung im Stich gelassen werden, zeigt sich doch alleine an einer Sache. Sie reden hier fast zwei Stunden über alle möglichen Themen. Aber für die Bergbaubetroffenen in diesem Land haben Sie genau einen einzigen Satz übrig. Das ist zu wenig. Es ist gut, dass die Bergbau-

(Abg. Hartmann)

betroffenen in diesem Hause endlich auch eine parlamentarische Vertretung haben.

(Beifall bei der FDP.)

Wir brauchen mehr Mut für die notwendigen Veränderungen. Sie haben einiges angekündigt. Vieles davon ist richtig, aber vieles davon ist nicht umgesetzt worden. Die Reformen dürfen nicht im Dreiradtempo, sondern sollten wenigstens im Vier-Zylinder-Auto-Tempo vorstatten gehen. Ich verrate Ihnen jetzt ein Geheimnis. Andere Landesregierungen reformieren nämlich auch. Insofern müssen die Reformen, die wir hier angehen, schneller und gründlicher sein als die, die anderswo getätigt werden. Deswegen werden wir diese Landesregierung jeden Morgen daran erinnern, dass sie sich ins Reform-Auto setzen soll statt auf das Reform-Dreirad. Wir werden weitere Vorschläge unterbreiten für dringend notwendige Veränderungen in diesem Land.

Zum Abschluss Ihrer Rede haben Sie davon gesprochen, dass wir mutig sein müssen. Ich kann Sie darin nur bestätigen. Das ist ein erster, vielleicht ganz kleiner Erfolg der Freien Demokratischen Partei. "Mehr Mut" war unser Slogan im Wahlkampf, mehr Mut braucht dieses Land bei den wichtigen Reformen. Mehr Mut braucht die Landesregierung, wenn sie die Probleme dieses Landes wirklich angehen möchte. Wir werden Sie daran erinnern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP.)

Präsident Ley:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Stephan Toscani.

Abg. Toscani (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben eben zwei Beiträge von Oppositionsrednern gehört, die sehr unterschiedlich waren, und zwar sowohl im Inhalt und in der Sache als auch im Ton und im Stil. Ich frage mich, lieber Kollege Ulrich, was im Sinne des Wettbewerbs um die besten politischen Ideen Ihr Beitrag heute Morgen gewesen ist.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Dann hätten Sie zuhören sollen.)

Fehlanzeige! Kein einziger Vorschlag, wie wir unser Land voranbringen können. Stattdessen gab es persönliche Beleidigungen.

(Beifall bei der CDU und beim Abgeordneten Hartmann (FDP).)

Herr Kollege Hartmann, wir nehmen Ihr Angebot zur konstruktiven Zusammenarbeit an.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Ich hätte auch gerne ein Stück Zucker.)

Sie haben heute Morgen in der Debatte schon erlebt, dass wir als Mehrheitsfraktion Vorschläge nicht nur deshalb ablehnen, weil sie von der Opposition kommen. Wir sind der Meinung, dass dieses neue Parlament sich finden muss mit nunmehr vier Fraktionen. Wir sind aber auch der Meinung, dass die kleinen Parteien hier angemessen behandelt werden.

Bei beiden Reden ist mir aufgefallen, dass sowohl der Kollege Hartmann von der FDP als auch der Kollege Ulrich von den Grünen Themen punktuell aufgegriffen haben. Sie haben hier kritisiert und da kritisiert. Aber es ist schon auffallend, dass Sie sich nicht oder nur ganz wenig mit den großen Herausforderungen unseres Landes beschäftigen. Was ist denn der Sinn einer Debatte über eine Regierungserklärung? Es geht doch um die großen Zukunftsfragen, es geht um die großen Linien, um die großen Herausforderungen, um die großen Projekte.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Zum Beispiel die demografische Entwicklung.)

Da war bei Ihnen beiden nur sehr Punktuell zu hören, Klein-Klein, kein Gesamtkonzept, kein Gesamtansatz für die Zukunft unseres

Landes. So können wir die Zukunft unseres Landes nicht gewinnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Herr Kollege Stephan Toscani, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hubert Ulrich?

Abg. Toscani (CDU):

Nein, weil wir heute eine Redezeitvereinbarung haben und wir den Kollegen Ulrich auch ohne Zwischenfragen haben ausreden lassen.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): So viel zur neuen Debattenkultur im saarländischen Landtag.)

Ich will auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Sie haben der Landesregierung vorgeworfen, im Bundesrat zu selten den Vorhaben von Rot-Grün zuzustimmen. Lieber Kollege Ulrich, wie war denn das vor 1998, als rot-grüne Landesregierungen im Bundesrat die Mehrheit hatten? Wie war denn da die Strategie von Rot-Grün? Es war eine Blockadepolitik, keinem einzigen Gesetz der damaligen bürgerlichen Regierung wurde zugestimmt. Es war reine Oppositions-, Obstruktions- und Blockadepolitik. Das macht die CDU-Landesregierung nicht. Die Landesregierung stimmt dem zu, was sinnvoll ist. Wer hat denn bei Hartz 4 mitgestimmt? Das waren doch CDU-geführte Länder, meine Damen und Herren. Wir stimmen im Bundesrat dort zu, wo es sinnvoll ist, und lehnen das ab, was unser Land nicht voranbringt. Wir betreiben im Bundesrat aber keine Blockadepolitik.

(Beifall bei der CDU.)

Sie haben das Modell der freiwilligen Ganztagschule der CDU scharf kritisiert. Nur muss man eines sagen: Das ist ein freiwilliges Ganztagschulmodell. Wir haben eine andere Vorstellung als Sie. Wir sagen: Kein verpflichtender Unterricht am Nachmittag. Das ist unser Modell von Ganztagschule. Wer das Angebot annehmen will, kann es tun. Aber wir bestehen darauf, dass es am Nachmittag keinen verpflichtenden Unterricht gibt.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Wer hat denn das gefordert von den Grünen?)

Sie haben eben die echte Ganztagschule in Saarlouis angepriesen. Wir sagen, das ist nicht unser Modell. Wir machen ein Modell der freiwilligen Ganztagschule, das ja auch angenommen wird im Land.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Die ist freiwillig.)

Wie sehen denn die Zahlen aus, wenn das angeblich alles so schlecht ist? 5.200 Schüler nutzen mittlerweile dieses Angebot, 230 von 270 Grundschulen haben mittlerweile das Angebot der freiwilligen Ganztagschule sowie zwei Drittel aller Gesamtschulen und die Hälfte aller Gymnasien. Wir haben mittlerweile in zwei Jahren 110 Angebote bis 16.00 Uhr geschaffen. Das ist beileibe kein schlechtes Angebot. Es ist ein erfolgreiches Angebot, das sehr wohl angenommen wird.

Ich wäre vorsichtig an Ihrer Stelle, wenn Sie das Ganze als Billig-Angebot abtun. In der Nachmittagsbetreuung der freiwilligen Ganztagschule sind Lehrerstunden enthalten. Da engagieren sich freie Träger, da engagieren sich viele Vereine. Es ist das Eine, in Sonntagsreden die aktive Bürgergesellschaft zu fordern. Aber dann, wenn es konkret wird wie bei der freiwilligen Ganztagschule, die Vereine, die mitarbeiten, zu kritisieren, halte ich nicht für in Ordnung. Das haben diese Vereine wahrlich nicht verdient.

(Beifall bei der CDU.)

Wir sagen mit allem Selbstbewusstsein: Das Angebot der freiwilligen Ganztagschule im Saarland kann sich sehen lassen. Wir haben im Saarland eine Million Einwohner. Wir haben 110 Schulen mit einem

(Abg. Toscani)

Angebot der freiwilligen Ganztagschule bis 16 Uhr im Land. Schauen wir einmal über unsere Landesgrenzen nach Rheinland-Pfalz. Dort haben wir 4 Millionen Einwohner und ganze 175 Ganztagschulen. Ich frage Sie: Wer hat denn im Vergleich mehr Ganztagsangebote? Das Saarland bei einer Million Einwohnern mit 110 Standorten oder Rheinland-Pfalz bei vier Millionen Einwohnern mit 175 Schulen? Eines ist völlig klar: Rheinland-Pfalz hat nicht einmal 40 Prozent der Dichte an Ganztagschulen wie das Saarland. Wir haben ein flächendeckendes und flexibles Angebot. Darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU. - Sprechen bei SPD und B/90 Grüne.)

Ich will auf das eingehen, was der Kollege Hartmann angesprochen hat. Er hat uns zugerufen, wir sollten bei der Hochbegabtenförderung mehr tun. Da muss man ehrlich Bilanz ziehen und sich fragen, was 1999 war und was es heute bei der Hochbegabtenförderung gibt. Vor 1999 gab es keine Begabtenförderung im Saarland. Das hat nicht existiert. Damals hatte nämlich die Linke in Deutschland und die SPD im Saarland noch ein ganz anderes Verhältnis zur Elite als sie das heute hat, meine Damen und Herren.

(Sprechen.)

Wir haben das Juniorstudium eingeführt. Das Juniorstudium bedeutet ganz konkret, dass Schüler mittlerweile schon, wenn sie das wollen, Kurse und Vorlesungen an der Universität besuchen dürfen. Das Saarland war beim Juniorstudium Vorreiter. Das kann sich in Deutschland wahrlich sehen lassen. Ein anderes Beispiel. Minister Schreier und die Landesregierung haben die Schülerakademie eingeführt, wo im Sommer besonders begabte Schüler zusammenkommen und in besonderer Weise gefördert werden. An den Grundschulen haben wir ebenfalls eine Begabtenförderung eingeführt.

(Zuruf des Abgeordneten Braun (SPD).)

Vielleicht ist noch nicht alles Gold, was glänzt. Aber wir haben bei der Begabtenförderung im Saarland große Schritte unternommen. Auch darauf sind wir stolz, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Die FDP hat das Thema Deregulierung und Bürokratieabbau im Saarland angesprochen. Wenn wir da ehrlich Bilanz ziehen, meine Damen und Herren,

(Abg. Pauluhn (SPD): Ist nichts gemacht worden)

dann können wir sagen, dass einiges durchgesetzt wurde, auch wenn einem die eine oder andere Entscheidung nicht gefällt. Minister Georgi und die Landesregierung haben viel durchgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Das Saarland hat zwei Drittel seiner Verwaltungsvorschriften abgeschafft. Zwei Drittel aller Verwaltungsvorschriften. 40 Kilogramm Papier sind mit einem Schlag abgeschafft worden. Das müssen uns andere Bundesländer erst einmal nachmachen. Wir haben das Deregulierungsgesetz hier im Landtag behandelt. Bei der Anhörung dieses Gesetzes haben wir viele Verbände, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften im Landtag angehört. All diese Verbände und Vereinigungen konnten ihre Vorschläge vortragen. Wir haben sie aufgenommen. Wir haben ein Deregulierungsgesetz verabschiedet, das sich in Deutschland sehen lassen kann. Wir haben ein Standardflexibilisierungsgesetz gemacht. Wir haben in der neuen LBO die Verfahren wesentlich vereinfacht. Ministerpräsident Müller ist auch deshalb als Ministerpräsident des Jahres ausgezeichnet worden, weil das Saarland vorbildlich in Deutschland als eines von wenigen Bundesländern so viele Verwaltungsvorschriften abgeschafft hat. Diese Bilanz kann sich sehen lassen. Nach dem Motto "Fortsetzung folgt" werden wir diesen Weg mit dem Hesse-Gutachten und der Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode weitergehen.

Ich will ein Wort zu den Bergbaubetroffenen sagen. Sie haben eben gesagt, die Bergbaubetroffenen hätten keine Stimme in diesem Land.

Die CDU-geführte Landesregierung hat in diesem Land so viel für die Bergbaubetroffenen getan wie keine andere Landesregierung vorher.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/Grüne).)

Auch das sollten wir der Wahrheit halber hier noch einmal festhalten.

(Beifall bei der CDU. - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Herr Toscani, warum wissen die davon nichts? - Sprechen.)

Politik braucht einen Kompass. Unser Kompass, der Kompass der CDU Saar, lautet - das ist in der Regierungserklärung von Peter Müller einmal mehr deutlich geworden -, dass wir den Mut haben, unangenehme Wahrheiten auszusprechen. Wir haben den Mut, unbequeme, aber für die kommenden Generationen wichtige Themen anzupacken. Das war 1999 der Kohlebergbau. Damals haben wir gesagt, der Kohlebergbau ist eine endliche Veranstaltung. Wir als CDU sind für den sozialverträglichen Auslaufbergbau. Das hat damals wütende Proteste hervorgerufen. Das war damals ein Tabubruch. Mittlerweile ist es Mehrheitsmeinung im Land.

(Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD). - Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Definieren Sie das einmal!)

Geradlinigkeit, Mut und Ehrlichkeit.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Definieren Sie einmal Auslaufbergbau!)

Wenn der Kollege Ulrich wieder dazwischen ruft, dann frage ich Sie, lieber Kollege Ulrich, der in den letzten vier Jahren im Deutschen Bundestag war: Wie war das denn bei der Bundestagswahl 2002? Wie war das denn mit Rot-Grün vor der Bundestagswahl 2002? Vor der Wahl haben Sie gesagt: Maastricht-Kriterium, kein Problem, erfüllen wir locker. Nach der Wahl war klar, dass es Deutschland nicht schafft. Es war auch vorher schon klar, dass wir es nicht schaffen.

Vor der Wahl hat Rot-Grün gesagt: Gesundheit, Rente, kein Problem, alles Paletti. Nach der Wahl war alles nicht mehr wahr. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die CDU Saar, haben vor der Landtagswahl klar gesagt, wir machen keine finanzwirksamen Versprechungen. Wir sparen im nächsten Haushalt 100 Millionen Euro ein. Das haben wir vor der Wahl gesagt. Wir sagen nach der Wahl dasselbe wie vor der Wahl. Wir haben nicht das Blaue vom Himmel versprochen. Wir haben den Leuten reinen Wein eingeschenkt und zwar vor der Wahl. Wir haben nicht gesagt, was ankommt, sondern worauf es ankommt. Deshalb, meine Damen und Herren, können wir auch nach der Wahl noch in den Spiegel schauen.

(Beifall bei der CDU.)

Wir gehen die großen Herausforderungen mit Mut und Geradlinigkeit an. Zum demografischen Wandel hat Ministerpräsident Müller zwei Zahlen genannt, die im Grunde genommen alles sagen. Wenn im Jahr 1960 knapp 21.000 Kinder zur Welt gekommen sind und wir im Jahr 2002 im Saarland gerade einmal 7.800 Geburten hatten, dann sagt das alles, was notwendig ist. Für die frühere SPD-Landesregierung war der demografische Wandel überhaupt kein Thema. Er hat nicht stattgefunden. Es ist das Verdienst dieser Landesregierung, dass sie in der vergangenen Legislaturperiode das Thema auf die Tagesordnung gesetzt hat und dass der demografische Wandel jetzt in den kommenden fünf Jahren eines der Leitthemen der Landespolitik wird.

Wir haben den Mut, es nicht nur am Beispiel der sozialen Sicherungssysteme zu diskutieren, sondern wir sprechen es auch mit Blick auf die Infrastruktur an. Wissen Sie, theoretisch kann man ja sehr leicht und abstrakt lange Debatten führen und große Reden halten. Aber richtig ernst und unbequem wird es dann, wenn es konkret wird. Was wird aus unseren Schulen und Kindergärten? Was wird aus dem Kindergarten? Was wird aus der Schule in einem Dorf, in dem es früher pro Jahrgang 40 Kinder gab und in dem es heute vielleicht noch sieben oder acht Kinder pro Jahrgang gibt? Was wird aus unseren Kindergärten und Schulen? Was wird aus unseren Orts-

(Abg. Toscani)

kernen? Immer mehr Häuser in Ortskernen stehen leer. Was wird aus den Sportplätzen? Wer spielt in 20 oder 30 Jahren noch auf allen Sportplätzen?

Ich glaube, es ist der entscheidende Punkt in der Debatte um den demografischen Wandel, dass wir den Mut haben, diese Fragen zu stellen, und nicht nur die Fragen zu stellen, sondern auch die Antworten darauf zu geben, diese Fragen nicht auf künftige Generationen abzuwälzen, diese Fragen nicht zu verdrängen. Es gehört zu einer geradlinigen und mutigen Politik, dass man solche unbequemen Fragen stellt und heute Antworten auf diese Fragen gibt im Sinne der nachfolgenden Generationen. Auch da ist das Saarland Vorreiter. Wir packen das Thema demografischer Wandel als Leitthema und als durchgängige Herausforderung einer Legislaturperiode an. Das ist einmalig in Deutschland. Ich kenne kein anderes Bundesland, das dieses Thema so mutig wie das Saarland in den nächsten Jahren angeht. Es gehört viel Mut dazu. Wir werden in den nächsten Jahren viel Mut haben und viel Mut aufbringen, um dieses Thema konkret anzugehen. Ich denke, daran können sich andere Länder ein Beispiel nehmen.

Wenn Sie "Was heißt das konkret?" dazwischenrufen, meine Damen und Herren von der Opposition, dann will ich einen Punkt noch einmal in Erinnerung rufen, der ganz konkret mit dem demografischen Wandel zu tun hat. Peter Hans hat es vorhin gesagt: Als - wenn auch spät - die damalige Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl den demografischen Wandel zum Thema in der Rentenversicherung gemacht hat, was ist da in Deutschland passiert? Wir haben 1997 den demografischen Faktor in der Rente eingeführt, und wir sollten uns das vor Augen halten, weil diese Diskussion symptomatisch für die Debatte über den demografischen Wandel in Deutschland ist. Wir hatten damals eingeführt, dass über 20 oder 30 Jahre hinweg das Rentenniveau sinken soll. Was haben da die Sozialdemokraten und die Grünen gemacht? Sie sind hingegangen und haben gesagt, ein solches Vorgehen sei moralisch unanständig, den heutigen Rentnern werde ihre Rente gekürzt. Diese Aussage war grundfalsch, aber sie war damals Ihre Wahlkampflinie. Sie haben denen, die überhaupt nicht betroffen waren, vorgegaukelt, dass ihnen die Rente gekürzt werde. Tatsache aber war, dass unsere Rentenreform auf die nächsten 20, 30 Jahre angelegt war.

Dann sind Sie an die Regierung gekommen und haben den demografischen Faktor schlicht abgeschafft. Danach haben Sie fünf Jahre lang überhaupt nichts gemacht. Und dann stellt sich Gerhard Schröder vor den Deutschen Bundestag und sagt: Sorry, liebes deutsches Volk, die Abschaffung des demografischen Faktors war ein großer Irrtum; da haben wir uns geirrt.

(Sprechen bei der SPD.)

Dieser Irrtum hat uns viele wertvolle Jahre und Milliarden gekostet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD).)

Ein anderes Thema. Wir haben in Deutschland eine Rekordneuerschuldung. Die Bundesregierung musste eingestehen, dass sie sich wieder einmal sehr geirrt hat. 44 Milliarden Euro Neuverschuldung allein in diesem Jahr sind ein Rekord. Der Schuldendienst ist im Bundeshaushalt mittlerweile der zweitgrößte Posten. Im Bundeshaushalt ist die Zinsrückzahlung mittlerweile der zweitgrößte Posten nach den Sozialausgaben.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Auf den Bundeshaushalt bezogen müssen wir täglich 100 Millionen Euro Zinsen zurückzahlen. Im Bundeshaushalt sind pro Jahr 38 Milliarden Euro für Zinsrückzahlungen vorgesehen. 100 Millionen Euro müssen in Deutschland jeden Tag aufgebracht werden, nur um Zinsen zurückzuzahlen. Und das Problem der Verschuldung betrifft ja nicht nur den Bund, sondern auch viele Bundesländer. Immer mehr Schulden heute bedeuten morgen Belastungen unserer Kinder und Enkelkinder. Immer mehr Schulden bedeuten, dass in Zukunft immer weniger Geld für nachfolgende Generationen zur Verfügung steht.

Wenn die Verschuldung nicht angegangen wird, bedeutet dies, dass gnadenlos politische Verantwortung auf künftige Generationen abgewälzt wird. Deshalb ist es mutig und geradlinig, auch heute und von dieser Stelle aus den Leuten unbequeme Wahrheiten zu sagen, ihnen zu sagen, dass wir im Saarland nicht nur eisern gespart haben, sondern auch in Zukunft eisern sparen müssen. Und wenn wir beim Sparen sind, wie verhält sich da die SPD im saarländischen Landtag? Wie war es denn in der letzten Legislaturperiode, als wir hier Sparvorschläge vorgelegt haben, unbequeme Vorschläge, die nicht populär waren und die wir schweren Herzens vorgelegt haben, beispielsweise die Kürzung des Weihnachts- und des Urlaubsgeldes für Beamte? Die SPD hat abstrakt gesagt, das Land müsse sparen, aber als es konkret wurde, hat sie gegen unsere Vorschläge gestimmt. Das war sicherlich nicht verantwortungsvoll im Sinne künftiger Generationen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP.)

Sparen ist unpopulär und vielleicht auch unbequem, aber es ist kein Selbstzweck, denn Schulden machen ist unmoralisch gegenüber künftigen Generationen. In der Haushaltspolitik gilt dasselbe wie in der Umweltpolitik. Wir versündigen uns an den künftigen Generationen, an unseren Kindern und Enkelkindern, wenn wir ihnen eine geschädigte Umwelt hinterlassen.

(Abg. Ulrich (B 90/Grüne): Sagen Sie das einmal Herrn Georgi!)

Aber genauso schaden wir künftigen Generationen, wenn wir die Haushalte nicht sanieren, wenn wir in Zukunft nicht eisern sparen. Deshalb müssen wir noch mehr sparen als bisher schon. Das ist vielleicht unbequem, aber es ist der einzig geradlinige und einzig verantwortungsvolle Weg im Sinne unserer Kinder und Enkelkinder.

Das Saarland ist keine Insel. Wir tragen zu einem großen Teil das, was sich in Deutschland abspielt, mit. Der Ministerpräsident hat auf die bedenkliche Situation in Deutschland hingewiesen. Weltweit haben wir gegenwärtig ein Wirtschaftswachstum von 5 Prozent; Deutschland liegt zwischen 1,5 und 1,8 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen stagniert hier zu Lande zwischen 4,3 und 4,4 Millionen, und das, obwohl jedes Jahr Zehntausende Arbeitnehmer mehr in Rente und in Pension gehen, als junge Leute auf den Arbeitsmarkt nachdrängen. Trotz dieses Faktums bleibt also die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf bedenklich hohem Niveau. Deutschland ist zwischen 1992 und 2003 beim Pro-Kopf-Einkommen innerhalb der EU vom dritten auf den elften Platz zurückgefallen. Großbritannien hat uns Ende der Neunzigerjahre überholt, Frankreich wenig später. Inzwischen sind auch Staaten wie die Niederlande und Irland an uns vorbeigezogen. Deutschland ist vom Spitzenreiter zum Abstiegs-kandidaten geworden. Und diese dramatischen Steuereintrüche, die wir in Deutschland zu verzeichnen haben, machen uns große Probleme im Haushalt des Saarlandes. Wir haben jetzt über 500 Millionen Euro weniger zur Verfügung, als wir 1999 erwarten durften. Das Saarland ist zwar für den Abstieg, den Deutschland nimmt, nicht verantwortlich, aber es muss mit den Steuereintrüchen auf Bundesebene umgehen. Und da gibt es in meinen Augen eigentlich nur zwei Möglichkeiten. Wir könnten sagen: Das Saarland ist eines von 16 Bundesländern; wir sind ein Achtzigstel der Bevölkerung in Deutschland; wir können daran einfach nichts ändern. Wir stecken den Kopf in den Sand; wir können sowieso nichts ändern; für uns reicht es vielleicht noch; was nach uns kommt, weiß der Himmel. Oder, meine Damen und Herren, wir gehen den anderen Weg. Wir können - auch wenn wir noch so klein sind - unter Beweis stellen, dass nicht die Großen die Kleinen fressen, sondern die Schnellen die Langsamen. Wir sind kein unbeweglicher Tanker; wir sind wenig und klein wie ein Schnellboot. Das Saarland wird niemals das größte Bundesland werden, aber wir können eines der besten werden, und ich bin optimistisch, meine Damen und Herren, dass wir das packen, weil wir in den letzten fünf Jahren unter Beweis gestellt haben, dass man das Image des Saarlandes verändern kann.

(Beifall bei der CDU.)

Wissen Sie, wenn Sie jemanden in Deutschland vor zehn Jahren nach dem Saarland gefragt haben, dann kam oft genug als Antwort:

(Abg. Toscani)

Oje, das Saarland, rote Laterne, überschuldet, Skandale, Lafontaine. Das war es doch, was wir in Deutschland zu hören bekommen haben, wenn wir uns als Saarländer bekannt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Stritter (SPD).)

Wenn Sie heute wieder Menschen in Deutschland fragen, was ihnen zum Saarland einfällt,

(Zurufe von der SPD)

dann sagen immer mehr: Das Saarland ist Vorreiter in vielen Entwicklungen; es hat eine hohe Wirtschaftsdynamik - vom Zwei-Drittel- zum Vier-Drittel-Wachstum -; es ist Vorreiter in der Bildungspolitik.

(Weitere Zurufe von der SPD.)

Bei der Arbeitslosenquote haben wir uns vom neunten auf den fünften Platz vorgearbeitet. Im Standortvergleich von Bertelsmann haben wir uns um vier Plätze verbessert. Bei den Ausbildungsplätzen und Lehrstellen in Deutschland ist das Saarland die Nummer eins.

Am 05. September 1999 haben sich die Saarländerinnen und Saarländer für einen Politikwechsel entschieden. Das hat dem Land gut getan. Peter Müller und die CDU Saar haben bewiesen, dass man eine Abwärtsspirale auch aufhalten und umdrehen kann. Man kann also das Ruder herumreißen; man kann einen konsequenten Erneuerungskurs einschlagen und ihn zum Erfolg führen.

Heute gehört das Saarland - das können wir mit Stolz sagen - zu den Fortschrittsmotoren in Deutschland. Heute ist das Saarland nicht mehr die rote Laterne, sondern in vielen Bereichen Vorreiter. Erfolg ist keine Frage der Größe eines Landes, sondern hängt vom Gestaltungswillen und der Gestaltungskraft ab, die ein Land aufbringt. Kleine Boote sind schneller und wendiger, wenn sie den richtigen Chef an Bord haben. Das Saarland wird niemals das größte Bundesland, aber wir können in Deutschland zum Modellland werden. Und dies gilt auch für die Herausforderungen, die Klippen und Untiefen, die vor uns liegen. Wir im Saarland haben die Chance, modellhaft in Deutschland zu zeigen, wie man Probleme anpackt und löst. Das Saarland wird niemals das größte Bundesland, aber wir können eines der besten werden. Wir können zum Modellland in Deutschland werden, wenn wir mutig und geradlinig bleiben, wenn wir eine moderne und menschliche Politik machen, wenn wir Leistung mit Solidarität verbinden und wenn wir - jetzt zitiere ich Peter Hans - mit Optimismus ans Werk gehen. Dann können wir es schaffen.

Meine Damen und Herren, nehmen wir unser Schicksal in die Hand, gestalten wir den Wandel! Dann gewinnen wir die Zukunft.

(Beifall bei der CDU.)

Präsident Ley:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 14.30 Uhr.

(Die Sitzung wird von 13.23 Uhr bis 14.33 Uhr unterbrochen.)

Vizepräsidentin Lawall:

Kolleginnen und Kollegen! Wir beenden die Sitzungsunterbrechung und fahren mit der Aussprache zur Regierungserklärung fort. Bevor ich der Abgeordneten Cornelia Hoffmann-Bethscheider das Wort erteile, informiere ich die Fraktionen über die ihnen noch zur Verfügung stehenden Redezeiten. Auf die SPD-Fraktion entfallen noch 9 Minuten 40 Sekunden, auf die CDU-Fraktion 8 Minuten 20 Sekunden, auf Bündnis 90/Die Grünen 40 Sekunden

(Zuruf: Ui, die könnt Ihr doch zur Verfügung stellen)

und auf die FDP-Fraktion 6 Minuten 40 Sekunden. Die Regierung wird voraussichtlich von ihrer Redezeit, die 40 Minuten beträgt, keinen Gebrauch machen. Ich mache die Redner noch einmal darauf aufmerksam, dass eine Minute vor Ende der Redezeit ein Lichtsignal zu sehen ist, das Sie darauf vorbereitet, Ihre Rede zu

beenden. - Jetzt hat die Abgeordnete Cornelia Hoffmann-Bethscheider das Wort.

Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regierungserklärung ist überschrieben mit "Den Wandel gestalten". Man muss feststellen, dass die Landesregierung fünf Jahre geschlafwandelt ist, jetzt endlich wach geworden ist - was uns sehr erfreut - und gemerkt hat, dass sie eine Menge Probleme vor sich hat. Aber es wurde Zeit vergeudet, die uns jetzt teuer zu stehen kommt. Es ist immer die Rede von der Eigenständigkeit des Saarlandes. Ich glaube, ein anderes Thema ist viel wichtiger, nämlich die Lebensqualität hier in diesem Land. Haben wir noch genug Geld für Bildung, um unsere Kinder gut auszubilden und ihnen Zukunftschancen zu geben? Haben wir noch genug Geld für Wirtschaftsinvestitionen in die Infrastruktur zur Schaffung von Arbeitsplätzen? Haben wir noch genug Geld, um die Kommunen - die Ebene, die am nächsten beim Bürger ist - finanziell auszustatten?

Es bedarf einer enormen Kraftanstrengung, hier in diesem Land eine Kehrtwende zu machen, eine Kehrtwende zum Fortschritt. Den Fortschritt wird es in diesem Land nicht geben, wenn jeder nur seinen Besitzstand wahren will, wenn die Politiker keine unbequemen Entscheidungen treffen wollen und wenn der Ministerpräsident weiterhin Sonntagsreden hält. Fortschritt wird es nur geben, wenn wir gemeinsam versuchen, dieses Land nach vorne zu bringen. Wir von der SPD-Fraktion scheuen keine Kraftanstrengung, um dieses Land zukunftssicher zu machen. Aber es ist auch klar, dass es mit uns keinen sozialen Kahlschlag geben wird. Reformen ja, aber wir werden die sozialen Auswirkungen immer im Auge behalten und im Einzelfall entscheiden, was notwendig und machbar ist und was unserer Ansicht nach nicht geht.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne.)

Die erste Kraftanstrengung wird das Hesse-Gutachten sein. Hesse selbst spricht von einer Funktional- und Regierungsreform. In der Regierungserklärung steht nur noch Funktionalreform. Ich glaube, erfolgreich wird dieses Gutachten nur umgesetzt, wenn allen in diesem Lande - der Regierung, dem Land und der kommunalen Ebene - klar ist, dass sie einen Beitrag leisten müssen und sich keiner außen vor lässt. Deshalb müssen wir hier auch über die Regierungsneubildung, über die Kabinettsreform reden.

Man kann sagen, es gab einen Neuzuschnitt der Regierung, aber das war mit Sicherheit nicht das, was Hesse vorgeschlagen hat. Das sieht man allein schon daran, dass hier sieben Ministerinnen und Minister sitzen, Hesse in seinem Gutachten jedoch nur sechs vorsieht. Das Umweltministerium steht nach Hesse auf dem Prüfstand, weil Umwelt eine Querschnittsaufgabe ist. Wenn man sich den neuen Zuschnitt der Aufgaben in der Landesverwaltung ansieht, wird klar, dass vieles vom Umweltministerium verlagert wird. Dann ist auch klar, dass wir über die Frage, ob es zukünftig im Saarland noch ein Umweltministerium geben wird oder nicht, irgendwann eine Diskussion führen und eine Entscheidung treffen müssen.

Es wird weitere Strukturanpassungen geben. Die Kreise sind angesprochen. In der Regierungserklärung steht etwas von einem Modell eines zweistufigen Verwaltungsaufbaus im Saarland. Dies würde bedeuten, dass die Kreise ganz wegfallen. Hesse selbst sagt, es soll eine Kreisgebietsreform geben. Wir sagen, wenn die Neuaufteilung der Aufgaben dazu führt, dass sich eine sinnvolle Zusammenlegung der Landkreise zu drei Landkreisen herauskristallisiert, dann werden wir das auch tun. Aber erst müssen wir die Aufgabenverteilung abwarten. Wir müssen abwarten, was sie ergibt. Wir sollten bei der Diskussion das Pferd nicht von hinten aufzäumen.

Aber auch die Landesregierung ist gefragt, nämlich im Bereich der Landesbehörden. Hier hat die Regierung jetzt vorgeschlagen, noch wenige Landesämter aufrecht zu erhalten. Hesse selbst sagt, es soll nur noch drei Landesämter geben. Auch diese Frage muss beantwortet werden. Ich brauche der Landesregierung nicht zu sagen, dass die Umsetzung auch für sie ein Kraftakt sein wird.

(Abg. Hoffmann-Bethscheider)

Ich bin dem Hesse-Gutachten gegenüber sehr positiv eingestellt. Aber ich muss sagen: Einen Aspekt hat Hesse vollkommen ausgeblendet, obwohl es eigentlich seinem Untersuchungsauftrag gerecht gewesen wäre, diese Sache etwas genauer zu untersuchen. Es geht um die kommunalen Finanzen. Das Gutachten wurde auf Druck der Kommunen in Auftrag gegeben, um die Frage zu klären, wie es mit der finanziellen Situation der Kommunen in diesem Land weiter geht. Und was sagt Hesse dazu - etwas dünn? -: Eine Aufstockung der verfügbaren Mittel in diesem Land ist unrealistisch. Es mag zwar sein, dass Herr Hesse nach Gesprächen mit der Landesregierung zu der Erkenntnis kommt, dass keine finanziellen Mittel mehr bereitgestellt werden, aber das ist doch keine Antwort und keine Lösung für dieses gravierende Problem in unserem Land.

Und was sagt der Ministerpräsident dazu? - Er sagt in seiner Regierungserklärung gar nichts. Er sagt nichts zu den kommunalen Finanzen, er sagt nichts dazu, wie die Kommunen die Lebensqualität der Bürger sicherstellen sollen. Ich habe manchmal die Befürchtung, dass dieses Hesse-Gutachten nur ein Ablenkungsmanöver ist. Ein Ablenkungsmanöver dafür, dass die Regierung nicht bereit ist, Geld für die Kommunen bereitzustellen. Ich glaube, es wird Einsparungen geben, aber sie werden nicht ausreichen, um die Kommunen ordentlich mit finanziellen Mitteln auszustatten. Man muss auch sehen, dass die Umsetzung dieses Gutachtens Geld kosten wird. Es ist nicht so, dass das Geld zunächst in den Einsparungen liegt, zunächst muss man investieren, um dieses Gutachten überhaupt umzusetzen. Da frage ich mich ganz ernsthaft, wie die Kommunen das bei ihrer finanziellen Situation überhaupt leisten sollen.

Bildung ist das Mega-Thema in unserem Land, weil wir damit die Zukunftschancen unserer Kinder sicherstellen. Über die Fraktionen hinaus gibt es keine Diskussion darüber, dass dieses Thema weiterhin im Fokus der Politik steht. Für uns ist das weiterhin die Einrichtung echter Ganztagschulen. Hier gibt es auch keine Diskussion, ob sie freiwillig sind oder nicht. Sie sind natürlich freiwillig. Es geht darum, ob wir es schaffen, flächendeckend Ganztagschulen in diesem Land anzubieten, und ob wir es schaffen, eine pädagogisch sinnvolle Nachmittagsbetreuung sicherzustellen. Es wurde unglaublich viel über das Modell-Land in verschiedenen Bereichen gesprochen. Ich wäre froh, wenn wir bei den echten Ganztagschulen in Deutschland ein echtes Modell-Land wären. Hier könnten wir einiges für unsere Kinder tun.

(Beifall von SPD und B 90/Grüne.)

Darüber hinaus steht die Schulstrukturreform an. Nach unserer Ansicht ist es wichtig, dass Kinder länger gemeinsam lernen, dass keine Auslese stattfindet. Das ist für uns eine Sicherstellung der Bildungsgerechtigkeit, wie es im Übrigen auch PISA fordert.

Ein weiteres Thema, das uns beschäftigen wird und heute auch schon angesprochen wurde, sind die Grundschulen in unserem Land. Natürlich ist klar, dass bei der demografischen Entwicklung schwierige Zeiten auf uns zukommen. Die Landesregierung sagt, dass nur noch zweizügige Grundschulstandorte aufrecht erhalten bleiben sollen. Das würde bedeuten, dass die Hälfte der Grundschulen in diesem Land geschlossen werden müsste. Das ist natürlich ein harter Eingriff und entspricht nicht unserem Motto "Kleine Kinder - kleine Klassen, kurze Beine - kurze Wege". Deshalb müssen wir überlegen, ob es auch andere Modelle gibt, um dieses Problem zu lösen. Für uns ist dies das Modell der Kombinationsklasse mit einem jahrgangsübergreifenden Unterricht, der im Übrigen dort, wo er modellhaft durchgeführt wurde, gezeigt hat, dass sowohl die leistungsstarken wie auch die leistungsschwachen Kinder mehr davon profitieren haben als vom herkömmlichen Unterricht. Auch hier haben wir etwas zu tun und müssen diskutieren, was die notwendige und sinnvolle Lösung für das Problem der demografischen Entwicklung ist.

Eines ist auch klar. Die Regierungserklärung hat ausgeführt, dass all das Geld, das aufgrund der demografischen Entwicklung eingespart wird, in die Haushaltskonsolidierung eingebracht werden soll. Ich denke, das ist im Bereich der Bildung der falsche Weg. Das, was wir aufgrund der demografischen Entwicklung bei der Bildung ein-

sparen, müssen wir auch wieder in die Bildung investieren und nicht für die normale Haushaltskonsolidierung zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der SPD.)

Bildung genießt nun einmal Priorität in diesem Lande. Wenn man spart, muss man sinnvoll sparen, das heißt, auch Prioritäten setzen, wo man mehr investiert, als man sparen will.

Die demografische Entwicklung stellt uns aber noch in anderen Bereichen vor schwierige Herausforderungen. Es wurde gesagt, wir wollen Modell-Land werden. Dann müssen wir uns aber in diesem Bereich sehr anstrengen, denn viele Länder haben schon Kommissionen eingerichtet und arbeiten schon seit Jahren an diesem Thema.

Ich habe aber nicht nur den politischen Ehrgeiz die Weichen zu stellen, um mit der demografischen Entwicklung umzugehen. Ich habe auch den Ehrgeiz, der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken. Hier ist nun einmal das große herausragende Thema die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In diesem Zusammenhang spielt die Betreuung eine ganz wesentliche Rolle. Sie haben gesagt, Herr Hans, die Paar-Beziehungen sind in unserer Zeit schwierig geworden. Das stimmt. Ein Drittel der Ehen werden geschieden, was dazu führt, dass es eine Menge allein Erziehende gibt, aber gerade die allein Erziehenden brauchen ein Betreuungsangebot.

Vizepräsidentin Lawall:

Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Hoffmann-Bethscheider (SPD):

Ich komme dann zum Schluss. - Deshalb ist es wichtig, dass wir auch hier in die Betreuung investieren. Die Landesregierung sagt, dass hierfür kein finanzieller Spielraum mehr bestehe. Damit sind wir nicht einverstanden. Man muss sparen, aber auch sinnvoll investieren.

(Beifall bei der SPD.)

Vizepräsidentin Lawall:

Ich erteile das Wort Herrn Karl-Josef Jochem. - Ziehen Sie die Wortmeldung zurück?

(Abg. Jochem (FDP): Ich wollte später reden.)

Dann erteile ich das Wort dem Abgeordneten Klaus Meiser. - Herr Toscani, zur Geschäftsordnung.

Abg. Toscani (CDU):

Frau Präsidentin, zum Redeablauf haben wir im Präsidium eine Verabredung getroffen. Die sieht so aus, dass nach der Mittagspause die SPD das Wort hat, wie durch die Kollegin Hoffmann-Bethscheider soeben geschehen, und dass danach die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und FDP zu Wort kommen. Wenn jetzt auf Wortbeiträge verzichtet wird, dann sind die weg. Diese Beiträge können nicht später nachgeholt werden. Andernfalls würde die interfraktionelle Absprache über die Abläufe am Nachmittag in Frage gestellt.

Vizepräsidentin Lawall:

Das ist auch nicht umstritten, Herr Abgeordneter. Ich erteile jetzt das Wort dem Abgeordneten Klaus Meiser.

Abg. Meiser (CDU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen schon fast zum Abschluss der heutigen Debatte.

(Abg. Hans (CDU): Die Opposition hat anscheinend nichts mehr zu sagen!)

Es ist klar geworden, dass die CDU-Landesregierung gemeinsam mit der CDU-Landtagsfraktion den Weg fortsetzen will - ich will es ganz bewusst einfach formulieren - zum einen dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ihre Existenz aus eigener Kraft sichern können, dass zum Zweiten unsere Kinder in Familie, Schule, Bildung und Ausbildung sowie im Beruf Zukunft finden und dass zum Dritten - das ist ein Wunsch, der über die Grundbedürfnisse

(Abg. Meiser)

hinausgeht - die Menschen gerne leben, in einem guten gesellschaftlichen Klima und mit positiver Lebensqualität. Diese Ziele sind nur zu erreichen, wenn alle mitmachen. Die Politik alleine kann das bei weitem nicht bewirken, sie kann nur Rahmenbedingungen setzen, und dort liegt unsere Verantwortung.

Die CDU Saar hat in den vergangenen fünf Jahren - da kann man zu den Projekten stehen, wie man will - sicher Mut zu Veränderungen bewiesen. Lieber Kollege Ulrich, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Mir haben im Vorfeld dieser Plenardebatte viele Kolleginnen und Kollegen gesagt, dass sie den Kollegen Ulrich aus der Zeit vor 1999 von der Kultur in Debatte und Politik her in schlechter Erinnerung haben. Ich kann nur sagen, Sie haben diese schlechte Erinnerung heute eindrucksvoll bestätigt.

(Beifall bei der CDU.)

Ich bedauere das sehr, aus zwei Gründen. Einmal, weil sowohl SPD als auch FDP die Gelegenheit genutzt haben zu sagen, eine Regierungserklärung, eine neue Legislaturperiode ist ein neuer Start, wir wollen versuchen, in diesem Bereich einen Schritt weiterzukommen und mit einer gewissen Kultur über den richtigen Weg zu streiten. Meine Bitte: Machen Sie dort mit!

Zweitens. Wer angesichts dieser Regierungserklärung davon spricht, dass keine konkreten Vorhaben angesprochen seien, dass es sich um einen Quelle-Katalog handele, der kann nicht zugehört haben. Gestern Abend ist im Landesausschuss der CDU Saar über einzelne Teile dessen, was die CDU Saar in der kommenden Periode vorhat und was heute in der Regierungserklärung gesagt worden ist, gesprochen worden. Da war schon ein Stück Angst zu spüren vor dem Veränderungspotenzial und den politischen Wirkungen, vor dem, was dann in der eigenen Partei durchzustehen ist. Die Kollegin Hoffmann-Bethscheider hat die Grundschulen angesprochen. Ich kann viele andere Bereiche nennen. Es sind viele konkrete Vorhaben enthalten, über deren Richtigkeit man streiten kann. Aber zu sagen, die Regierungserklärung habe keine Aussagen getroffen, geht völlig an der Realität vorbei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, es ist auch nicht erforderlich, das, was in der Regierungserklärung steht und hier diskutiert worden ist, zu wiederholen. Ich will heute nur eines ins Bewusstsein rufen, bevor wir auseinander gehen. Wir haben nicht nur eine große Verantwortung bei der Frage, wie wir die Rahmenbedingungen setzen. Wir haben vor allen Dingen eine Riesenverantwortung bei der Frage, wie wir die Menschen - ich verwende einmal einen Begriff aus dem Sport - mental mitnehmen.

Hier sitzen viele Vertreterinnen und Vertreter einer Generation, die erlebt haben, dass ihre Eltern nicht nur sagen konnten, unsere Kinder sollen es von der Ausbildung, vom Wohlstand her einmal besser haben, sondern es war auch so. Wir haben das so erleben dürfen, dass es vom Wohlstand her, von der Ausbildung her, von den Rahmenbedingungen her ständig aufwärts ging. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, was wir den Kindern und Jugendlichen heute sagen müssen: Erstens. Bis ihr den Standard erreicht haben werdet, den wir haben, wird es ein weiter Weg sein, und ob das gelingt, wissen wir nicht. Zweitens. Ob eure Versorgung in dem üppigen Maße, wie dies bis heute der Fall war, noch gesichert ist, steht in den Sternen. Das heißt, wir müssen klar sagen: Ihr werdet vieles aus eigener Verantwortung tragen müssen.

Ich nehme nur die Versorgung. In diesem Bereich ist klar, dass die Kinder, die heute in die Grundschulen gehen, später nicht mehr als eine Grundsicherung haben werden. Alles andere müssen sie sich in ihrem Erwerbsleben dazu verdienen, um ihre Versorgung aufzustoßen und während ihres Lebensabends gut versorgt zu sein.

Deshalb sage ich auch mit Blick auf die Bundesregierung, ohne einzelne Reformvorhaben zu kritisieren: Es ist schon fatal, wenn Reformvorhaben so rüberkommen, dass sie scheitern müssen, dass sie nur negative Gefühle wecken, ob es nun die Maut war, Hartz 4 und anderes. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Wir

dürfen nicht Beharrungsvermögen und Pessimismus verbreiten, vielmehr sind Offenheit für Veränderungen und Zuversicht gefragt.

Das noch einmal als allgemeine Anmerkungen, sozusagen in Klammern vorab, wenn wir in diese Periode gehen und Veränderungen angehen müssen, die Qualität erhalten und trotzdem Einsparungen ermöglichen sollen.

Jetzt noch einige wenige Punkte. In der Wirtschaftspolitik streiten wir sicherlich nicht darüber, dass alle Rahmendaten deshalb schlecht aussehen, weil die Konjunktur nicht anspringt, weil es kein Wirtschaftswachstum gibt und damit verbunden zu wenig Arbeitsplätze. Hinzu kommt ein Kumulieren aller Negativfaktoren in die beitragsfinanzierten Kassen, kein Investitionsvolumen, bis hin zu den Kommunen, die platt gemacht werden.

Und damit komme ich schon zum nächsten Punkt, den die Kollegin Hoffmann-Bethscheider angesprochen hat. Selbstverständlich kann ein Gutachten die Dinge nur ansprechen und muss es der Eigenverantwortung der Politik auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene überlassen, was umgesetzt wird. Hesse kann kein Geld herbeischreiben, er kann nur Stellschrauben aufzeigen. Es ist doch wohl jedem klar, dass beim Zuschnitt unserer Verwaltung und beim Zuschnitt der Ebenen die Kernfrage sein wird, wie wir das Hesse-Gutachten, das weiß Gott für uns nicht in allen Teilen verbindlich ist, in den einzelnen Ebenen umsetzen. Ich nenne einmal ein Beispiel. Werden wir die Kraft haben zu sagen, Infrastruktur auf kommunaler Ebene muss erhalten bleiben, aber in bezahlbarem Rahmen? Sind wir in der Lage zu sagen, drei Kommunen schließen sich zusammen, haben noch ein Hallenbad und ein Freibad, minimieren das gemeinsame Defizit von 3 Millionen Euro auf 1 Million Euro und werden das über Zweckverbände regeln? - Das heißt, die Politik wird ganz stark auf der freiwilligen Ebene gefordert sein. Wir können das nicht vorschreiben und gesetzlich regeln. Ob wir gemeinsam diese Kraft haben, weiß ich nicht. Wer von uns in der Kommunalpolitik tätig ist, weiß, wie die Interessengegensätze aussehen und wie schwer dieser Weg sein wird.

Deshalb sage ich von unserer Seite abschließend: Alle Projekte, die wir angehen, wollen wir mit Augenmaß angehen, mit der Ehrlichkeit, dass Einspareffekte unausweichlich sind, weil unser Land ansonsten nicht weiter existieren kann. Und deshalb sage ich, die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Landesregierung und Ministerpräsident Peter Müller darin, dieses Motto - den Wandel gestalten, die Zukunft gewinnen - umzusetzen. Das bedeutet, dass wir uns für die kommenden fünf Jahre viel vorgenommen haben und dass wir Verantwortung übernehmen - das sage ich bewusst -, um das Gute zu bewahren, auch kleine Einheiten in der Ebene zu bewahren und gleichzeitig notwendige Veränderungen vorzunehmen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU.)

Vizepräsidentin Lawall:

Kolleginnen und Kollegen! Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion, der SPD-Landtagsfraktion, der Bündnis 90/Die Grünen-Landtagsfraktion und der FDP-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bestimmung von Mitgliedern und Stellvertretenden Mitgliedern des Interregionalen Parlamentarierrates - IPR - (Drucksache 13/12).

Ich eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen liegen keine vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für die Annahme des Antrages Drucksache 13/12 ist, den bitte ich eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer Enthält sich? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 13/12 einstimmig angenommen worden ist.

Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich schließe die Sitzung.